



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 15

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 15

.....
vom 16.05.2019

.....
del 16/05/2019

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 15

vom 16.05.2019

Inhaltsverzeichnis

Anhörung der Mitglieder der paritätischen Kommission (6er Kommission) laut Artikel 108-quater der Geschäftsordnung.

Seite 4

Beschlussantrag Nr. 79/19 vom 29.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend leistbares Wohnen: Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau.

Seite 19

Beschlussantrag Nr. 90/19 vom 17.4.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend sofortige Rücknahme der Liste der in den Trinkwasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Werden wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Menschen gestellt? Das Image Südtirols als Land mit einer nachhaltigen Landwirtschaft ist angekratzt.

Seite 27

Beschlussantrag Nr. 94/19 vom 29.04.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Schiverbindung Langtaufers-Kaunertal: Ein endgültiges Aus schafft Klarheit und schützt die Landschaft.

Seite 37

Beschlussantrag Nr. 96/19 vom 29.4.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Alex Ploner, Franz Ploner, Unterholzner, Faistnauer und Rieder, betreffend Maßnahmen zugunsten der Pflegezentren für die Vogelwelt. (Fortsetzung)

Seite 44

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 15

del 16/05/2019

Indice

Audizione dei componenti della commissione paritetica (commissione dei sei) ai sensi dell'articolo 108-quater del regolamento interno.

pag. 4

Mozione n. 79/19 del 29/3/2019, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante alloggi a prezzi accessibili: abbassiamo i costi di costruzione nell'edilizia privata.

pag. 19

Mozione n. 90/19 del 17/4/2019, presentata dal consigliere Urzi, riguardante ritirare immediatamente l'elenco dei fitofarmaci permessi nelle aree di tutela dell'acqua potabile. Interessi economici anteposti alla salute? Danneggiata l'immagine dell'Alto Adige quale territorio di agricoltura ecosostenibile.

pag. 27

Mozione n. 94/19 del 29.4.2019, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante collegamento delle aree sciistiche di Vallelunga e Kaunertal: un "no" definitivo per fare chiarezza e salvaguardare il paesaggio.

pag. 37

Mozione n. 96/19 del 29/4/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Faistnauer, Alex Ploner, Franz Ploner, Rieder e Unterholzner, riguardante intervenire per sostenere la cura dell'avifauna. (continuazione).

pag. 44

Beschlussantrag Nr. 10/19 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend ökologisch nachhaltig mit Stroh: Der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden. (Fortsetzung)Seite 45

Beschlussantrag Nr. 66/19 vom 14.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Ladurner, Tauber, Hochgruber Kuenzer Widmann, Locher, Vallazza, Alfreider, Achammer, Lanz, Schuler und Renzler, betreffend Informationen über die Zusammensetzung der Landes- und Regionalregierung.Seite 47

Beschlussantrag Nr. 74/19 vom 21.3.2019, eingebracht von der Abgeordneten Amhof, betreffend Sonn- und Feiertagsöffnungen.Seite 53 + 62

Begehrensantrag Nr. 6/19 vom 22.3.2019, eingebracht von der Abgeordneten Amhof, betreffend Geoblocking.Seite 57

Mozione n. 10/19 dell'11.12.2018, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante edilizia ecosostenibile con la paglia: Sostenere case innovative, resistenti e di grande comfort abitativo. (continuazione) pag. 45

Mozione n. 66/19 del 14.3.2019, presentata dai consiglieri Ladurner, Tauber, Hochgruber Kuenzer Widmann, Locher, Vallazza, Alfreider, Achammer, Lanz, Schuler e Renzler, riguardante informare sulla composizione della Giunta provinciale e regionale. pag. 47

Mozione n. 74/19 del 21/3/2019, presentata dalla consigliera Amhof, riguardante aperture domenicali e festive. pag. 53 + 62

Voto n. 6/19 del 22/3/2019, presentato dalla consigliera Amhof, riguardante blocchi geografici. pag. 57

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**Ore 10.05 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Ploner Alex (Nachm.) und Staffler (Nachm.) entschuldigt.

Bevor wir zur Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte kommen, möchte ich unserer Kollegin und Landerätin Hochgruber Kuenzer Maria recht herzlich zu Ihrem Geburtstag gratulieren.

Anhörung der Mitglieder der paritätischen Kommission (6er Kommission) laut Artikel 108-quater der Geschäftsordnung.**Audizione dei componenti della commissione paritetica (commissione dei sei) ai sensi dell'articolo 108-quater del regolamento interno.**

Die Dauer der Anhörung sollte circa 1 Stunde betragen, wobei wir davon ausgehen, dass die Erläuterungen circa 30 Minuten betragen und anschließend die Diskussion beginnt. Ich begrüße recht herzlich - um nicht "Alt" und "Ex" sagen zu müssen - den ehemaligen Senator Dr. Zeller und den ehemaligen Präsidenten des Südtiroler Landtages Roberto Bizzo. Ich ersuche Sie um Ihren Bericht. Dr. Zeller, Sie haben das Wort, bitte.

ZELLER Karl: Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung und des Südtiroler Landtages! Ich bin sehr dankbar für diese Einladung, diesen letzten Bericht, den ich hier vor dem Landtag nach diesen ganzen Jahren in der 6er und 12er Kommission abliefern darf. Ich finde das sehr sinnvoll. Bis 2011 war das ja nicht vorgesehen und es ist in der Natur eigentlich der Mitglieder der 6er und 12er Kommission, dass sie nach ihrer Ernennung durch den Landtag ihre Beziehungen hauptsächlich auf Regierungsebene haben, weil ja auch die Regierung in Rom die Durchführungsbestimmung erlässt und sozusagen auch das italienische Parlament nicht so sehr mit den Arbeiten der 6er und 12er Kommission befasst, sondern dass das mehr zwischen den beiden Regierungen abläuft. Insofern ist es sehr wichtig, dass der Landtag, der uns ja ernannt hat und dessen Vertreter wir sind, auch entsprechend informiert wird. Ich darf daran erinnern, dass man bei Paketabschluss im Jahr 1992 eigentlich geglaubt hat, dass diese paritätischen Kommissionen nur mehr obsolet sein werden. Im Italienischen spricht man ja auch von "quietanza liberatoria", was irgendwo heißt, dass jetzt keine weiteren Anpassungen des Autonomiegefüges erfolgen. Damals, als ich ernannt worden bin - 1994 zum ersten Mal vom Landtag - war eigentlich nur mehr eine einzige Durchführungsbestimmung übrig, die niemand machen wollte. Das war die Sanierung der illegal angestellten Postbediensteten, die in Trient ohne Zweisprachigkeitsnachweis angestellt worden waren und dann in Bozen gearbeitet haben. Wie gesagt, man dachte damals nicht, dass in den folgenden Jahren noch sehr viele Durchführungsbestimmungen erlassen werden können, nämlich rund 75 Durchführungsbestimmungen. Im Vergleich dazu waren es im Zeitraum 1972 bis 1992 49, wobei man natürlich sagen muss, dass viele von diesen 75 Durchführungsbestimmungen auch Anpassungen und Änderungen vorher erlassener Durchführungsbestimmungen waren. Dieser letzte Bericht – muss ich sagen – ist auch einer der schönsten, weil die letzten Jahre doch die fruchtbarste Zeit der letzten 50 Jahre – kann man fast sagen – in der Autonomieentwicklung waren. Die letzten Berichte, die ich hier gemacht habe, waren relativ dürftig. In den Jahren 2012 und 2013 nach der Monti-Ära gab es hier nicht viel Erfreuliches zu berichten.

Bei diesen 20 Durchführungsbestimmungen, die in den Jahren 2014 bis 2018 in den paritätischen Kommissionen und anschließend auch vom Ministerrat genehmigt wurden – das sind ja zwei verschiedene paar Schuhe – ... Es ist relativ leicht, eine Durchführungsbestimmung der paritätischen Kommission durchzubekommen, denn seit 1994 sitzen uns nicht mehr die Vertreter des Staates, in dem Sinne Vertreter der Ministerialbürokratie, sondern Politiker gegenüber, die meist hier im Land oder in Trient gewählt wurden. Da ist man sich natürlich schnell einig. Deswegen kommt die große Arbeit erst später, weil das, was man in den paritätischen Kommissionen beschließt, der Ministerialbürokratie in Rom eigentlich meistens nicht gefällt. Die Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut ist eigentlich das Gegenteil dessen, was Rom in der Regel gerne hätte. Die Zentralbürokratie will alles einheitlich im Staat haben, während eine Durchführungsbestimmung eine Extrawurst in diesem Sinne ist. Daher hat man keine große Freude mit diesen Maßnahmen.

Leichter geht's – und das sieht man auch bei einer dieser Durchführungsbestimmungen, die Sie ja vorliegen haben –, wenn die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleitet, wie zum Beispiel bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, wo es nicht klar war, ob auch Nicht-EU-Bürger diese Erklärung abgeben können. Da geht es relativ leicht, weil - sobald sie die EU im Nacken haben – dann auch die Römer gerne zustimmen. So war es eben bei diesen Durchführungsbestimmungen betreffend die Sprache bei Gericht, dass alle EU-Bürger hier die gleichen Sprachenrechte in Anwendung bringen können wie die in Südtirol ansässigen Personen. Oder beim Wettbewerbsrecht der Schutzhütten, sprich das Vorrecht des CAI, war das auch keine große Geschichte. Schwierig wird es vor allem dann, wenn der Staat neue Kompetenzen an Südtirol abtreten muss. Da muss man sagen, hat uns ein bisschen in die Hände gespielt, dass Südtirol eine gute Finanzausstattung hat und Artikel 79 derzeit immer noch über Finanzmittel verfügt, um neue staatliche Kompetenzen abdecken zu können. Es gibt ja viele Regionen in Italien, die das gerne hätten, aber dann die entsprechende Kompetenz nicht finanzieren können. Wenn wir vom Staat etwas übernehmen, dann möchten wir es ja besser machen als der Staat, das heißt meistens mehr Geld zur Verfügung stellen, damit es auch besser funktioniert. Der Stilfser Joch Nationalpark war eine ganz harte Nuss. Das war die härteste Nuss, weil da auch die Region Lombardei mitinvolviert gewesen ist. Dazu ist der Stilfser Joch Nationalpark ein nationales Heiligtum. Somit sind die ganzen Umweltverbände Sturm gelaufen und das war wirklich eine der schwierigsten Durchführungsbestimmungen. Wir mussten drei Staatsgesetze plus noch die Durchführungsbestimmung dazu erlassen, aber das ist sicher eine ganz wesentliche neue Verwaltungskompetenz für das Land Südtirol. Ich erinnere daran, dass in der Regel mit Durchführungsbestimmung nur Verwaltungskompetenzen übertragen werden, nicht auch Gesetzgebungskompetenzen. Neu übergegangen ist auch das Verwaltungspersonal beim Verwaltungsgericht Bozen. Auch das ist eine wichtige Bestimmung, damit dieses Gericht besser funktionieren kann. In die gleiche Richtung geht auch die Übertragung des Personals beim ordentlichen Gericht, auf die Region in diesem Fall. Aber das Land Südtirol – das hätte ich mir auch nie gedacht – ist grundbücherlicher Eigentümer des Landesgerichts in Bozen geworden und ist jetzt auch für das gesamte Immobilienmanagement zuständig. Auch das ist eine ganz zentrale Zuständigkeit, die niemand in ganz Italien hat. Es war auch sehr umstritten, ob man einer Gebietskörperschaft einen Bereich übergeben oder überlassen kann, der zu den Kernbereichen der staatlichen Souveränität gehört, denn auch in Bundesstaaten ist die Gerichtsbarkeit eine Bundesangelegenheit. Wir haben hier zwar nicht die Richter, aber immerhin die Logistik, die für die Richter wichtig ist, auf die Regionen und damit irgendwie auch auf die Provinz Bozen übertragen.

Die härtesten Brocken waren die Wiederherstellung von verlorenen Kompetenzen, denn – wie Sie ja wissen – ist es ja so, dass der Verfassungsgerichtshof des Öfteren mit restriktiven Urteilen die Autonomie eingeschränkt hat. Dagegen kann man sich kaum zur Wehr setzen, denn auch wenn man sich nach Österreich wendet und sich beklagt: "Der Verfassungsgerichtshof hat uns dieses und jenes genommen", dann kommt natürlich die Antwort: "Gegen ein Höchstgericht kann man relativ wenig einwenden." Das ist ja keine politische Attacke, wenn es ein Gericht macht, sondern das ist eine reine Rechtsfrage, was nicht immer stimmt, aber in der Praxis ist das schon schwierig.

Ein Meilenstein war sicher die Rückholung der Kompetenz des Landes für den Einzelhandel, wo wir den Einzelhandel unter gewissen Voraussetzungen im Gewerbegebiet einschränken können und sogar die traditionell gewachsene Handelsstruktur in Südtirol wiederherstellen bzw. bewahren können. Das ist ganz, ganz wichtig auch für das kulturelle Selbstverständnis unseres Landes. Schwierig deswegen, weil wir hier zum x-ten Mal beim Verfassungsgerichtshof untergegangen sind, da Landesgesetze, die dieses Gremium hier beschlossen hat, außer Kraft gesetzt wurden. Durch diese Durchführungsbestimmung - einmalig in Italien - haben wir diese Zuständigkeit bekommen.

Auch bei der Jagd konnten die Kompetenzen des Landes ausgebaut werden. Diese beiden Durchführungsbestimmungen, vor allem jene über die jagdbaren Arten, sind sehr interessant, weil sie innovativ in dem Sinne sind, dass hier eben die Schnittstelle zwischen Staatskompetenz ... Seit 40 Jahren sagt der Verfassungsgerichtshof immer wieder: "Der Schutzstandard wird vom Staat festgelegt." Demnach könnte Südtirol noch mehr Arten unter Schutz stellen, also als nicht jagdbar erklären, aber es kann keine Tierart, die in einem Staatsgesetz als jagdbar erklärt wird, hier anders regeln. Wahrscheinlich weil Südtirol so schön ist - in Bormio haben sie das Problem nicht –, zieht es anscheinend alle Murmeltiere nach Südtirol. Wir haben eine Überpopulation, während das in anderen Gebieten nicht so ist. Das hat man auch in Rom eingesehen, dasselbe beim Steinbock. So hat man hier eine Möglichkeit gefunden, auf einer soliden gesetzlichen Basis, geschätzt auf Fachgutachten, diesem Problem zu begegnen und nicht mehr mit solchen Dekreten zu arbeiten, die dann regelmäßig vom Verwaltungsgericht aufgehoben wurden. Eine andere Durchführungsbestimmung zur Jagd war insofern wichtig, denn wahrscheinlich hätte der Verfassungsgerichtshof die Jagd in den Naturparks völlig unterbunden. Und jetzt haben wir präventiv gehandelt und haben eine Durchführungsbestimmung erlassen können, die Südtirol ermöglicht, weiterhin die geregelte Jagd im Naturpark auszuüben.

Ein weiterer extrem wichtiger Punkt, bei dem die Kompetenz des Landtages wiederhergestellt wurde, waren die öffentlichen Verträge. Ich erinnere daran, dass im Jahr 2009 nach mehreren Urteilen des Verfassungsgerichtshofes mit Beschluss der Südtiroler Landesregierung beschlossen wurde, die Gesetze im Bereich der öffentlichen Arbeiten nicht mehr zur Anwendung zu bringen, sondern nur mehr die Staatsregelung, die auf die Bedürfnisse Südtirols natürlich nicht zugeschnitten ist. Hier ist es gelungen, auch diese Kompetenz wiederherzustellen. Hier hat der Landtag etwas ganz Kluges getan, nämlich die EU-Richtlinie direkt umgesetzt, schneller als der Staat. Dieser Landtag musste immer, bevor der Staat tätig wird, handeln, denn sobald der Staat einmal ein Gesetz erlassen hat, wird die ganze Sache sicher sehr, sehr viel schwieriger.

Eine interessante Zuständigkeit, weil eben mit Durchführungsbestimmung sogar Gesetzgebungsbefugnisse auf diesen Landtag übertragen wurden, betrifft die Frage der Lehrerausbildung. Damals hat sich Landesrat Achammer sehr dafür eingesetzt, dass das auch auf die Ebene einer Durchführungsbestimmung kommt, dass wir die Ausbildung unserer Lehrer selber regeln können, damit wir nicht immer auf den Staat warten müssen. Somit wurde hier ein ganz, ganz wichtiger Freiraum für die Ausbildung der Lehrerschaft gelegt.

Nicht mit Durchführungsbestimmung, aber auf Ebene des Autonomiestatuts wurde die primäre Kompetenz für die großen Wasserleitungen auf das Land Südtirol übertragen. Ich sage das in diesem Zusammenhang mit den Durchführungsbestimmungen deshalb, weil es der erste Fall ist, wo dieser Landtag eine Durchführungsbestimmung praktisch außer Kraft setzen wird. Wir hatten diesbezüglich noch nie die primäre Kompetenz. Niemand in Italien hat die primäre Kompetenz für die großen Wasserleitungen und die ganzen Umweltaspekte. Sobald dieser Landtag das Gesetz machen wird, wird die Durchführungsbestimmung aus dem Jahr 2000, in der wir die Verwaltungskompetenzen auf das Land übertragen haben, obsolet werden. Das wird der erste Fall sein, wo mit einem Landesgesetz eine Durchführungsbestimmung praktisch außer Kraft gesetzt wird. Es ist eine der größten Errungenschaften, dass der Landtag die wichtigste natürliche Ressource, die Südtirol hat, nämlich die Wasserkraft, selbst uneingeschränkt regeln kann. Wenn man zurückblendet, so war im Paket 1969 noch vorgesehen, dass man im Einvernehmen mit dem Staat die Enel-Konzessionen vergeben kann. Wenn man jetzt sieht, dass das Land Südtirol im Rahmen der primären Kompetenz selbst alles alleine entscheiden kann, ist das schon ein gewaltiger Fortschritt, der weit über das hinausgeht, was man sich eigentlich im Rahmen des Pakets vorgenommen hatte. Diese ganzen Dinge sind natürlich nicht der Erfolg eines Einzelnen, sondern es bedarf immer einer Teamarbeit. In den letzten vier Jahren hatten wir wirklich eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit. Kollege Alfreider, der heutige Senator Steger, Kollege Bizzo, Palermo, Lorenzo Dellai, der Präsident der 12er Kommission, haben natürlich wesentlich dazu beigetragen, dass diese ganzen Durchführungsbestimmungen genähert wurden. Aber man muss immer auch eines wissen: Ohne dass man italienische Vertreter hat, die der Autonomie positiv gegenüberstehen, läuft in Rom gar nichts. Bis 1994 war das vorrangig Alcide Berloffo und danach Bressa. Bressa war sozusagen der neue Berloffo. Man muss diese politische Arbeit dieser Vertreter noch viel höher einschätzen als jene der Deutschen, weil während die deutschen Vertreter, wenn eine Durchführungsbestimmung genehmigt wird, das immer positiv aufnehmen, werden die italienischen Vertreter ab und zu dann quasi als Verräter an der eigenen Sprachgruppe sozusagen gebrandmarkt. Ich möchte auch sagen, dass die Zusammenarbeit mit Landeshauptmann Kompatscher extrem gut funktioniert hat und dass man bei ihm sieht, dass er diese Autonomie sehr lebt und stets mitgedacht hat. Sobald es ein Problem gab, war er immer zur Stelle und an vorderster Front, dieses zu lösen. In der Regierung

hatten wir auch gute Ansprechpartner mit Maria Elena Boschi als Staatssekretärin im Ministerratspräsidium. Sie saß an der Schaltstelle, wenn wir etwas in der paritätischen Kommission genehmigt hatten. Danach braucht es noch die ganzen Gutachten der Ministerien, aber der letzte Schritt ist oft der schwierigste, nämlich der "Preconsiglio dei ministri" und der Ministerrat. Wenn man dort niemanden sitzen hat, der für dieses Anliegen ist, kommt man zum Schluss auch nicht zur Genehmigung.

Ich bin in Zukunft zwar nicht mehr dabei, aber ich möchte auch meine Vorstellungen sagen, was noch zu tun ist. Derzeit haben wir eine Situation wie 2013, eine Schweregeburt schon bei der Besetzung der 6er und 12er Kommission. Denn wir haben derzeit keine funktionierende 12er und 6er Kommission, aus dem einfachen Grund, dass die staatliche Seite, also die Regierung, sich offenbar nicht einigen kann, wer ihre Vertreter dort sind. Das wird hoffentlich bald gelöst werden, denn ohne Kommission kann natürlich auch keine Arbeit erfolgen. Die Arbeit in Zukunft wird sicher noch schwieriger sein wie in der Vergangenheit, denn auch zu Zeiten Magnagos, Benediktors und Riz, deren Nachfolger wir irgendwo waren, musste man gegen diese Ministerien immer Beistrich für Beistrich kämpfen, um diese Dinge abzurufen, die für die Autonomie wichtig sind. Je näher man sich den staatlichen Souveränitätsbereichen annähert, desto schwieriger wird es. Nach jeder Durchführungsbestimmung bleibt ja weniger übrig, was noch aus Rom holen wäre. Das, was übrigbleibt, sind meistens die ganz, ganz schwierigen Sachen. Dazukommt, dass im Unterschied zu den 90er Jahren ständig eine Deckung verlangt wird. Das Wirtschafts- und Finanzministerium verlangt bei jeder Durchführungsbestimmung genau den Nachweis, wie das abgedeckt wird. Das ist oft relativ schwierig. In den 90er Jahren hat nie jemand gefragt, wie wir eine Durchführungsbestimmung abdecken. Diese haben wir gemacht und fertig. Übrig bleibt die Toponomastik, was schade ist, denn wir waren ganz nahe an einer Lösung. Diese hat dann aus internen Gründen leider keine Umsetzung gefunden. Ich glaube, dass uns die Regierung diese Durchführungsbestimmung genehmigt hätte. Die zweite Durchführungsbestimmung, die auch schon fertig wäre und in der 12er Kommission ausgearbeitet wurde, war jene über das Wolf- und Bärmanagement, was ja derzeit hoch aktuell ist. In Sachen Bär hätte man uns diese Befugnis übertragen, in Sachen Wolf wollte man dann irgendwo nicht. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass man nicht zu große Erwartungen an diese Normen stellen darf, denn es braucht immer ein wissenschaftliches Gutachten, dass hier eine Bedrohung vorliegt. Auch wenn man die Durchführungsbestimmung dafür erlässt, ist es ja nicht so, dass man hergehen und jeden Wolf oder jeden Bär erschießen darf. Deswegen ist hier auch die Erwartungshaltung zu bremsen. Zum anderen verweise ich noch auf das, was man schon erledigen konnte, nämlich die Übertragung der Verwaltungskompetenz für die Steueragentur nach dem Muster der Gerichte. Hier haben wir sogar ein Staatsgesetz aus dem Jahr 2013, in dem ausdrücklich verankert ist, dass das auf das Land Südtirol übergehen muss. Das wäre dann gewissermaßen die Reifeprüfung der Südtirol-Autonomie, dass man sich auch für die Einnahmen zuständig erklärt, was bekanntlich etwas unpopulärer ist, als für die Ausgaben zuständig zu sein. Wenn wir einen Dienst bieten wollen, der näher am Bürger ist, müsste diese Kompetenz übernommen werden. Was bleiben wird, ist sicher, dass diese paritätischen Kommissionen der Motor unserer Autonomie sind, denn wenn wir einmal eine Durchführungsbestimmung durch haben, sind wir vor diesen sich ständig ändernden Gesetzen in Rom sicher. Eine Durchführungsbestimmung hat den ganz großen Vorteil, dass sie nicht durch ordentliche Staatsgesetze außer Kraft oder abgeändert werden kann. Sie hat in diesem Sinne Bestand. Bisher hat es auch noch keinen Fall gegeben, wo der Verfassungsgerichtshof eine Durchführungsbestimmung für verfassungswidrig erklärt hätte. Deswegen ist es ein ganz, ganz wichtiges Gut für uns Südtiroler, da wir diejenigen in ganz Italien sind, die dieses Instrument am meisten und mit dem größten Erfolg genützt haben. Sizilien hätte zwar ein besseres Autonomiestatut als wir, sie hätten viel mehr Kompetenzen, aber sie haben nichts aus ihrer Autonomie gemacht, eher im Gegenteil! Deswegen können wir als Südtiroler stolz darüber sein, dass wir das, was uns in die Hand gegeben wurde, doch mit Leben erfüllt haben.

Ich schließe mit einem Dank an diesen Landtag, der mir in den letzten 25 Jahren dieses Vertrauen entgegengebracht hat. Ich war immer stolz darauf, Vertreter der Südtiroler in Rom zu sein. Wir Südtiroler haben ja eine Mission. Viele in Rom wissen, wenn sie gewählt sind, nicht mehr, was sie dort tun sollen, aber wir Südtiroler hatten ja eine Mission und diese Mission war, unser Land zu vertreten. Ich glaube, dass ich mit 25 Jahren die längste Zeit in diesen Kommissionen verbracht habe. Ich habe versucht, die Arbeit meines Lehrmeisters Alfons Benedikter, aber auch von Silvius Magnago und Roland Riz in ihrem Sinne weiterzuführen und die Autonomie auszubauen sowie dynamisch an die neuen Erfordernisse der Zeit anzupassen. Ich glaube, die richtige Strategie ist jene gewesen, dass man auch kleine Dinge immer dann, wenn sich die Gelegenheit geboten hat, nach Hause gebracht hat. Dieses berühmte Magnago ... für Pläne zu pflücken, weil dann zum Schluss doch ein schöner Strauß zusammenkommt. Wenn man hingegen von Anfang an sagt: "Alles oder

nichts!" - es gibt ja viele Beispiele von politischen Kräften, die das praktiziert haben -, dann kommt meistens am Ende nichts heraus. Deswegen ist das sicher der richtige Weg, den wir weitergehen sollten. Ohne unsere – wie es Napoletano treffend sagt – "Autonomia specialissima", also er sagt: "Wir sind nicht eine normale Sonderautonomie, die Südtiroler Autonomie, sondern eine besondere Sonderautonomie, weil wir eben zusätzlich auch noch eine internationale Absicherung haben." Dieses ... mit dem das Selbstverständnis, ein Teil unseres kulturellen Selbstverständnisses sein und nicht nur deshalb, weil diese Autonomie uns von der ärmsten zur reichsten Provinz Italiens gemacht hat. Wie gesagt, ich habe keine Sorge, weil die neuen Vertreter es weiterführen werden. Es ist eine Zeitenwende, so wie es damals gut war, dass Magnago und Riz gesagt haben, dass jüngere Kräfte die Autonomie weitertragen sollen, so ist es auch jetzt. Ich glaube, dass auch die neuen Vertreter, die dieser Landtag bestimmt hat, mit Landeshauptmann Kompatscher an der Spitze, unsere Autonomie weitertragen werden, auch wenn es jetzt vielleicht längere Durststrecken geben wird. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank für das langjährige Vertrauen, danke schön!

PRÄSIDENT: Vielen Dank, Senator Zeller! Jetzt möchte ich auch unserem zweiten Mitglied, welches wir vom Landtag in die 6er Kommission gesandt haben, Roberto Bizzo, die Möglichkeit geben, das Wort zu ergreifen, bitte schön.

BIZZO Roberto: Grazie presidente. Gentili consigliere e gentili consiglieri, prima di iniziare chiedo al presidente il permesso di fare anch'io gli auguri all'amica Maria Hochgruber Kuenzer, con la quale abbiamo condiviso per lungo tempo i lavori in ufficio di presidenza. Tanti auguri di cuore, Maria, e grazie anche al senatore e collega di commissione, Karl Zeller, per questo interessantissimo *excursus* su 25 anni, e complimenti per il lavoro svolto in questi anni nell'interesse di tutta la comunità che vive in Alto Adige.

Io ho lasciato in eredità alcuni mesi fa al Consiglio provinciale tutto il materiale e la raccolta di tutti i verbali estratti dalla bacheca del Governo dei lavori della commissione, per chi avesse tempo e voglia sono alcuni contenitori di documenti abbastanza interessanti. All'elenco straordinario di norme realizzate in questi ultimi anni, 20 citava il senatore Zeller, mi permetto di aggiungerne una, che non appartiene a questo elenco, ma perché Karl Zeller ha parlato dell'importanza della norma sull'utilizzo delle acque, ne aggiungo una alla quale ho partecipato non da componente della commissione, ma in altri ruoli ed è quella, mi pare 2006-2007 con il Governo Prodi, Lei ha citato prima i Governi, gli ultimi tre presidenti del Consiglio dei Ministri con i quali abbiamo lavorato – parlo della commissione naturalmente – e ci fu quella che secondo me si può considerare la mamma di tutte le norme di attuazione per quanto riguarda l'energia, è la norma del 2006-2007 sull'utilizzo delle acque e sull'energia, del Governo Prodi.

Per parte mia non ripercorrerò naturalmente l'elenco e la storia fatta dal collega Zeller, ma aggiungo due considerazioni sui lavori della commissione negli ultimi anni, perché negli ultimi anni i lavori della commissione si sono intrecciati con altri due eventi importantissimi. Parallelamente al lavoro per quello che è stato l'ultimo tentativo di revisione della Costituzione della Repubblica Italiana, con all'interno una procedura che avrebbe voluto anche rivedere il ruolo delle commissioni paritetiche e quello della Convenzione per la riforma della nostra autonomia. Dico questo perché, come diceva Karl Zeller prima, le commissioni paritetiche sono e sono state per anni il motore della nostra autonomia e, se usate bene, hanno prodotto lo sviluppo delle autonomie, non solamente della nostra. Citava l'on. Zeller prima il paragone con la Sicilia, c'è una bellissima pubblicazione del professor Cerea che riporta le statistiche tre le norme di attuazione varate dalle varie commissioni paritetiche, e quella del Trentino-Alto Adige, in particolare la commissione dei sei dell'Alto Adige, è quella che nella storia è stata la più prolifica.

Questa premessa la volevo per una risposta che vorrei dare oggi e che in quest'aula non ho mai dato da componente della commissione, perché più volte sollecitato, vedo alcuni dei protagonisti di quelle domande di allora e delle critiche che ci venivano fatte in qualità di componenti della commissione. Alcuni ci dicevano "la commissione lavora all'oscuro, non ha alcun rapporto di trasparenza con il Consiglio". Questa non l'ho mai condivisa come critica e voglio oggi qui spiegare anche il perché.

Le commissioni paritetiche sono le commissioni di attuazione dello Statuto, in particolare dopo la norma 266 del '92 e dopo la quietanza liberatoria del '92, le commissioni sono state lo strumento per attuare le previsioni dello Statuto di autonomia, previsioni e Statuto approvato e licenziato con voto formale non solamente dei Governi italiano e austriaco, ma con voto del Parlamento italiano e austriaco, quindi il compito della commissione era di lavorare attuando quelle previsioni e non di essere riformatrice dello Statuto, cosa che peraltro

si intravedeva nei lavori sia della riforma costituzionale, che in alcuni lavori e alcuni tentativi anche della nostra Convenzione.

Ecco perché, ritengo, non sarebbe stato politicamente corretto riaprire un dibattito sulle funzioni e su ciò che stavano elaborando le commissioni nell'ambito di ciò che era già stato deliberato dai Parlamenti. Sarebbe stato come, in qualche senso – mi si perdoni lo strappo di tipo giuridico, non sono giurista, non voglio esserlo – se noi avessimo riaperto il dibattito su ciò che doveva deliberare la commissione, come delegittimare il lavoro dei Parlamenti.

Chiudo qui questo con un augurio, anche con qualche difficoltà, anche qualche volta con qualche asprezza e qualche incomprensione, ma credo che il lavoro della commissione paritetica di questi anni sia stato un lavoro eccezionale, un lavoro straordinario che ha portato risultati straordinari per la nostra comunità e per la nostra terra. Auguro alla futura commissione altrettanto successo, sempre nell'interesse della nostra terra, altrettanto successo per quanto riguarda le norme di attuazione e altrettanto successo anche per quanto riguarda il rispetto e la fedeltà al nostro Statuto di autonomia e alla nostra Costituzione.

PRÄSIDENT: Gibt es dazu Wortmeldungen? Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie innanzitutto del Vostro lavoro, ovviamente è un grazie grande, proporzionale ovviamente alla lunghezza del lavoro, quindi innanzitutto grazie all'on. Zeller e grazie anche a Bizzo per l'ultima parte. L'onorevole Zeller lo ha ribadito anche oggi, ha vissuto varie vicende della commissione dei sei e dei dodici, credo che ci sia una nuova fase dei rapporti tra Provincia, Governo e Stato e non credo sia una parentesi questa qui, a me non piace la fase attuale di quel che succede a Roma, però purtroppo non credo sia una parentesi.

Alcune considerazioni su quello che avete detto.

Questione delle grandi concessioni idroelettriche: c'è la norma di attuazione che ci dà la possibilità di legiferare sulla concessione, non c'è la legge, non so se ci sarà questa legge da parte di questo Consiglio provinciale, non so se c'è la volontà, non mi pare di percepirla, perché Lei sa benissimo, onorevole Zeller, che nel momento in cui non abbiamo la legge, dobbiamo fare le gare ed è meglio andare invece in regime di proroga, come stiamo andando, ci sono alcune – Lei lo sa benissimo perché se ne è occupato a lungo – concessioni, Edison per esempio, già scadute e già in regime di proroga. Quindi in questo, diciamo, siamo poco autonomi, andiamo a braccetto con l'Enel, anche all'Enel conviene fare le proroghe e non fare tutte le norme di attuazione e non fare le gare.

Toponomastica: io credo che lì vi siate incartati all'ultimo momento sull'elenco, questo era il problema, penso, cioè voi avevate concepito una norma procedurale, che era il risultato di un confronto lungo e anche complesso, che mi sembrava abbastanza equilibrato e quello che ha squilibrato tutto è pretendere di aggiungere già sostanzialmente delle decisioni su un elenco di nomi, quello ha creato il *vulnus*, poi io sono contento che non sia andata avanti con quel principio che Lei diceva anche nella Sua relazione, cioè che su queste questioni delicate anch'io penso che la commissione non potesse votare a maggioranza, tra l'altro con il rischio che ci fosse una maggioranza di tipo prevalentemente etnico, quindi si vedrà.

Norme di attuazione, ultimo punto: come si può regolare meglio, in maniera più trasparente il rapporto tra chi è nella commissione dei sei e questo Consiglio? Ci sono state delle persone che hanno posto il problema della trasparenza, voi siete lì, nessuno sa niente, lo sa solo il *Landeshauptmann* o la Giunta provinciale o i partiti di maggioranza, perché io ho visto cosa circolava nel PD e nell'SVP sulle norme di attuazione, il problema è che non circolavano qui, ma circolavano nei partiti di maggioranza, accidenti se circolavano.

Allora uno dice: "vi abbiamo eletto, poi di voi non si sa più niente", questo è il primo problema, ma il secondo problema, caro collega Bizzo, è che quando Lei dice che le norme di attuazione sono strumenti di attuazione dello Statuto, sì, all'inizio, ma oggi Lei sa benissimo che sono strumenti di innovazione dello Statuto, di innovazione autonomista e va anche bene così, è un po' quello che diceva l'onorevole Zeller quando diceva "sono il motore", cioè la commissione dei 137 non si è mai riunita, perché è più semplice, più garantito, eccetera fare le norme di attuazione, per esempio la legge sulle grandi concessioni idroelettriche non è l'attuazione dello Statuto, è un'innovazione positiva, ma è un'innovazione autonomistica, cioè c'è un'autonomia nuova su questa cosa, allora il punto è – e finisco – come fare a creare una relazione, perché competenti della modifica sono il Parlamento e i Consigli provinciali e regionali, e invece è diventata la commissione dei sei e dei dodici. Per esempio la norma di attuazione della Val d'Aosta dice "gli schemi dei decreti legislativi", cioè delle norme di attuazione, "sono elaborati da una commissione paritetica composta da 6 membri nominati, eccetera, 3 dal

Governo e 3 dal Consiglio regionale della Val d'Aosta e sono sottoposti al parere del Consiglio stesso". In Val d'Aosta, e non è cascato il mondo, si prevede un passaggio nel Consiglio, un elemento di trasparenza.

Io mi ricordo – e concludo – onorevole Zeller, una seduta che noi avemmo tanto tempo fa, c'era Zocchi con Lei nella commissione dei sei, con i capigruppo e io dissi "ma almeno l'ordine del giorno delle seduta della commissione dei sei, ce lo volete trasmettere?" e Zocchi, che era del PD e un po' ingenuo disse "ma sì, che problema c'è?", sottinteso 'tanto lo trasmetto sempre al segretario del PD, lo posso trasmettere al Consiglio provinciale', e Lei disse "ah no, l'ordine del giorno è riservato" e poi ebbe ragione Zeller, cioè l'ordine del giorno non lo abbiamo mai visto. Noi non sappiamo neanche cosa discutete riunione per riunione, mi sembra eccessiva come non trasparenza.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io inizierei dalla fine, ossia dalla commissione 137, quella mai di fatto resa nelle condizioni si operare, perché la commissione dei 137 spiega esattamente, dispiega, forse è meglio usare quest'espressione, il suo ruolo in una forma diametralmente opposta rispetto alla commissione dei sei. Il collega Dello Sbarba ha chiaramente descritto il quadro, mi ci riconosco, è quello che ho detto tante volte, non mi unisco al collega Dello Sbarba nella soddisfazione per alcuni di quei traguardi che pure vengono indicati come positivi, li ritento talvolta arretramenti, talvolta dubbie interpretazioni dello spirito e del dettato dello Statuto di autonomia, d'altronde è stato lo stesso senatore Zeller a ricordarci come è stato superato lo stesso medesimo Pacchetto, interessante, no questa sua dichiarazione? nel senso che le norme di attuazione in fondo hanno creato la condizione per cui lo stesso spirito – perché il Pacchetto non è il dettato, è lo spirito dell'autonomia – potesse essere riconsiderato e rivisto, ovviamente da governi amici, posso usare quest'espressione? perché i governi forse meno amici ... ma quando mai avete avuto governi meno amici, a dir la verità, i governi meno amici probabilmente questo tipo di atteggiamento pronò non lo dimostrerebbero. Pronò, perché quando si dice che si è nelle condizioni, si ha la possibilità di considerare come obiettivo positivo il superamento dello spirito dell'autonomia, io ho qualche dubbio sulla positività di questo tipo di approccio. La commissione dei 137 prevede, dopo la sua costituzione, la possibilità di esaminare i problemi particolarmente connessi con la tutela delle minoranze linguistiche locali e con l'ulteriore sviluppo culturale e sociale ed economico delle popolazioni dell'Alto Adige, al fine di garantire la loro pacifica convivenza, eccetera, eccetera. La commissione può elaborare proposte ed esprimere pareri, questa è la differenza, che la commissione dei 137 può elaborare proposte ed esprimere pareri, le commissioni sei e dei dodici, ampiamente scadute nel loro mandato costituzionale, ma prorogate dai governi amici, no, si trasformano in parlamenti segreti, nei quali con l'accordo e la relazione diretta fra governo amico e maggioranza politica provinciale, si elaborano le norme di attuazione. D'altronde, ribadisco, è sempre lo stesso senatore Zeller che ce lo ricorda, ce lo ricorda nella sua relazione che – ringrazio – ci è stata consegnata e che ci dice chiaramente come il ringraziamento va in modo particolare ed esclusivo – leggo – al presidente della Provincia Kompatscher e alla Giunta provinciale, non ad altri, quindi non è affar vostro, per essere chiari, colleghi del Team Köllensperger, non è affar vostro, colleghi dei 5 Stelle o Urzì, adesso Repetto, fino a qualche tempo fa era ancora affar suo, e così via, non è affar loro dei colleghi dei Verdi. È un affare di maggioranza politica e di intesa politica e di scambio e di baratto politico, poi ovviamente c'è di mezzo quello che, in termini di sostanza, poi ricade sull'interesse collettivo o lo svantaggio collettivo, dipende dai punti di vista, ma qui il dibattito non mi interessa.

La domanda, una domanda non retrospettiva, ma guardando in avanti, senatore Zeller, Lei mi ha provocato positivamente e simpaticamente come sempre e io mi permetto di chiederlo, i fari del passato sono stati Berloff e Bressa, i fari del presente e del futuro chi sono? Il faro e il riferimento preciso e puntuale nel Governo è stato, insostituibile, l'on. Maria Elena Boschi, chi è oggi all'interno di questo Governo, dal Suo punto di vista personale, evidentemente?

Presidente Bizzo, io non condivido la Sua analisi, qui non si tratta di aver fatto norme di attuazione attuative dell'autonomia, si tratta – e concordo con quello che ha detto il collega, lo ribadisco la seconda volta – di norme spesso innovative, ma lo abbiamo detto, la norma sulle concessioni scrive cose diverse rispetto al Pacchetto, ma dice – e dice il senatore Zeller – rende obsoleta anche la norma del '99, dopo la quietanza liberatoria, rende obsoleta, c'è scritto così, quindi vuol dire, nel momento in cui fissa le prerogative in capo alla Provincia, che si va oltre rispetto a quello che era nel perimetro dell'autonomia. Il dibattito sulla norma di attuazione sulla toponomastica lo dimostra, non c'era l'obiettivo di arrivare ad una soluzione nello spirito dello Statuto, ma di scartare rispetto allo spirito dello Statuto e qui è caduto, al momento, il meccanismo si è inceppato.

Chiedo, allora – e concludo la seconda domanda al presidente Bizzo, la prima l'ho posta al senatore Zeller e al presidente Bizzo – alla luce di quello che i nostri ragionamenti, non intende minimamente rivedere il suo punto di vista, per cui la commissione dei sei e dei dodici non ha effettivamente applicato, ma ha in molti ambiti innovato, ampliato non lo spirito, ma il dettato dello Statuto di autonomia? Grazie presidente.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem nächsten vorgemerkten Abgeordneten das Wort erteile, möchte ich die 5. Klasse Wirtschaftsfachoberschule Brixen mit Prof.in Elisabeth Peer recht herzlich hier im Südtiroler Landtag begrüßen. Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort, bitte.

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident! Danke für Ihren Bericht, Herr Zeller! Wenn wir schon einmal so einen erfahrenen Mann hier haben - 25 Jahre in Rom -, hätte ich zwei konkrete Fragen. Ich möchte das vorher ein bisschen ausbauen: Nachdem der Staat einiges aus Südtirol übernimmt, wie beispielsweise das duale Ausbildungssystem im Handwerk, hindert das Verfassungsgesetz für den Jugendschutz in Südtirol die Kinder in den eigenen Werkstätten zu lernen und auszubilden. Das wäre mir persönlich und - ich glaube - allen ein sehr großes Anliegen, wenn wir diesbezüglich sehr stark intervenieren könnten. Gleichzeitig stelle ich Ihnen die Frage, was Sie als langjähriger erfahrener Mann in Rom schätzen, wie lange wir in Südtirol brauchen, um die Kompetenz zu erhalten, das Verfassungsgesetz abzuändern, speziell den Jugendschutz und die Arbeitssicherheit. Das sind für uns riesige Hindernisse, die uns davon abhalten, unsere Jugend in die Betriebe zu integrieren, sie dort lernen und arbeiten zu lassen. Man muss sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Ich darf mein eigenes Kind mit 12, 13 oder 14 Jahren nicht in meine eigene Werkstatt gehen lassen, zum Zuschauen, zum Mithelfen, zum Arbeiten, zum Auszubilden, um das eigene Handwerk des Vaters schmackhaft zu machen, weil ich das aufgrund des Jugendschutzgesetzes definitiv nicht tun darf. Daher fehlt auch die Motivation und die Begeisterung der jungen Leute – und wir sehen das in letzter Zeit alle -, in unsere Betriebe zu kommen. Ich frage Sie nach Ihrer Einschätzung, wieviel Jahre das benötigen könnte, wenn man gut arbeitet und mit der 6er und 12er Kommission sowie Rom zusammenarbeitet. Ist das überhaupt realistisch umzusetzen und wenn ja, wieviel Zeit braucht man dazu?

Das Zweite, was Sie noch sehr gut angesprochen haben, ist, dass schon seit 2013 Gespräche und Verhandlungen zur Steuerhoheit in Südtirol laufen. Das wäre logischerweise und mit Sicherheit eine riesige Herausforderung. Ist es überhaupt realistisch, dass wir die Steuerhoheit in Südtirol bekommen, mit unserem Geld, das wir alle einzahlen, wo wir ja alle Steuerzahler sind, unabhängig welcher Partei oder welchem Team wir angehören? Deshalb sollte man es untereinander in Südtirol verteilen können. Nur frage ich Sie nach Ihrer Einschätzung: Ist es überhaupt realistisch und in wie vielen Jahren wäre so etwas umsetzbar anhand Ihrer 25-jährigen Erfahrung? Danke!

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Senator Zeller und Ex-Präsident Bizzo! Danke für diesen Bericht! Ich möchte auf zwei, drei Themen eingehen, auch aus der Erfahrung dieser schönen Jahre, in denen ich selber Mitglied der Kommission war. Gestern wurde darauf verwiesen, man solle nicht Selbstbeweihräucherung betreiben. Das ist auf jeden Fall nicht der Fall, war es gestern nicht und soll es heute auch nicht sein, aber auf zwei Punkte möchte ich eingehen. Es wurde vorhin gesagt und dem stimme ich vollkommen zu: Diese Arbeit und diese Durchführungsbestimmungen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht werden und abgeschlossen wurden, waren effektiv der Motor unserer Gesellschaft und unseres Autonomiestatutes. Hier ein riesiges Kompliment an all diejenigen, die in dieser Zeit seit 1992 daran gearbeitet haben, dass diese Weiterentwicklung überhaupt möglich war. Der Punkt, den ich eigentlich ansprechen möchte, ist jener, dass wir in den letzten paar Jahren oft die Diskussion hatten, wie die Autonomie weiterentwickelt und das Autonomiestatut revidiert werden sollte. Hier fällt die Kommission oft in der politischen Debatte in eine sehr kontroverse Diskussion, teilweise sogar in Verruf. Angesichts dieser ganzen Ergebnisse und Fakten, die heute vorliegen, möchte ich schon darauf hinweisen, dass diese Arbeit - auch wenn hin und wieder mal irgendeine Tagesordnung fehlt -, die hier gemacht worden ist, nicht in Verruf geraten soll, vor allem weil wir in die Zukunft schauen müssen, dass wir diese Arbeit auch in Zukunft weiterhin so machen sollen, auch aus einem Grund: Wir sind ein kleines Land. Wir haben unsere spezifischen Anforderungen und wir sind in der Situation, dass wir verhandeln müssen. Dies ist nicht mit Kraftakten in der Zahl möglich, sondern es geht vor allem darum, dass wir weiterhin professionell so gut wie möglich arbeiten und unser Land weiterentwickeln. Dazu braucht es natürlich auch die Kraft des Landtages. An dieser Stelle möchte ich eine Episode

anbringen. Wie oft war die Diskussion da, dass man gesagt hat: "Nein, wir müssen erst warten, bis der Autonomiekonvent fertig ist, damit wir das weiterentwickeln können. Wir müssen abwarten, bis das noch kommt." Wir müssen dann handeln, wenn die Möglichkeiten da sind, wenn sich eine Tür aufmacht. Und - das glaube ich - hat die Kommission laut diesem Bericht - das kennen wir nicht nur von diesem Bericht, sondern von Taten und Fakten - immer wieder versucht. Wenn sich eine Tür aufgemacht hat, hat die Landesregierung von Südtirol, der Landeshauptmann und die Kommission versucht, diese Spielräume auszunutzen, dementsprechend zu handeln und die Durchführungsbestimmung heimzubringen, im Vergleich eben zu anderen Regionen mit Sonderstatut. Ich hoffe, dass wir dieses Bewusstsein gemeinsam teilen, dass wir auch in Zukunft weiterhin in diese Richtung arbeiten, dass wir unsere Vertreter, die wir als Landtag wählen, dementsprechend in ihrer Arbeit in der Kommission stärken und ihnen Rückhalt geben, damit sie genau das machen können, was statutenmäßig, laut Abkommen und Paketabschluss vorgesehen ist. Ich glaube, diese Spielräume sind die wichtigsten, die wir erhalten müssen, damit wir das Autonomiestatut für Südtirol weiterentwickeln können und da weiterkommen.

Ein Thema noch - das letzte, das ich ansprechen möchte - ist die Vertretung der drei Sprachgruppen. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, auch durch politisches Verhandeln und auch Teil einer politischen Meinung, in der letzten Legislatur einen ladinischen Vertreter in der 6er und 12er Kommission zu haben. In dem Moment hatte ich das Glück, dieser Vertreter zu sein. Ich glaube aber, unabhängig von der einzelnen Person und vom Namen ist es wichtig, dass diese Kommissionen auch in Zukunft dreisprachig vertreten sind. Durch ein neues Verfassungsgesetz bzw. durch die Erneuerung des Autonomiestatuts ist es uns gelungen, diese Möglichkeit zu schaffen, dass auch Südtirol bzw. die Region, der Südtiroler Landtag einen ladinischen Vertreter in die Kommission schicken kann. Ich bitte Sie, dies beim nächsten Mal mitzuunterstützen, damit wir eine Kommission haben werden, die weiterhin arbeiten kann, aber vor allem auch alle drei Sprachgruppen vertritt. Das - glaube ich - ist sehr, sehr sinnvoll, wenn wir uns auf die Stärke des Landes mit drei Sprachgruppen weiterhin stützen wollen und sollen. In diesem Sinne der Kommission und den neuen Mitgliedern auch von meiner Seite alles, alles Gute für die gute Arbeit und weiterhin von unserer Seite einen starken Rückhalt. Danke schön!

LANZ (SVP): Herr Präsident, sehr geehrter Senator Zeller, Kollege Bizzo! Zuerst einmal danke für die Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet worden ist. Ich glaube schon, dass es einfach notwendig ist, auch an einem Instrument Autonomiestatut weiterzuarbeiten und es vor allem auch an die Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen. Hier hätte ich konkret zwei Fragen, weil ich in diesem Haus bin. Wenn wir Diskussionen über Änderungen des Autonomiestatutes führen, hören wir immer öfter, dass wir eigentlich ein Risiko eingehen, weil jeden Moment, in dem wir das ganze Paket aufschnüren, im Prinzip alles möglich ist zu diskutieren. Wie kann man dem entgegenwirken? Wir haben die Notwendigkeit, in gewissen Bereichen konkret auf Maßnahmen oder Entwicklungen eingehen oder reagieren zu müssen, und dieser Spielraum müsste eigentlich gegeben sein. Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage betrifft Folgendes: Das Autonomiestatut basiert ja in Südtirol vor allem auf einer Realität, die wir in dieser Form heute nicht mehr haben. Das heißt, auch hier haben sich die Voraussetzungen geändert. Welche Möglichkeit haben wir, das so abzusichern, dass wir dieses Autonomiestatut auch in Zukunft noch immer haben, mit der vordergründigen Zielsetzung, die deutsche und ladinische Minderheit in diesem Land zu schützen und dementsprechend auch Maßnahmen zu ergreifen, dass das morgen noch so ist? Wir sehen es aufgrund der Entwicklungen, die ja in den letzten Jahren stärker vorangegangen sind, was vor allem auch die Bevölkerungszusammensetzung betrifft. Wie können wir hier das Autonomiestatut dementsprechend mitgestalten, indem man auf neue Entwicklungen Rücksicht nimmt, neue Entwicklungen zulässt, aber vor allem den Grundgedanken nicht verliert? Danke!

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber ehemalige Senator Zeller, Kollege Bizzo! Es ist mir ein Anliegen, hier das Wort zu ergreifen, aus mehreren Gründen. Zum einen möchte ich mich bei den bisherigen Mitgliedern der paritätischen Kommissionen für die ausgezeichnete Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet worden ist, bedanken. Wir haben es aus dem Bericht entnehmen können: Noch einmal ist uns in Erinnerung gerufen worden, dass es gelungen ist, eine ganze Reihe von Durchführungsbestimmungen vorzubereiten, die dann auch genehmigt worden und in Kraft getreten sind, und zwar im Interesse unseres Landes, aber auch im Interesse aller Sprachgruppen dieses Landes. Es ist eine wichtige Arbeit, weil unsere Autonomie dauernd

weiterentwickelt werden muss. Also sind es drei Punkte: Die Weiterentwicklung an und für sich, weil wir daran interessiert sind, unsere Zuständigkeiten ständig zu erweitern; zum Zweiten, weil es aufgrund von Urteilen oder in Erwartung von Urteilen immer wieder notwendig ist, hier entsprechend zu reagieren, aber auch aufgrund der neuen Themen, die die Zeit mich sich bringt, die sich einfach verändert hat. Ich denke an das Thema, das wir auch gestern hier hatten, sprich das Thema Umwelt, das bisher beim Paketabschluss noch keine Rolle gespielt hat. Mittlerweile ist es aber sehr wichtig geworden und spielt in vielen Bereichen entsprechend hinein. Wichtig in der Umsetzung ist auch die jeweilige Schönwetterlage in Rom, also wie die Konstellation in Rom ist. Karl Zeller hat ja Magnago zitiert, mit den Worten "Blumen pflücken am Wegesrand" und dass inzwischen ein großer Blumenstrauß zusammengetragen worden ist, aber ich glaube auch, dass es den steten Tropfen in Rom braucht, das heißt ein ständiges Bemühen, ein ständiges Arbeiten. Es geht hier nicht nur um die Vorbereitung in den Kommissionen, sondern auch darum, dass es politisch umgesetzt und entsprechend verabschiedet werden kann. Und hier sei mir erlaubt - nachdem er ja gesagt hat, dass er heute seinen letzten Bericht hier verlesen wird - einen persönlichen Dank an Karl Zeller für die jahrzehntelange ausgezeichnete Arbeit in Rom auszusprechen. Im Interesse unseres Landes ist in dieser Zeit sehr viel gelungen, aufgrund seiner Kompetenz, seiner Hartnäckigkeit, aber vor allem auch aufgrund der vielen Beziehungen, die er inzwischen aufgebaut hat. Ich denke an das Netzwerk, über das du inzwischen in Rom verfügst, wo es eigentlich am Ende sehr hilfreich war, dass diese Maßnahmen nicht nur erarbeitet werden konnten, sondern am Ende auch umgesetzt worden sind. Aber vor auch für dein Augenmaß und für die Geduld, die du immer wieder aufgebracht hast, gebührt dir ein großer Dank von meiner Seite. Ich denke, dass ich hier für die Landesregierung, für die Abgeordneten und für ganz Südtirol sprechen kann. Für deine Arbeit in Rom im Interesse unseres Landes und unserer Sprachgruppen, herzlichen Dank für dein Lebenswerk! Ich hoffe, dass uns deine Erfahrung, die du gesammelt hast, noch lange erhalten bleiben wird. Danke schön!

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Auch ein herzliches Dankeschön meinerseits an den Ex-Senator Zeller und an den Ex-Präsidenten Bizzo für die Vorstellung dieses Berichtes und auch für das Aufzeigen der Erfolgsbilanz der letzten Jahre. Sie ist in der Tat beachtlich, das kann man ohne Neid zugestehen, und dafür ein herzliches Dankeschön! Es war eine wichtige Zeit. Man hat die Gunst der Stunde genutzt - das haben Sie auch gesagt - und einiges nach Hause gebracht. Aber es wurde eine Aussage von Senator Zeller getätigt, die aus meiner Sicht zentral und ganz wichtig ist. Sie ist nebenbei gefallen, aber da habe ich besonders die Ohren gespitzt. Es war die Aussage: Mit jedem Erfolg, den wir nach Hause gebracht haben, also mit jeder zusätzlichen Durchführungsbestimmung, wird der Spielraum kleiner, ganz klar, weil natürlich die restlichen Durchführungsbestimmungen damit weniger werden. Umso schwieriger wird es werden, neue Durchführungsbestimmungen an Land zu ziehen, weil ja nicht die einfachsten, sondern die schwierigsten übriggeblieben sind. Ich glaube, das war eine sehr wichtige Aussage. Da möchte ich nochmal zurückkehren auf die Stellungnahme von Kollegen Dello Sbarba, der auch meint, dass die Rolle des Landtages in dieser Hinsicht beachtet gehört. Das, was Sie geschafft haben - sage ich jetzt mal so salopp -, ist das Paretoprinzip, nachdem mit einem gewissen Aufwand 80 Prozent der Durchführungsbestimmungen nach Hause gebracht wurden. Herzlichen Glückwunsch dazu, aber jetzt fehlen uns noch 20 Prozent. Das ist jetzt nicht genau durchkalkuliert. Für diese 20 Prozent braucht es natürlich einen noch viel größeren Kraftaufwand. Für diesen Kraftaufwand steht der Landtag zur Verfügung. Der Landtag möchte – in der Vergangenheit wurde er nicht konsultiert – in Zukunft auf jeden Fall, wenn er auch dazu in die Lage versetzt wird, hier mitarbeiten und zusätzliche Kraft einbringen, um die ausständigen Durchführungsbestimmungen nach Hause zu bringen. Ich hätte hier noch eine Frage an Sie. Klammer auf Klammer zu: Wir hatten erst gestern hier einen Beschlussantrag, bei dem es darum ging, Kompetenzen nach Südtirol zu bringen, der mit großer Mehrheit in diesem Sinne vom Landtag angenommen wurde. Das heißt, der Landtag steht voll und ganz hinter der Autonomie. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass es hier nicht eine einheitliche Linie gäbe. Meine Frage wäre nun: Wie kann man in Zukunft sozusagen aus diesem Dialog, den es in der 6er Kommission und in der 12er Kommission sehr wohl gegeben hat, vielleicht einen Trialog machen und den Landtag viel mehr einbinden, sodass er seine Kraft auch einbringen kann, weil man sozusagen die Kraft auch aktivieren muss. Das wäre meine Frage. Herzlichen Dank!

PRÄSIDENT: Ich bedanke mich recht herzlich bei allen, die hier Fragen gestellt und an der Diskussion teilgenommen haben. Ich ersuche nun eventuell um eine kurze Antwort, sofern dies möglich ist. Bitte, Herr Senator Zeller.

ZELLER Karl: Ich antworte auf die letzte Frage vom Abgeordneten Staffler und gleichzeitig auch auf jene vom Abgeordneten Dello Sbarba in Bezug auf die Einbindung des Landtages, die ja wahrscheinlich das interessanteste Thema ist. Der Landtag hätte natürlich die Mitglieder der 12er und 6er Kommission von sich aus öfter vorladen oder einladen können. Es gibt ja seit 2011 die Geschäftsordnungsbestimmung, nach der – wie gesagt – die Vertreter der 6er und 12er Kommission hier eingeladen werden können, um Rede und Antwort zu stehen. Das ist seit 2013 nicht mehr passiert. Deswegen hätte man da auch schon ein Instrument, das in der Geschäftsordnung verankert ist. Es ist ja kein Geheimnis, was die 6er und 12er Kommission behandelt, das steht ja dann vorher und nachher x-mal in den Zeitungen. Insofern ist das nichts Geheimes und könnte durchaus auch hier diskutiert werden. Aber welches ist das praktische Problem? Man kann hier sehr wohl die Entwürfe vorlegen. Die Entwürfe, die wir behandeln, sind Entwürfe der Landesregierung. Die Landesregierung könnte durchaus diese Entwürfe hier auch diskutieren. Meistens sind das die Wunschgedanken von uns. Danach fängt der harte Job an. Der Text, der zum Schluss aus einer Durchführungsbestimmung rauskommt, ist oft etwas ganz anderes, als was reingeht, wie es eben auch hier oft der Fall ist. Ein Gesetzentwurf wird dann eben umgeändert. Insofern muss man in Rom dann oft schnell sein. Wenn die Regierung sagt, dass sie in den Ministerrat geht, können wir nicht sagen: "Halt, jetzt müssen wir doch die nächsten zwei Monate abwarten, weil der Landtag noch ein Gutachten abgeben muss." Wenschon kann der Landtag in der Anfangsphase eingebunden und periodisch informiert werden, aber wenn man erfolgreich in Rom arbeiten will, muss man die Gunst der Stunde nutzen. Dann kann man nicht zu schwerfällig werden. Deswegen haben wir ja so viel nach Hause gebracht. Man darf auch nie vergessen, dass die paritätischen Kommissionen beratende Kommissionen der Regierung und nicht des Landtages sind. Das heißt, man kann zwar seine Vertreter vorladen, aber es ist problematisch, wenn ich Tagesordnungen, die von einer Regierungskommission sind, vorher dem Landtag gebe, weil wir ja Berater der Regierung und nicht des Landtages sind. Die Vertreter – wie gesagt - kann man sehr wohl einberufen. Es gibt sicher viel mehr Möglichkeiten, den Landtag partizipieren zu lassen. Der Landtag braucht nur aktiv zu werden, dann wird jedes Mitglied der 6er und 12er Kommission oder der Landeshauptmann hier herkommen, um Rede und Antwort zu stehen, weil wir ja Entwürfe der Landesregierung behandeln.

Al consigliere Dello Sbarba volevo dire che forse c'è un malinteso sull'energia, noi non abbiamo modificato la norma di attuazione, abbiamo modificato lo Statuto con la procedura d'intesa ex art. 103, dove il presidente della Provincia ha dato l'intesa, non c'entra nulla con la norma di attuazione l'art. 13 e il Consiglio dovrebbe essere felice, perché alla fine abbiamo tolto allo Stato una competenza e adesso siete voi competenti, lo Stato non c'entra più niente con l'energia, perché grazie a questa norma è competenza di questo Consiglio e questo lo avevo sottolineato, voi siete in grado praticamente di abrogare tacitamente o implicitamente diverse norme di attuazione, perché tutto il blocco dell'energia, Piani ambientali, tutto quello che è legato a quell'importantissimo settore, lo farete voi.

Al consigliere Urzì rispondo che anche lì per chiarire un malinteso, la commissione 137 non c'entra nulla con la commissione paritetica, perché la commissione 137 ha un unico compito dove il parere sarebbe vincolante, e purtroppo non sempre è stata rispettata quella norma di chiusura del Pacchetto, solo per le modifiche dello Statuto, sulle altre questioni questa commissione alla fine è un inutile doppione della commissione paritetica, perché che senso ha chiedere un parere alla 137, se grazie allo Statuto, ho la commissione paritetica? Mentre sulle modifiche dello Statuto la commissione 137 dovrebbe rendere il suo parere e questo forse è un compito anche di questo Consiglio, riattivare o rivitalizzare questa misura perché purtroppo voi nominate sempre i rappresentanti, però dopo quella commissione 137 non diviene operativa anche perché credo nessuno insiste più di tanto perché il Governo nomini, perché è presieduta da un sottosegretario del Governo italiano, e quindi che senso ha che il Consiglio nomini i suoi componenti e dopo lo Stato non i suoi, quindi è una commissione un po' inoperativa.

Sulla sua visione del Pacchetto io non concordo perché fortunatamente la vaghezza del Trattato Parigi, dell'Accordo De Gasperi-Gruber, all'inizio è stato molto criticato, perché contiene poco di concreto, contiene solo dei principi, ma contiene una clausola dinamica che dice che l'autonomia territoriale di questa terra ha bisogno di tutte le misure necessarie per garantire la cultura, la lingua, ma anche le condizioni economiche delle popolazioni qui viventi. Allora tutto quello che abbiamo fatto con le norme di attuazione rientra in questo ambito previsto dall'Accordo De Gasperi-Gruber, il Pacchetto del '69 era una tappa e siamo ormai fortunatamente molto oltre questo, perché adesso abbiamo un'autonomia secondo me molto più forte di quella del '69, Magnago forse sarebbe felice oggi perché tante di quelle cose, tipo anche l'energia, gli immobili, il demanio dello Stato che è passato, va molto oltre quello che si pensava nel '69, ma Lei pensa che Magnago avrebbe

pensato che il Tribunale di Bolzano potesse divenire di proprietà tavolare della Provincia autonoma di Bolzano? Tutto questo è coperto da questa clausola dell'articolo 1 dell'Accordo di Parigi e chiaramente Lei ha criticato poi i Governi amici, ma è chiaro che bisogna avere i Governi amici, perché senza i Governi amici che abbiamo fino adesso trovato soprattutto quasi esclusivamente tra il centrosinistra, perché di queste 75 norme, 50 le abbiamo fatte durante il periodo prima Prodi, poi Renzi, Gentiloni e così via e quindi questo è un dato di fatto. Io spero che con la Lega, che anche si dichiara federalista, si riuscirà in futuro a trovare anche in un ambito più vicino alla sua compagine, anche persone favorevoli allo sviluppo dell'autonomia, fino adesso era abbastanza difficile trovarle.

Poi Lei chiedeva il faro per il futuro; domanda interessante; perché siccome sono vecchio ormai, vorrei rispondere come Durnwalder ha sempre risposto, non vedo tante stelle al momento, fino adesso non abbiamo visto granché di concreto, siccome c'è questo blocco reciproco anche per quel che riguarda l'autonomia, io non mi aspetto molto da questa combinazione 5 Stelle e Lega, perché lì uno blocca l'altro e quindi sarà molto difficile. Poi siccome non credo che durerà molto questa strana convivenza, nel futuro forse si svilupperà qualcosa di nuovo, perché adesso sicuramente si è aperta una nuova fase.

Ich möchte nun dem Abgeordneten Unterholzner antworten. Ich glaube nicht, dass Zwölfjährige bereits arbeiten dürfen. Soweit ich weiß, gibt es EU-Richtlinien, die verbieten, dass man Kinder unter 14 Jahren irgendwie in die Arbeitswelt einbaut. Ich glaube also, dass das auch von der EU her nicht erlaubt ist. Abgesehen davon müsste man in Sachen Arbeitssicherheit, Jugendschutz usw. – das sind staatliche Kompetenzen – das Autonomiestatut ändern und das wird ganz schwierig. Sie haben ja Recht, wenn Sie sagen, dass die Umsetzung des EU-Rechts durch den Staat völlig unternehmerfeindlich erfolgt und viel zu bürokratisch ist. Deswegen werden die Toten am Arbeitsplatz auch nicht weniger, aber gerade deswegen, weil es so viele Unfälle gibt, kann ich mir schwer vorstellen, dass der Staat das aus der Hand lässt. Aus meiner Sicht besteht sogar die Gefahr, dass das noch bürokratischer wird, weil man in Rom leider glaubt, je strenger und je schlimmer man die Gesetze macht, desto weniger Tote es gibt. Das hat beim Straßenverkehr schon funktioniert, aber bei der Arbeitssicherheit eben weniger. Das kann man nicht mit Durchführungsbestimmung regeln, sondern diesbezüglich müsste man das Autonomiestatut ändern, weil die Durchführungsbestimmung nur Dinge, die im Autonomiestatut irgendwie herausinterpretierbar sind, regeln kann. Ich kann aber nicht zum Beispiel die Kompetenz für Umweltschutz oder für Arbeitssicherheit mit einer Durchführungsbestimmung übertragen. Das wäre verfassungswidrig.

In Bezug auf die Steuerhoheit möchte ich auch klarstellen, dass das, was wir wollten, nicht die Steuerhoheit wäre. Diese Durchführungsbestimmung würde die Verwaltungszuständigkeiten für die Steuern auf das Land Südtirol übertragen, so wie wir es zum Beispiel bei den Motorisierungsämtern gemacht haben. Aber man müsste natürlich weiterhin die staatlichen Steuergesetze anwenden, wobei ich auch hinzufügen muss: Südtirol hat schon einen erheblichen Gestaltungsspielraum bei den Steuern, weil es undenkbar ist, dass Südtirol eine eigene Mehrwertsteuer einführen kann. Das ist EU-weit geregelt und es wäre auch nicht sinnvoll, wenn in Trient eine andere Mehrwertsteuer wäre wie hier. Also von der Mehrwertsteuer brauchen wir gar nicht reden. Bei der Einkommenssteuer haben wir ja die Möglichkeit des Gestaltungsspielraums bereits jetzt über die neue Finanzregelung bei den Steuerzuschlägen, die dieser Landtag ja schon mehrfach genutzt hat. Ich habe die Möglichkeit über die IRAP und worauf ich besonders stolz bin, ist, dass wir es in der letzten Legislaturperiode endlich geschafft haben, die primäre Zuständigkeit für die lokalen Steuern, sprich die GIS, auf den Landtag zu übertragen, sodass wir nicht immer diese unsinnigen Neuregelungen auf Staatsebene nachbeten müssen. Wenn man das alles zusammennimmt, hat der Landtag so viele Hunderte Millionen an Gestaltungsspielraum, wo er das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Südtirol beeinflussen kann. Das ist schon enorm viel. Wir hatten auch einmal angedacht, ob wir über diese Steuerzuschläge bei der IRPEF auch noch – aber es ist technisch sehr schwierig – hineininterpretieren könnten, dass Steuerabsetzbeträge mit Landesgesetz gemacht werden könnten. Aber der Landtag hat bereits heute sehr, sehr viele Zuständigkeiten im Bereich der Steuern. Steuerhoheit ist wieder etwas anderes. Das ist schwer umzusetzen.

Die letzte Antwort geht an Fraktionssprecher Lanz und betrifft die Änderung des Autonomiestatuts in Bezug auf den Schutz. Wir haben das Glück, dass wir eine international verankerte Autonomie haben. In den 25 Jahren, wo man über uns drüberfahren wollte – ich denke da an Mitolo 2004 mit einer einseitigen Abänderung des Autonomiestatuts, wo es wirklich hart auf hart gegangen ist –, interveniert sofort der Bundeskanzler, der Bundespräsident oder der Nationalratspräsident von Österreich so, dass wir eigentlich relativ gut gesichert sind. Natürlich wäre es noch besser gewesen – ich habe es ja zweimal durchbekommen –, bei der Verfassungsreform 2004 und in der letzten von 2016 - die Verfassungsänderung ist beide Male durch ein Referen-

dum gestoppt worden -, dass man das Einvernehmen hätte. Dann wäre natürlich noch sicherer, wenn man mit einer Änderung des Autonomiestatuts ins Parlament geht, dass der Landtag im Einvernehmen, das gefordert ist, nicht zustimmt. Ich glaube, das ist nicht einmal das relevanteste, weil wenn ich selber aktiv werde, eine Änderung des Autonomiestatuts verlange und sehe, dass ich keine Mehrheit habe oder dass jemand für andere Zwecke benutzen will - so interessant sind wir Südtiroler in Rom nicht -, dann braucht man eigentlich nur darauf zu drängen, dass das auf die Tagesordnung kommt. Wenn ich als Interessierter in Rom sehe, dass ich nicht recht weiter komme, kann man die ganze Operation auch einstellen. Diese schläft dann sozusagen ein. Gerade wegen des Schutzes von Österreich will sich niemand recht mit uns anlegen. Dass jemand hergeht und bei einem Gesetzentwurf, der aus Südtirol vom Landtag kommt, sagt: "Ich werde jetzt absichtlich einen internationalen Konflikt mit Österreich provozieren", ist sehr, sehr unwahrscheinlich. Wie gesagt, so wichtig wir Südtiroler uns fühlen, aber so wichtig sind wir dann trotzdem nicht. Es steht sich nicht dafür, wegen Südtirol für Italien einen Krieg anzuzetteln. Deswegen kann man allerhand versuchen, wobei das Problem ein anderes ist. Dadurch, dass wir nicht so interessant in Rom sind, muss man sich stets die Frage stellen: Wie bringe ich 316 Senatoren und 315 Abgeordnete ins Plenum, bei der zweiten Lesung für eine Änderung des Autonomiestatuts anwesend zu sein und mit Ja zu stimmen? Die vornehmste und eleganteste Möglichkeit, wenn man in Rom etwas versenken will, ist, nicht hinzugehen. Aber ich muss diese Stimmen bekommen, sonst werde ich mein Vorhaben nicht durchbringen. Weil die Ladinler sympathisch sind oder wie wir, sind sie damals mit Ach und Krach alle zum Gesetzentwurf Alfreider gekommen. Das war eine Meisterleistung – muss ich sagen -, weil es schwierig ist, im Alleingang eine Sache durchzubekommen. Wenn nur Südtirol interessiert daran ist, sagen die anderen, was sie das angeht, wir hätten eh schon zuviel und somit gehen sie nicht mal hin. Wir sollten nicht noch mehr kriegeln, als wir jetzt schon haben. Das ist die Einstellung im Parlament. Deswegen war das eine ganz wichtige Sache. Das war ja auch die letzte seit 1972, die erste Änderung des Autonomiestatuts, wo wir nicht verbunden mit anderen Sonderregionen gegangen sind, sondern allein. Das kann man nur mit den netten, freundlichen und lieben Ladinern machen, weil sie bei uns nicht so begeistert sind. Wenn man sonst etwas durchbekommen will, muss ich im Verein mit den anderen Regionen gehen. Dann habe ich in allen anderen Parteien auch Leute, die interessiert sind, dass es durchgeht. Was wir gestern beispielsweise positiv genehmigt haben, ist dieses Einvernehmen bei der Abänderung des Autonomiestatuts. Das gefällt den Sizilianern, das gefällt den Sarden, das gefällt den Friulanern. Deswegen habe ich dann bei allen Parteien jemand, der hingehet und mitstimmt. Wenn wir sonst in Rom mit Gesetzentwürfen die Solisten spielen wollen, ist das zwar gut für die Öffentlichkeitsarbeit, aber schwierig durchzubringen. Danke!

PRÄSIDENT: Vielen Dank! Ich möchte mich bei den ehemaligen Mitgliedern der 6er Kommission Roberto Bizzo und Senator Karl Zeller, welche vom Landtag in die Kommission entsandt worden sind, recht herzlich bedanken. Bedanken möchte ich mich für den Bericht, für die Beantwortung der Fragen und natürlich für die langjährige Arbeit. Wir haben gehört 25 Jahre und sowohl auch für die Erfolge für Südtirol, was speziell in der letzten Legislaturperiode können sich die Erfolge wirklich sehen lassen. Der Ausblick, wie ihn Senator Zeller geschildert hat, war nicht so erfreulich, aber er hat gesagt, es gibt noch Arbeit. Carlo ist nicht hier und wir hoffen natürlich auch das Beste für Südtirol, dass auch die neuen Mitglieder die Arbeit so erfolgreich machen werden, wie es die ehemaligen Mitglieder in der 6er Kommission gemacht haben. Auf jeden Fall recht herzlichen Dank euch beiden!

Bevor wir mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte, die in die der Opposition zustehenden Zeit fallen, fortfahren, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und die 2A Mittelschule Mölten mit Prof.in Katrin Springeth recht herzlich hier im Landtag begrüßen.

Der Abgeordnete Leiter Reber hat die Vorverlegung des Tagesordnungspunktes 72, Beschlussantrag Nr. 83/19, im Sinne von Artikel 60 der Geschäftsordnung beantragt.

Artikel 60 unserer Geschäftsordnung sieht vor: "*Vorverlegung eines Tagesordnungspunktes. 1. Unbeschadet der Bestimmungen gemäß Artikel 114 Absatz 4 kann der Landtag auf Antrag über die Vorverlegung eines Punktes der Tagesordnung beschließen. Die Begründung des Antrages ist zulässig.*

Ein Abgeordneter/Eine Abgeordnete kann dafür und einer/eine dagegen sprechen, wobei die Wortmeldungen die Dauer von jeweils fünf Minuten nicht überschreiten dürfen."

Wer wünscht das Wort?

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Der Antrag bleibt aufrecht. So wie ich das interpretiere, habe ich fünf Minuten zur Erläuterung, warum ich diesen Antrag vorziehen möchte. Richtig?

PRÄSIDENT: Das geht in Ordnung. Wir wollen aber zuerst festlegen, ob jemand dagegen spricht? Landesrat Schuler möchte dagegen sprechen. Bitte, Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kollegen! Es geht um das Thema Großraubwild und Wolf, welches Südtirol schon seit Langem beschäftigt und derzeit ganz besonders aktuell ist. Wenn man mit den Bürgern draußen spricht und auch die Äußerungen der Politiker aus den verschiedenen Parteien immer wieder hört, dann ist es teilweise schon sehr emotional, was hier von sich gegeben wird. Die betroffene Bevölkerung ist vor allem jene der Berglandwirtschaft, die rein mengenmäßig einen sehr geringen Prozentsatz im Land darstellt. Auf der anderen Seite haben wir viele Menschen, die weniger Verständnis haben. Das Zusammenspiel zwischen Großraumwild, zwischen Wolf und Nutztieren ist schwierig. Der Schutzstatus des Wolfes wurde in Italien 1970 eingeführt. Damals hat es in Italien laut Schätzungen 100 Wölfe gegeben. Mittlerweile gibt es 2.000, Herbert Dorfmann spricht sogar von 3.000. Das heißt, die Schutzmaßnahmen waren sehr, sehr erfolgreich, und zwar nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa. Wir haben jetzt 20.000 Wölfe in Europa. Also wäre für mich und unsere Partei dieser Schutzstatus in Gebieten, die sehr dicht besiedelt sind, wie dem unseren, die touristisch ganz erschlossen sind, nicht mehr notwendig, wie er 1970 notwendig war oder vielleicht in Gebieten ist, wo die Möglichkeit eine ganz andere ist. Ich muss sagen, gerade wir als Freiheitliche sind, was den Tierschutz und die Artenerhaltung anbelangt, sehr wohl empfänglich, aber nicht auf alle Kosten. Beim Wolf muss man sagen, dass der Status längst erreicht ist. Wir sind nicht das Land, das die letzten zwei Rudel hat, sondern – wie mir Landesrat Schuler in der letzten Anfrage geantwortet hat – der Ausblick auf Ausbreitung in den nächsten Jahren ist ja sehr, sehr steigend. Wir können uns da noch viel erwarten, und zwar nicht nur hier, sondern in allen anderen Regionen, wo der Wolf derzeit vorhanden ist.

Rechtlich bleiben uns, wenn wir nur das nehmen, was wir zur Zeit haben, die europäischen und italienischen Schutzrichtlinien. Das heißt, uns bleibt gar nichts anderes übrig, als einen Wolfsmanagement-Plan zu machen, zu schauen, dass wir vielleicht den Schutzstatus von "streng geschützt" auf "geschützt" runterkriegen, dass wir das Landesgesetz, das teilweise eh schon besteht, anwenden, Problemwölfe abzuschließen. Solange aber die Population erhalten bleibt, wird das nichts nützen. Locher Franz wird noch etwas bringen. Da werden sich alle irgendwo etwas raussuchen, das Bestmögliche machen und zum Schluss die Entschädigungen verdoppeln, damit ja alles gut geht usw.

Bis zum Schluss wollen aber die Leute die Sicherheit und fragen: "Wollen wir das überhaupt und sind wir so ehrlich, das auch zu sagen, oder tun wir es nur draußen bei den Leuten?" Man verweist immer auf die EU-Richtlinie oder Rom. Das schlechte Wetter ist immer dort, das schöne Wetter machen wir im Landtag. Sind wir bereit zu sagen, dass wir als Südtiroler Landtag generell für ein wolfsfreies Südtirol sind? Ich rede nicht davon, ob man die rechtlichen Voraussetzungen hat. Sind wir dafür, sind Wolf und Berglandwirtschaft für uns kompatibel oder nicht? Sprechen wir uns dafür oder dagegen aus? Darum geht es. Dann wissen auch die Leute: Sie haben jetzt zwar nicht die rechtlichen Möglichkeiten, aber sie werden sich dafür einsetzen. Man kann dann auch Herbert Dorfmann oder den Kollegen und Vertretern in Rom sagen, dass sie bitte in diese Richtung mehr tun müssen.

Ich glaube, das wäre eine viel ehrlichere Antwort, als draußen bei den Leuten hinzugehen und zu sagen: "SSS" oder was immer gesagt wird. Zum Schluss werden für die Leute aber 3.000 Euro Strafe und 6 Monate Haft vorgeschlagen. Ich finde das nicht ganz ok. Ich finde es besser, hier zu sagen, was wir wollen. Die Leute sind immer noch beeindruckt vom Auftritt von Rita Mattei in Ulten, wo du gegen den Wolf aufgetreten bist. Das war wirklich beeindruckend. Davon sprechen sie heute noch. Bravo, Rita! Aber hier im Landtag, was ist da los? Sprechen wir uns dafür oder dagegen aus? Oder sagen wir den Leuten draußen irgendwas, was wir dann nicht einhalten können, weil wir uns rechtlich dann nicht mehr herausreden können? Dessen müssen wir uns immer wieder bewusst sein. Ich bin jetzt auf vielen solcher Veranstaltungen gewesen. Die einen geben dem Amt für Jagd, eigentlich nur dem Spagnolli selber die Schuld. Man muss sagen, dass er in dem Moment ein armer Teufel ist, weil er nur das Gesetz vertritt. Aber es sind viele, die dann sagen: "Ich schaue, dass wir das in Rom durchbekommen. Ich schaue, das auf europäischer Ebene durchzubekommen." Bis zum Schluss werden wir nicht viel tun. In den nächsten Jahren wird uns nur das übrig bleiben, was derzeit rechtlich möglich ist. Aber im Hinblick – und ich möchte den Satz noch beenden – dessen sollten wir hier ehrlich sagen, was wir

uns überhaupt wünschen und vorstellen. Wenn es ein wolfsfreies Südtirol ist, dann bitte ich, dass wir diesen Antrag jetzt vorziehen, damit wir das den Leuten auch sagen können.

PRÄSIDENT: Herr Abgeordnete, ich wollte Sie nicht unterbrechen, aber die fünf Minuten sind dafür gedacht – Sie sind neu im Landtag und wissen das vielleicht auch nicht -, die Begründung zu liefern, weshalb dieser Beschlussantrag vorgezogen werden sollte. Die inhaltliche Debatte folgt danach. Also jetzt ging es nur um die Begründung der Dringlichkeit. Genauso werden all jene, die dagegen sprechen, darlegen, weshalb es nicht dringlich ist bzw. der Antrag nicht vorgezogen werden soll.

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten! Dieser Beschlussantrag wurde am 5. April eingereicht. In der Zwischenzeit hatten wir eine Fraktionssprechersitzung, wo es die Möglichkeit gab, einen Beschlussantrag für die Fraktion der Freiheitlichen vorzuziehen. Es war dann jener Antrag betreffend das leistbare Wohnen, wie mir scheint. Es ist jetzt natürlich vollkommen im Ermessen des Abgeordneten Kollegen und der Geschäftsordnung, diesen Vorschlag zu machen und jetzt 10 Minuten darüber zu diskutieren, pro und contra und - wie wir sehen - inhaltlich. Ich möchte nur sagen, dass wir seit gut einem halben Jahr dabei sind, die Spielregeln für diese Legislaturperiode festzulegen. Wir könnten uns da alle ein nettes Spielchen aus dieser Sache machen, indem wir Beschlussanträge vorziehen, über die wir vielleicht nicht diskutieren würden. Wir hauen uns vor die anderen, indem wir einfach versuchen andere Beschlussanträge, die wir nicht vorgezogen haben, auf die Tagesordnung zu setzen. Ich möchte dieses Spiel nicht mitspielen. Ich verstehe, dass das für dich interessant gewesen wäre, aber das Thema Wolf war vor einer Woche, als wir Fraktionssprechersitzung hatten, das gleiche. Da hättest du das meines Erachtens vorziehen müssen. Deshalb stimmen wir gegen die Aufnahme dieses Punktes, hauptsächlich um hier nicht dieses Spielchen einreißen zu lassen. Ich glaube, dass das keine gute Arbeit im Landtag ist, auch wenn es die Geschäftsordnung – das ist klar, da will ich gar nichts dagegen sagen – vorsieht. Aber ich glaube nicht, dass wir so arbeiten sollten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich hätte eine technische Frage: Wenn wir diesen Antrag jetzt vorziehen, wohin wird er dann in der Reihung der Tagesordnung aufgenommen? Wird er dann sofort zur Behandlung gebracht oder wird er am Ende der Beschlussanträge, die vorgezogen worden sind, angebracht? Jetzt sage ich mal, unabhängig davon, ob ich dafür bin oder nicht, mir scheint es schon ein wenig ungerecht, dass praktisch eine Partei den Beschlussantrag vorgezogen hat, diesen nicht mehr zur Behandlung bringen kann, weil die Minderheitenzeit dann fertig ist. Das wäre vorab zu klären, weil das wäre wirklich ungerecht. Ansonsten bin ich inhaltlich dafür. Die Frage ist nur, wo er praktisch hinkommt, vorgezogen wird.

PRÄSIDENT: Er würde sofort behandelt, denn wenn er dringlich ist, müssen wir ihn sofort behandeln, genauso wie den zusätzlichen Tagesordnungspunkt, der zurückgezogen wurde. Auch dieser wäre vorgezogen worden, da er dringlich war. Deshalb würde der Antrag Wolf sofort, also bevor wir den Beschlussantrag betreffend das leistbare Wohnen behandeln, zur Behandlung kommen.

Landesrat Schuler, Sie haben das Wort, bitte.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist die Frage zum Thema Wolf und diese Frage beschäftigt uns. Es ist ein emotionales Thema, das uns beschäftigt und uns noch die nächste Zeit beschäftigen wird. Die Entwicklungen sind ja vorgegeben und das heißt, dass hier die Probleme steigen werden. Unabhängig davon bin ich der Meinung, dass wir heute in Südtirol nicht mehr die Voraussetzungen besitzen, dass Großraubtiere entsprechenden Platz haben. Aber unabhängig vom Thema als solchen ist es richtig, was der Landtagspräsident gesagt hat: Es geht hier um die Frage, ob dieser Beschlussantrag dringlich ist oder nicht. Um hier reagieren zu können – darüber sind wir uns doch alle einig – braucht es Rechtsgrundlagen. Alles andere sind schöne Worte. Unser Auftrag als Politiker sollte sein, den Menschen auch die Wahrheit zu sagen. In letzter Zeit ist nirgends soviel Blödsinn verbreitet worden wie zum Thema Wolf. Hier muss man den Menschen auch die Wahrheit sagen und fragen: Wie weit geht unser Spielraum? Auch wenn wir ein eigener Staat wären, wäre in diesem Fall unser Spielraum noch sehr begrenzt, weil wir uns auch als eigener Staat an die

internationalen Kriterien halten müssten. Das müssen wir in aller Deutlichkeit sagen. Verschiedene Maßnahmen sind getroffen worden. Bei unserem Landesgesetz versuchen wir, die EU-Richtlinien direkt umzusetzen, ohne den Umweg über den Staat. Wir wissen, dass es im Mai eine Entscheidung vor dem Verfassungsgerichtshof geben wird. Es sind Durchführungsbestimmungen erarbeitet worden. Wir haben gestern über die Änderung des Autonomiestatuts diskutiert, aber auch darüber, welche Voraussetzungen es in der Kompetenz Umwelt geben würde. Der sogenannte "Piano del Lupo", sprich der Managementplan Wolf, wird sage und schreibe seit 2003 diskutiert. Es gäbe die Möglichkeit, hier auch Zonen vorzusehen, wo es theoretisch keine Wölfe geben sollte. Diese sensiblen Gebiete wären rein theoretisch möglich, aber es müsste ein solcher Managementplan erfolgen, so wie jetzt die rechtlichen Voraussetzungen sind. Also, ein Beschlussantrag ist ja keine Rechtsgrundlage, die uns hier neue Möglichkeiten bringen würde, sondern ist lediglich eine politische Willensbekundung. Hier besteht einfach keine Dringlichkeit, weil in drei Wochen die nächste Sitzung stattfindet und der Antrag in diesem Rahmen behandelt werden kann. Es wird sicher eine interessante Diskussion geben, auf die ich mich schon freue. Es ist auch notwendig, diese im Landtag zu führen. Aber dieser Beschlussantrag würde uns keine neuen Möglichkeiten geben, hier entsprechend zu reagieren. Deshalb sehe ich diese Dringlichkeit nicht gegeben.

PRÄSIDENT: Ich möchte die Abgeordneten alle ersuchen, zu überprüfen, ob die Karten richtig eingeschoben sind, damit es keine Probleme bei der Abstimmung gibt.

Wir stimmen nun über den Antrag auf Vorverlegung des Tagesordnungspunktes 72 im Sinne von Artikel 60 der Geschäftsordnung ab: mit 5 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 79/19 vom 29.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend leistbares Wohnen: Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau."**

Punto 12) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 79/19 del 29/3/2019, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante alloggi a prezzi accessibili: abbassiamo i costi di costruzione nell'edilizia privata."**

Leistbares Wohnen: Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau

Der Traum vom Eigenheim respektive einer Eigentums- oder Mietwohnung ist für viele, meist junge Südtiroler Familien aufgrund der viel zu hohen Immobilienpreise schlicht nicht zu verwirklichen. Neben den hohen Grundstückspreisen sind oft sehr hohe Baustandards mit ein Grund für die enorm hohen Baukosten. Mittlerweile zählen die Baustandards in Südtirol zu den höchsten im gesamten Alpenraum. Teuer muss aber nicht zwingend besser bedeuten. Die Entwicklung am Bausektor hat in den letzten Jahren viele neue Materialien und Techniken hervorgebracht, welche die derzeitigen Regelungen und Baustandards kostengünstiger erfüllen. Besonders im privaten Wohnbau müssen die Baustandards und verpflichtenden Bestimmungen, wie etwa zu Baustoffanforderungen und Energieeffizienz, auch an der Kosteneffizienz gemessen und festgelegt, an neue Techniken angepasst oder aufgrund gewonnener Erkenntnisse überdacht werden. Dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- 1. sämtliche verpflichtende Bauvorschriften und Baustandards des Landes betreffend Baustoffanforderungen, Energieeffizienz, Energieausweis, Autostellplatzverpflichtungen, Gemeinschaftsflächen, Schallschutz und Brandschutz auf eine mögliche Reduzierung der Materialkosten und technischen Kosten zu prüfen und die derzeit geltenden Bauvorschriften und die Höhe der Baustandards auf ihre Notwendigkeit bzw. auf kostengünstigere Alternativen zu überprüfen.*
- 2. Mit dem Ziel im privaten Wohnbau die Baukosten zu senken, nimmt die Landesregierung in jenen Bereichen, in denen es aufgrund dieser Kosten-Nutzen-Überprüfung sinnvoll erscheint, eine Anpassung der Baustandards und Bauvorschriften vor.*

Alloggi a prezzi accessibili: abbassiamo i costi di costruzione nell'edilizia privata
 Visti i prezzi esagerati, il sogno di una casa ovvero di un'abitazione di proprietà o in affitto è diventato irrealizzabile per molte famiglie altoatesine, specie per quelle più giovani. Accanto ai prezzi alti dei terreni, sono spesso gli standard edilizi molto alti che contribuiscono a causare costi di costruzione elevatissimi. Nel frattempo gli standard edilizi vigenti in provincia di Bolzano sono tra i più alti di tutto l'arco alpino. Ma costoso non significa necessariamente migliore. Negli ultimi anni lo sviluppo nel settore edilizio ha portato alla realizzazione di tecniche e materiali nuovi che soddisfano gli attuali standard e corrispondono alle normative vigenti, ma hanno un costo minore. In modo particolare nell'edilizia privata gli standard edilizi e le norme vincolanti, per esempio per quanto riguarda le specifiche tecniche e l'efficienza energetica, vanno misurati e stabiliti anche rispetto all'efficienza dei costi. Standard e norme vanno inoltre adeguati alle nuove tecniche oppure rivisti in base alle nuove conoscenze.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
 impegna*

la Giunta provinciale

- 1. a verificare tutte le prescrizioni provinciali in materia di edilizia e i relativi standard per quanto riguarda le specifiche tecniche, l'efficienza energetica, il certificato energetico, gli standard di parcheggio, gli spazi comuni, l'isolamento acustico e le norme antincendio, per vedere se è possibile ridurre i costi dei materiali e i costi tecnici, nonché a sottoporre ad analisi le norme edilizie e gli standard edilizi vigenti per verificare la loro necessità ovvero trovare alternative più economiche.*
- 2. Inoltre la Giunta provinciale provvede a un adeguamento delle norme e degli standard edilizi lì dove risultasse opportuno sulla base di questa verifica dei costi e benefici, allo scopo di abbassare i costi di costruzione nell'edilizia privata.*

Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Solo per sapere, presidente, in considerazione che sono arrivati anche 2 emendamenti a mozioni che verranno trattate successivamente.

PRÄSIDENT: Sì, dopo successivamente. Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Leistbares Wohnen ist sicher eine der ganz großen sozialen Herausforderungen dieser Legislaturperiode. Wir haben diesbezüglich schon mehrere Anträge hier gestellt. Dieser betrifft die Baukosten. Ich kann mich erinnern, dass – auch als wir unsere Punkte zum leistbaren Wohnen vorgestellt haben und auch auf die Reaktion der Landesrätin Deeg hin, die das dann gesagt hat - es immer ein Klimahaus A sein muss. Wir wollten gar nicht soweit gehen und irgendwelche Standards in Frage stellen, im Sinne von: Ist das Klimahaus gut oder schlecht? - darum geht es nicht -, sondern zu analysieren, welche Baustandards im Allgemeinen notwendig sind. Vielleicht wäre manchmal eine zweitbeste Lösung besser, weil sie einfach auch billiger und geeigneter ist. Es ist so, dass sich in unserem Land immer weniger Leute ein Eigenheim leisten können. Das hat sehr viele Gründe. Die Baukosten, die zum Schluss immer der Käufer oder der Mieter trägt, sind enorm hoch. Wir haben bei einem Treffen, das unsere Fraktion mit den Vertretern der Klimahausagentur hatten, festgestellt, dass viele Maßnahmen getroffen werden, die Baukosten irgendwo halbwegs eingrenzen zu wollen. Aber trotzdem ist es an der Zeit, wirklich alle Standards und Regelungen, die wir haben, im Bereich des Wohnens und Bauens zu überprüfen und sich für die finanziell günstigere Lösung auszusprechen, wenn sie sinnvoll ist. Das heißt nicht, dass man auf Biegen und Brechen billig bauen soll. Das wäre der komplett falsche Weg, aber man kann fragen: Gibt es Lösungen, die vielleicht nicht so kostenintensiv sind, aber immer noch den Anforderungen entsprechen, um den heutigen Standards sowohl in umwelttechnischer Hinsicht als auch den Wohnstandards nachzukommen? Ich möchte dies auch vorlassen, wenn wir hier in Punkt 1 die Verpflichtung vorsehen, "*sämtliche verpflichtende Bauvorschriften und Baustandards des Landes betreffend Baustoffanforderungen, Energieeffizienz, Energieausweis, Autostellplatzverpflichtungen, Gemeinschaftsflächen, Schallschutz und Brand-*

schutz auf eine mögliche Reduzierung der Materialkosten und technischen Kosten zu prüfen und die derzeit geltenden Bauvorschriften und die Höhe der Baustandards auf ihre Notwendigkeit bzw. auf kostengünstigere Alternativen zu überprüfen." Ihr seht, da geht es nicht nur um die Standards, sondern um alles drum herum, was bis zum Schluss kostenintensiv ist. Da geht es wirklich darum zu sagen: Nehmen wir all das her, schauen es uns an und überprüfen, wo es Möglichkeiten gäbe, das günstiger zu machen. Zweitens: "Mit dem Ziel im privaten Wohnbau die Baukosten zu senken, nimmt die Landesregierung in jenen Bereichen, in denen es aufgrund dieser Kosten-Nutzen-Überprüfung sinnvoll erscheint, eine Anpassung der Baustandards und Bauvorschriften vor." Es kann natürlich sein, dass die Landesregierung jetzt gleich sagen wird ... Leider ist sie nicht hier und ich schaue Maria an, weil einem nicht viel anderes übrigbleibt. Soviel scheint das Thema "leistbares Wohnen" Interesse bei der Landesregierung zu finden. Ihr werdet gleich sagen, dass ihr eh alles kontrolliert habt und wir die Besten sind! Ich glaube nicht, dass dem so ist. Das sagen auch die Teilnehmer, die Betroffenen und die Baufirmen. Deswegen ist es wirklich an der Zeit, hier mal ganz ehrlich an die Sache ranzugehen. Es ist kein allzu großer Vorwurf, bei dem man sich angegriffen fühlen muss, sondern man sollte einfach mal innehalten und die Sachen herausnehmen, was sich an Regelungen und an Standards in den letzten Jahren angehäuft hat. Viele Entwicklungen sind ja neu und weitergegangen, sowohl technische als auch von den Baustoffen her. Das sollten wir uns jetzt mal anschauen. Vielleicht gibt es in diesem und jenen Bereich Verbesserungsmöglichkeiten, die wir nutzen müssen. Wenn wir Wohnen in Südtirol wirklich leistbar machen wollen, dann braucht es ganz viele Maßnahmen, dann müssen wir auf allen Ebenen ansetzen. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt, aber auch darum geht es, um eben bis zum Schluss das Ziel zu erreichen, für unsere Leute günstigeren Wohnraum zu schaffen.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il consigliere Dello Sbarba, ne ha facoltà.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente. Noi siamo contrari a questa mozione, perché crediamo che faccia l'errore di contrapporre la ragione del sociale alla ragione dell'ecologia o della sicurezza, o della qualità dell'abitare. Noi crediamo che i nostri *standard* abitativi siano qualitativamente buoni, che nell'imposizione di questi *standard* ci siano delle motivazioni molto precise sia dal punto di vista della politica energetica, che della sicurezza degli alloggi, che degli *standard* minimi che un alloggio deve avere e questo termine *Leistbares Wohnen* nella scorsa legislatura è stato molto discusso ma suonava tutto in un altro modo.

Tra l'altro noi abbiamo avuto un incontro con CasaClima proprio pochi giorni fa, una delegazione del nostro gruppo, e per esempio ci hanno detto che in realtà questi costi non sono così esorbitanti e che per esempio un CasaClima di *standard* A, costruito pochi mesi fa in Bassa Atesina, è costato meno di un CasaClima di *standard* B qui, perché l'evoluzione anche tecnica e l'evoluzione della costruzione, avendo ormai considerato normali questi *standard*, ha anche sviluppato delle forme, diciamo così, di risparmio dei costi. Se comunque la qualità dell'abitare costasse di più, e questo è tutto da dimostrare, ci sono altre strade, questo è il punto, noi per esempio abbiamo proposto da tempo, già nella scorsa legislatura, questa formula *dell'Energy Contracting*, cioè visto che questi investimenti iniziali poi consentono di risparmiare sulla bolletta energetica, per esempio, allora noi abbiamo proposto che alcune società tipo CasaClima o tipo Alperia, finanzia in via preventiva i lavori di efficientamento energetico, ma anche potrebbero finanziare la costruzione di nuovi alloggi, finanziando il *plus* di investimento necessario per l'ottimizzazione energetica e poi, mettiamo una bolletta che diventa la metà, potrebbe invece continuare a essere del 75%, restituendo ad Alperia quello che ha investito al posto del privato per gli *standard* energetici e piano piano restituire l'investimento, si chiama *Energy Contracting*. A noi sembra che questa sia la strada e ci sembra un messaggio sbagliato quello di invece mettere in discussione degli *standard* di qualità che invece ormai vengono considerati normali nella nostra provincia e anche un segno di riconoscimento del nostro abitare e del nostro costruire rispetto al resto d'Europa.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Der Beschlussantrag der Freiheitlichen Fraktion klingt gut – muss man sagen – "*Leistbares Wohnen: Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau*" -, in erster Hinsicht. Sobald man es aber näher betrachtet und sich die Tabelle anschaut bzw. die Kostenkomponenten pro Quadratmeter an realisierter Wohnfläche im Unterschied von Klimahaus B zu Klimahaus A als Beispiel, sieht man, dass sich die Grundstückskosten mit 1.200 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt niederschlagen und

somit gleich bleiben. Die Baukosten selber, wo es um die Baumaterialien usw. geht, steigen unwesentlich laut der Aussendung der Klimahausagentur vom 13. Mai 2019, mit der Sie ja Rücksprache gehalten haben, um 100 Euro von 1.300 Euro pro Quadratmeter auf 1.400 Euro pro Quadratmeter. Die technischen Kosten nehmen aufgrund von verschiedenen gesetzlichen Anforderungen laufend zu, das ist wahr, und die Abgaben hängen dann natürlich von Gemeinde zu Gemeinde ab. Daraus ergeben sich laut unseren Berechnungen hier im Klimahaus B 2.820 Euro pro Quadratmeter und bei Klimahaus A 2.920 Euro pro Quadratmeter. Das ergibt 3,55 Prozent an Kostensteigerung als Kalkulationsgrundlage an Mischpreis von dreistöckiger Bebauung im Reihenhaushaus in Erweiterungszonen mit und ohne Förderung bzw. mit und ohne Konventionierung.

Zu diesem Beschlussantrag dann im Detail! Es geht darum, die mögliche Reduzierung der Materialkosten und technische Kosten zu prüfen, die Gemeinschaftsflächen, die vorgeschrieben sind, von den Bauordnungen, Autoabstellplatzverpflichtungen usw. Da finde ich es persönlich auch nicht sehr sinnvoll, die Autoabstellplatzverpflichtungen zum Beispiel einzuschränken und auch bei dieser Maßnahme hier regulativ einzugreifen. In der Aussendung der Klimahausagentur merkt man an – ich zitiere -: *"Der energiebedingte Anteil an den Baukosten macht nur wenige Prozentpunkte aus. Auch eine Rückkehr zum (neuen) KlimaHaus B würde (die europäischen Vorgaben ausgeklammert) bei den Investitionskosten Einsparungen von weniger als einem Prozent bringen, über eine Lebensdauer von 30 Jahren aber ungleich höhere Mehrkosten im Betrieb und in Abhängigkeit vom verwendeten Energieträger dutzende Tonnen mehr an CO2 pro Gebäude verursachen."* Wir haben auch hier EU-Gebäuderichtlinien einzuhalten. Wie auch in anderen Gesetzen vorgeschrieben, sind im Bauwesen diese Standards einzuhalten. Deshalb finde ich und meine Fraktion, dass dies ein oberflächlicher Antrag ist, der nicht in die Tiefe geht und es nicht ins Detail trifft. Meiner Meinung nach wäre es viel besser, auch hier auf die regionale Wertschöpfung zu gehen und zu sagen, dass man beispielsweise Holzbauten verpflichtend im öffentlichen Bauwesen einführen soll. Man sollte die privaten Bauwerber sensibilisieren, damit zum Beispiel nachhaltige Baustoffe wie Holz und Stroh verwendet werden, wie wir schon bei vorhergehenden Beschlussanträgen gehört haben. Danke!

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Abgeordneter Locher, Sie haben das Wort, bitte.

LOCHER (SVP): Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema "Wolf" und das Thema "Wohnbau" werden uns wahrscheinlich in diesem Jahr als Hauptthemen begleiten, hoffentlich nicht auf einer zu sehr emotionalen Basis! Vielmehr geht es hier um ganz wesentliche Sachen. Ich stimme dir zu und gebe dir Recht und möchte diesen Input auch der Landesrätin Deeg mitgeben. Es wird heuer eine sehr interessante Geschichte, vor allem mit dem Wohnbau. Ich glaube, das Eigenheim des Südtiroler Bürgers soll uns wirklich ein Schwerpunkt sein. Das ist den Südtiroler Bürgern sehr, sehr wichtig. Das Thema "Eigenheim" soll uns verpflichten, hier dahinterzustehen. Wir sollen versuchen das voranzutreiben, weil das eigentlich der Wunschtraum von jedem Südtiroler und jeder Südtirolerin ist. Ich glaube, in Grunde genommen ist es ganz wesentlich, wenn wir die Richtlinie erlassen, ein Klimahaus A zu bauen, welches zusätzlich 70.000 Euro Kosten verursacht. Woher nehmen wir das Geld? Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir erlassen Richtlinien und verursachen Kosten, ohne dass wir daran denken, dass die Gehälter steigen oder die Beiträge erhöht werden sollen. Dann fragen wir natürlich, woher das Geld kommen soll. Dann ist vieles nicht mehr leistbar. Dann diskutieren wir über leistbares Wohnen und machen Richtlinien. Wir wissen nicht, wie das bezahlt werden soll. Ich möchte eines auch noch hinzufügen, was immer sehr große Kosten verursacht hat. Es sind im Grunde genommen diese ganzen technischen Spesen, wo man nichts sieht, nichts davon hat und eigentlich nur in der Aktentasche ein bisschen Papier vorfindet. Diese technischen Gutachten und technischen Gegebenheiten, die dann mit der Benützungsgenehmigung abgegeben werden müssen, kosten sehr viel. Das ist eigentlich ein Kostenfaktor, der dem einzelnen Hausbauer sehr, sehr wenig bringt und im Grunde genommen sehr hohe Kosten verursacht. Das ist einer der ganz wesentlichen Punkte, der mal ganz genau aufgelegt oder vorgelegt werden muss, wieviel bei einem Hausbau an technischen Spesen verursacht werden. Da möchte ich nur auf einen Punkt hinweisen. Die Landesrätin Deeg ist zwar jetzt nicht hier, aber zumindest einige Vertreter der Landesregierung sind hier. Wir als Landtag haben auch die Aufgabe, hier dahinterzustehen. Ich mache nur ein Beispiel. Wir sind Alperia und reden immer davon, dass es unser großes Erfolgsmodell ist. Aber dass wir die Trafokabinen den einzelnen Häuslbauern aufrechnen, ist schon ein starkes Stück. Das müsste und soll beim Wohnbauförderungsgesetz festgehalten werden. Alles, was mit Strom zu tun hat, soll und muss

die Alperia selbst machen. Wir können das noch den Wohnbauzonen aufrechnen. Ich möchte nur einige Impulse geben. Ich werde diesem Beschlussantrag zwar nicht zustimmen, aber bin zumindest in Gedanken bei dir, Andreas. Ich werde nicht gegen dich stimmen, aber gedanklich bin ich bei dir und möchte das unterstützen. Wir werden uns noch in vielen Themen einig sein, Andreas. Bei den Themen "Wolf" und "Wohnbau" werden wir zwar nicht immer gleich abstimmen, aber inhaltlich werden wir uns sehr einig sein. Danke schön!

AMHOF (SVP): Herr Präsident! Kollege Andreas Leiter Reber, Sie haben es in vielen Aussagen auf den Punkt gebracht: Leistbarer Wohnraum ist in Südtirol wirklich zu einem sehr akuten Thema geworden. Viele junge Menschen stöhnen darunter, wissen nicht, wie sie sich ihre Zukunft in Südtirol ausmalen könnten, denn dazu gehört nun einmal auch der Wohnraum, und beschäftigen sich sehr damit. Es hat zunehmend auch mit dieser Zukunftsangst zu tun, die junge Menschen haben, weil sie nicht wissen, wie sie bauen können, aber auch nicht wissen, wie sie mieten können. Leistbarer Wohnraum oder vor allem der teure Wohnraum in Südtirol hat viele Faktoren. Es ist einmal der Grundstückspreis, der relativ hoch ist. Es sind die Baukosten, die du ansprichst. Es ist auch die Nachfrage, die den Preis in die Höhe treiben lässt und es sind natürlich auch die eigenen Standards, die sich der Häuslbauer zum Teil selbst auferlegt. Wenn einer bauen will, dann will er möglichst groß, möglichst super und möglichst luxuriös bauen. Das führt natürlich auch zu einer Überteuering der Wohnräume. Wir können Wohnraumpreise dadurch gestalten, indem wir zum Beispiel durch die Raumordnung reglementieren, aber auch durch das Wohnbauförderungsgesetz, das ja in Ausarbeitung ist und wo wir einiges machen möchten. Im Raumordnungsgesetz haben wir bereits Parameter gesetzt, die – wie wir hoffen – zu einem günstigeren Wohnen führen. Jetzt steht das Wohnbauförderungsgesetz an und dort könnten zum Beispiel solche Standards - wie du es nennst - überprüft werden und es wird zum Teil auch schon gemacht. Landesrätin Waltraud Deeg ist jetzt leider nicht hier, aber in Gesprächen mit ihr hat sie uns bestätigt, dass sie bereits bei der Überprüfung solcher Standards sind, wie eben Klimahaus A, was auch bereits andere Vorredner angesprochen haben. Bei einigen Punkten wäre ich nicht dafür, Standards herunterzusetzen, weil sie zum Teil mit Sicherheit zu tun haben, aber weil sie dann auf Kosten der Allgemeinheit gehen, wie zum Beispiel der Abstellplatz, den eine Wohnung nachweisen muss. Wenn den jetzt der Private nicht mehr nachweisen muss, dann geht das nachher auf Kosten der Allgemeinheit, denn dann ist die Gemeinde verpflichtet, irgendwo Abstellplätze für Anrainerinnen und Anrainer zu schaffen. Damit wäre ich nicht einverstanden. Da sollen bitte schon die Häuslbauer auf sich schauen.

Ich mache jetzt ein Beispiel, das ich aus mehreren Sprechstunden kenne. Wir in Südtirol gehen immer davon aus, dass sich junge Menschen ein eigenes Reihenhäuschen bauen wollen. Ein Reihnhaus kostet im Vergleich zum Mehrfamilienhaus deutlich mehr. Heute haben wir beim Reihnhaus Preise zwischen 400.000 und 500.000 Euro, manchmal sogar über 500.000 Euro. Wenn wir von einer Garagenwohnung mit ca. 110 Quadratmetern im Mehrfamilienhaus sprechen, dann liegen wir bei circa 300.000 Euro. Also hier gilt es auch den Menschen zu vermitteln, dass nicht immer nur das Reihnhaus oder dies als Standard hergenommen werden soll, sondern auch ein Mehrfamilienhaus sehr wohl schöner Wohnraum und Wohntraum in Südtirol sein kann.

Wir werden diesem Beschlussantrag nicht zustimmen, wohl aber sehen wir die Notwendigkeit, dass in diesem Bereich einiges zu tun ist, um den Südtirolerinnen und Südtirolern wieder leistbaren Wohnraum möglich zu machen.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Kollege Leiter Reber hat die richtige Frage gestellt, aber aus meiner Sicht die falsche Antwort gegeben. Das Prinzip der Vereinfachung ist zu unterstützen. Dass es kostengünstiger werden muss, ist zu unterstützen. Aber man muss sich fragen, was die wirklichen Kostentreiber sind. Und die Antworten, die hier gegeben wurden, sind aus meiner und unserer Sicht das falsche Signal. Das falsche Signal deshalb, weil, wenn wir an der Energieeffizienz die Schraube drehen, dann kann sein, dass es ein klein wenig billiger wird, aber langfristig ist es für den Häuslbauer oder für den Eigentümer ein Gewinn, wenn energetisch hochwertig gebaut wird. Bei den Baustoffen ist es genauso. Es kann kurzfristig zwar billiger sein zu bauen, aber langfristig ist es für den Eigentümer besser, mit guten Baustoffen zu bauen, und noch besser, mit recycelbaren Baustoffen zu bauen. Das ist noch ein höherer Gewinn. Bei der Sicherheit und beim Schallschutz ist es genauso. Es kann natürlich sein, dass man kurzfristig billiger baut, aber langfristig ist es einfach besser, wenn man gut und solide baut, was den Schallschutz und auch was den Brandschutz betrifft. Deswegen dieses Übel, das da aufgeworfen wurde, die Frage, die aufgeworfen wurde, muss man bei der Wurzel packen. Die Wurzel ist eben, dass wir einen Markt haben,

bei dem Angebot und Nachfrage nicht mehr übereinstimmen, dass wir uns – es wurde schon angedeutet – zwischen Eigenheim im Grünen und Wohnung die Situation überlegen müssen, dass wir vielleicht auch wieder einen Mietmarkt aufbauen müssen. Es gibt viele Wohnungen, die nicht vermietet sind. Das können unter Umständen die Gemeinden regeln. Man darf auch nicht vergessen, dass der Zweitwohnungsmarkt, den es in Südtirol gibt, die Preise in die Höhe treibt. Das sind die wirklichen Punkte, an denen wir ansetzen müssen. Und deswegen – wie gesagt – richtige Frage, aber aus meiner Sicht falsche Antwort! Kollege Dello Sbarba hat schon vorweggenommen, dass wir dagegen stimmen werden. Danke sehr!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Parto dal finale del collega Staffler, la domanda di alloggi a prezzi accessibili, il fatto di richiedere di abbassare o di rivedere perché i costi degli alloggi sono così elevati nella provincia di Bolzano, ritengo estremamente corretto come indirizzo e su questo secondo me c'è da fare un ragionamento serio. Io parlo per quanto riguarda la mia professione e di quello che conosco molto bene per quanto riguarda il mercato della città di Bolzano e il mercato della Città di Laives ad esempio. Sul mercato della città di Bolzano i costi sono estremamente elevati sulle nuove costruzioni, al di là del costo del terreno, come è stato inserito all'interno della mozione, ma anche in funzione, a mio modo di vedere e sulla mia esperienza personale legata a molti vincoli che esistono e che sono anche corretti nel metterli insieme, ma nella mancanza di poterli andare a cancellare in prospettiva, per cui ci sono degli alloggi che rimangono bloccati in funzione di questi vincoli e con la mancata cancellazione e in quest'aula nel tempo questi vincoli sono sempre stati aumentati nel tempo e non si è ragionato se avesse un senso aumentarli in determinate zone urbanizzate, come ad esempio la città di Bolzano, la città di Laives, non conosco bene il mercato della città di Merano, ma penso che sia anche in quell'ottica, piuttosto che in altre zone della provincia di Bolzano. Perciò secondo me c'è da fare un ragionamento sui vincoli che esistono nell'ambito dell'edilizia, più che sul ragionamento degli *standard*, perché ad esempio sulla città di Laives c'è lo *standard* del parcheggio che è obbligatorio collegato all'alloggio, cioè chi compra un alloggio deve comprare anche il parcheggio, perciò ha un costo di 25-30.000 euro in più, ma questo è uno *standard* che ha messo il Comune di Laives in funzione dei nuovi alloggi che vengono costruiti in quella cittadina, poi ci sono gli *standard* che sono collegati agli alloggi, ma non c'è un legame secco sotto questo profilo. C'è tutto il problema del costruire sul costruito, che è un altro elemento fondamentale su cui si perde tempo nel parlare, ma si ha difficoltà a livello burocratico nel poi applicarlo e poi addirittura viene ad avere un maggior costo rispetto a una costruzione su un terreno vergine.

Su tutte queste questioni mi pare opportuno fare una valutazione, perché legato al fatto – finisco subito, presidente –, al costo dei materiali e quant'altro, la CasaClima consente un risparmio nell'ambito del costo di gestione dell'alloggio stesso. Secondo me il ragionamento è da fare a livello complessivo e non basarsi solamente su un aspetto come quello che è in questa mozione.

TAUBER (SVP): Geschätzter Präsident, liebe Kollegen! Ich glaube, das Thema - wie schon Kollege Locher gesagt hat - wird uns sicherlich noch länger beschäftigen. Ich bin auch der Meinung, dass hier ein Schwerpunkt zu legen und das Augenmerk darauf zu setzen ist. Grundsätzlich - denke ich - ist die Sicherung für unsere Familien und für unsere Jugend auch die Sicherung des Einkommens, auch durch ein leistbares Wohnen und das Eigenheim ein wesentlicher Faktor für unsere Gesellschaft hier in Südtirol, Menschen weiterhin in unserem Land zu halten, Arbeitsplätze zu sichern usw., damit sie auch weiterhin bei uns tätig sind. Das ist sicherlich ein wesentlicher Faktor. Zu überlegen ist, ob dieser Kosten- Nutzenstandard, den wir heute haben, effektiv das alles wert ist, im Hinblick auf die entsprechenden Kosten. Natürlich haben wir mit unseren Richtlinien Meilensteine gesetzt. Wir haben uns in Europa einen Namen gemacht und die EU wird jetzt sicherlich diese Gesetze entsprechend verordnen. Europa, Italien und wir werden sie natürlich auch befolgen müssen. Wie gesagt, die Kosten- Nutzenrechnung ist nochmal im Detail zu vertiefen. Wo ich auch ansetzen möchte, ist sicherlich nochmal das Konzept, wie wir morgen bauen, wie wir morgen unsere Wohnungen ausrichten. Ist es alles zeitgemäß, wie die Strukturen sind? Wir sehen in verschiedenen anderen europäischen Regionen und in vielen anderen Ländern, dass es neue Methoden und neue Konzepte gibt. Ich denke, wir sollten uns da noch ein bisschen mehr umschaun und vor allem auch technische Partner mit ins Boot nehmen. Ich weiß, dass die Landesrätin da schon die Fühler ausgestreckt hat. Es gibt ja schon einige Arbeitstische. Ich habe von denen auch schon erfahren. Ich denke, wir müssen da einfach ein bisschen neu denken und neue Ansätze suchen. Also, wie gesagt, noch einmal: Grundsätzlich ist dieser Ansatz absolut richtig. Ich denke, er ist jetzt zu vertiefen und in vielen Dingen zu hinterfragen. Ich bin absolut für die Grundsatzidee. Wie

gesagt, die Zweckmäßigkeit ist anzuschauen und das Thema, das wir vorher gehört haben, auch die ganze Thematik, Wohnungen insgesamt, Zweitwohnungen, Airbnb und die ganzen Themen, die da mit eine Rolle spielen, müssen wir natürlich noch stärker anschauen, um den Leuten, die nicht unbedingt ihr Eigenheim jetzt neu aufstellen, die sich dann auch entscheiden, Wohnungen zu mieten, dass sie auch trotzdem entsprechende Wohnungen hier in Südtirol finden. Danke schön von meiner Seite!

RIEDER (Team Köllensperger): Herr Präsident, Abgeordnete zum Südtiroler Landtag, noch kurz eine Anmerkung auch von meiner Seite! Natürlich leistbares Wohnen, als ich das gelesen habe, habe ich mir gedacht, dass da sicher etwas Positives kommt, was uns weiterbringt, damit wirklich alle Menschen in diesem Land endlich eine Wohnung haben, die sie sich leisten können. Ich muss Kollegen Locher widersprechen, vielleicht wünschen sich auch nicht alle in diesem Land ein Eigenheim. Dass sich das alle leisten können, davon sind wir weit entfernt. Wenn wir aber von leistbarem Wohnen sprechen, auch von den Baukosten im Privatbereich, dann müssen wir sagen, dass neben den Baukosten natürlich ein sehr großer Preisfaktor die sekundären Kosten sind, und da müssen wir vielleicht besser hinschauen. Ich denke an die Grundkosten und Erschließungen, also an die Grundbuchs- und den Katasterkosten, an die Kosten für die Planungen, die allgemeinen technischen Kosten und natürlich auch an die IVA. Das sind die Kosten, die die Baukosten in die Höhe treiben. Reden wir davon und nicht von der Rückstufung der technischen Baukosten!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ganz kurz nur! Ich möchte hier auf einen Aspekt hinweisen, der jetzt nicht nur im Zusammenhang mit dem privaten Wohnbau, sondern auch mit den gewerblich benutzten Betrieben so ist. Ich glaube, dass man grundsätzlich über das Problem nachdenken sollte, ob viele dieser Vorschriften und Vorgaben, auch bautechnischer Hinsicht, immer sinnvoll sind. Denn viele Dinge, die manches Mal im Tal sinnvoll erscheinen, sind am Berg oben überhaupt nicht sinnvoll. Ich möchte hier ein ganz konkretes Beispiel nennen. Ich war letztens im Pustertal auf einem Hof, der einen Ausschank betreibt. Es ist ein älterer Hof, der die Auflage bekommen hat, dass seine Türe ausgewechselt werden muss, weil sie sich aufgrund der Sicherheitsbestimmungen nach außen öffnen muss. Diese darf nicht nach innen aufgehen. Besagter Hof liegt auf 1.600 Metern Meereshöhe und die Tür ist wetterseitig, das heißt im Winter schneit es gegen die Tür. Die Bauern haben gesagt, dass sie jetzt im Winter aus dem Fenster steigen müssen, um die Tür vom Schnee freizuschaukeln, weil davor der Schnee liegt und sie jetzt nicht mehr geöffnet werden kann. Früher hat man die Tür nach innen aufgemacht. Das sind so Beispiele, wo man manches Mal fragt, ob das immer sinnvoll ist. Wir hatten bei uns einmal eine Alm, die neu gemacht wurde. Da gab es die Vorschriften, dass die Türstöcke so gestaltet sein müssen, dass ein Rollstuhlfahrer durch diese Tür hindurchkommt. Zu dieser Alm hin führt nur ein kleiner Wanderweg, wo nicht einmal ein Rollstuhl hochfahren könnte. Das sind alles Dinge, die zwar im ersten Moment, wenn man diese Bestimmungen liest, sinnvoll erscheinen, aber wenn man das in der praktischen Anwendung betrachtet, sehr oft mit sehr vielen Kosten verbunden sind, die einfach auch keinen Sinn machen. Dasselbe gilt für die Garagenabstellplätze. Im ersten Moment denkt man sich, wenn man in der Stadt oder in der Gemeinde irgendwo ein Haus baut bzw. Wohnungen errichtet, dass es Sinn macht, wenn Garagenabstellplätze zur Verfügung gestellt werden. Wenn ich aber vielleicht irgendwo am Land ein Haus habe und für mein Kind eine Wohnung baue, dann brauche ich vielleicht nicht zwei Garagenabstellplätze. Das sind alles Dinge, bei denen Mehrkosten entstehen können und die manches Mal zu durchforsten sind, ob es wirklich sinnvoll ist. Deswegen ist vielleicht der Titel dieses Antrages ein bisschen ungünstig gewählt, weil der Fokus jetzt nicht allein auf das billige Wohnen zu richten ist, sondern allgemein, ob es sinnvoll ist, dass gewisse Bestimmungen unbedacht oder auch unhinterfragt immer überall angewendet werden müssen. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Mi pare abbastanza evidente che il tema porta interesse da parte dei consiglieri, sappiamo che è importante riqualificare energeticamente gli edifici, anche perché circa un terzo delle energie prodotte e spese, quindi i gas serra che vengono prodotti, vengono prodotti proprio per alimentare gli edifici.

In Alto Adige si è creata nel tempo l'Agenzia CasaClima che ha fatto delle direttive che ai più sembrano restrittive, ma confrontate con quelle che sono in vigore in questo momento in Italia e soprattutto in Europa, risultano essere meno restrittive, o meglio, si è lavorato dal 2014 in poi per ridurre la burocrazia, si sono creati

dei *software* gratuiti, da dare ai costruttori, affinché facciano le verifiche, le analisi e propongano anche delle soluzioni.

Prima il cons. Dello Sbarba ha detto una cosa giustissima, ha detto che gli *standard* è vero che sono stati levati dalla CasaClima A, ma la CasaClima A in relazione, quella attuale, costa meno della CasaClima B del passato. È chiaro che secondo me è un obiettivo che dobbiamo percorrere, attualmente abbiamo più di 15.000 edifici certificati e dobbiamo arrivare a un efficientamento energetico massimo, questo perché è una scelta ambientale di risparmio energetico. Le azioni quindi sono tante, sono tante sicuramente da parte dell'Agenzia e la semplificazione che è stata data dal 2014 ad oggi porta dei vantaggi anche economici, quindi è vero quello che si dice, che magari c'è un investimento iniziale, sicuramente per quanto riguarda la riqualificazione il costo delle case chiaramente può aumentare, ma è anche vero che c'è chiaramente un certo tipo di risparmio. Io voglio far notare che oltre alla burocrazia c'è anche una differenza tecnica, la CasaClima A certificata attualmente, che corrisponderebbe a una CasaClima B del passato, ha un efficientamento energetico altissimo e addirittura è stato introdotto un sistema di ventilazione forzata per il recupero del calore. Quindi quando si dice "si investe, si fanno le CaseClima, ci sono dei costi?", sì, ma in un breve tempo o a lungo tempo, dipende chiaramente dalle esigenze, poi ci sono anche dei risparmi. Io ritengo che sia, passatemi il termine, un "costo" che comunque tutti dobbiamo sostenere affinché riusciamo a salvaguardare l'ambiente. Grazie.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Beschlussantrag ist auch unseren Ämtern zugewiesen worden, und zwar auf den Bereich Raumordnung. Das neue Raumordnungsgesetz sieht bereits in Artikel 40 vor, dass leistbares Wohnen umgesetzt werden soll, in welcher Form auch immer. Ich denke, es gibt viele Ansätze. Hier sind bereits einige von den Kolleginnen und Kollegen genannt worden. Selbst Landesrätin Deeg hat natürlich in Ihrem Wohnbaugesetz zum ganz großen Ziel erklärt, dass auch dieses leistbare Wohnen sich irgendwo herauskristallisieren muss, und zwar mit verschiedenen Maßnahmen. So bin ich überzeugt, dass mit der Durchführungsverordnung definiert wird, wie leistbares Wohnen umgesetzt werden kann, vor allem bei den Abgaben des Mehrwertes, wie die Gemeinde dieses Geld verwendet, um für Betroffene das Wohnen noch leistbarer zu machen. Dies ist noch zu definieren. Wir haben heute die klassische 60/40-Regelung. Das heißt, dass bei der Baugrundzuweisung 60 Prozent um den halben Marktwert ermöglicht werden. Morgen sollt es so sein, dass der Mehrwert auch über das Geld ausbezahlt wird. Natürlich gilt es dann, mit den Gemeinden zu vereinbaren, ob die Gemeinde dieses Geld auch dazu verwendet, um Wohnungen mit Preisdeckelung praktisch an den Markt zu bringen. Oder wenn es sich um Mietwohnungen handelt, sollte diese zum Landesmietpreis vergeben werden. Auch das ist eine Möglichkeit. Ich denke, viele einzelne Maßnahmen tragen dazu bei, dass das Wohnen wirklich leistbar wird. Dieser Begriff ist immer auch relativ, weil der eine versteht unter "leistbar" eine andere Ziffer oder Zahl als der andere. Es ist also ganz unterschiedlich, je nachdem, welches Einkommen auch leistbar berechnet wird. Es wird mehrere Maßnahmen brauchen. Ich denke, dass wir alle aufgefordert sind. Ich kann feststellen, dass sich die Südtiroler Volkspartei im letzten Wahlkampf immer wieder in diese Richtung geäußert hat, dass man in dem Bereich arbeiten will. Jetzt gilt es, in den nächsten Jahren wirklich konkrete Maßnahmen zu setzen. Es geht nicht darum, etwas abzuschaffen und zu sagen: "Alles, was bisher war, war falsch." Es geht wirklich um einzelne Verbesserungen. Die pragmatischen Ansätze des Landtagsabgeordneten Sven Knoll legen dar, dass vielleicht nicht alles, was in einer Ortschaft oder in einer Stadt sinnvoll ist, auch draußen in einzelnen Gebieten, vor allem in höher gelegenen Gebieten und Gebäuden Sinn macht. Ich denke, wir sollten uns wirklich getrauen, zu differenzieren und nicht einfach diskussionslos alles 1:1 zu übernehmen. Wir können nicht immer sagen, dass das nun mal Pflicht und deshalb so zu machen ist. Dazu braucht es von den einzelnen, sowohl von den Vertretern des Landes, aber auch der Gemeinde den Mut, zu sagen, dass dieses und jenes nicht sinnvoll ist, vielleicht sogar etwas zu genehmigen, das laut Arbeitssicherheitsbestimmungen oder Verordnungen des Staates so nicht angebracht werden kann. Zum Schluss komme ich noch zu den Bauordnungen der Gemeinde. Das Land wird für das neue Raumordnungsgesetz eine Musterbauordnung vorbereiten. In den Bauordnungen können zum Beispiel solche Maßnahmen mit einfließen, die von den normalen Bestimmungen abweichen.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, ich danke den einzelnen Kolleginnen und Kollegen für die verschiedenen Wortmeldungen! Ich bin sehr überrascht und teilweise auch entsetzt darüber, dass der Antrag nicht einmal gelesen wurde. Es steht hier nirgends drinnen, dass wir Standards senken wollen, sondern es steht nur, dass wir die Landesregierung bitten zu überprüfen, eine Kosten-Nutzenrechnung zu machen und dort, wo es Sinn macht, eine Änderung anzudenken. Dann sprechen hier Kollegen sowohl bei den Grünen als auch die Kollegin Rieder von der Rückstufung von Standards bei Klimahaus A und Klimahaus B. Davon steht überhaupt nichts drinnen. Genau beim Beispiel Stroh und anderen Naturmaterialien könnte man überprüfen, ob das Sinn machen würde. Da braucht es ein bisschen Fantasie. Man sollte nicht gleich sagen, dass der Antrag aus dieser Ecke kommt und er deshalb abgelehnt wird.

Bei der Antwort der Landesregierung muss ich sagen - Frau Kollegin Kuenzer, nochmals Gratulation zum Geburtstag -, dass das nett war, was Sie gesagt haben, aber es war einfach nur nett. Das waren Floskeln, die da gekommen sind. Ich muss schon sagen: Erklären Sie es den Leuten draußen, warum man hier dagegen stimmt, das überprüfen zu wollen! Ansonsten müssen Sie ganz klar sagen: "Ich bin dabei und werde es an diesem und jenem Tag, zu diesem oder jenem Datum präsentieren." Ich verstehe das nicht! Das war ein wohlwollender Antrag, bei dem man einfach sagen kann: Bitteschön überprüft das ausführlich, denn die Maßnahmen, die zu treffen, sind ganz viele. Ich habe es eingangs schon gesagt: Es braucht ein ganzes Maßnahmenpaket. Wenn man dann hergeht und sagt, dass es Maßnahmen gibt, bei denen man viel mehr einsparen könnte, dann muss ich sagen: "Alles, was nicht Grund und Boden betrifft, denn das ist das teuerste, über den Rest braucht man gar nicht mehr zu reden, wenn das das Kriterium wäre. Aber wir müssen alle Maßnahmen betrachten und schauen, so günstig wie möglich Lösungen zu finden, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Ich glaube, die Mehrheit hier im Landtag hat im Sinn, das Wohnen wieder leistbarer zu machen. Deswegen verstehe ich nicht, warum man sich erstens nicht einmal die Mühe macht, den Antrag genau zu lesen, und zweitens zu sagen: "Wenn wir es eh schon tun, dann bekräftigen wir das. Dann könnten wir auch zustimmen." Dann wäre es eine Bestätigung. Danke schön!

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung ist Beschlussantrag Nr. 79/19 abgelehnt.

Punkt 14 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 90/19 vom 17.4.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend sofortige Rücknahme der Liste der in den Trinkwasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Werden wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Menschen gestellt? Das Image Südtirols als Land mit einer nachhaltigen Landwirtschaft ist angekratzt."**

Punto 14) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 90/19 del 17/4/2019, presentata dal consigliere Urzi, riguardante ritirare immediatamente l'elenco dei fitofarmaci permessi nelle aree di tutela dell'acqua potabile. Interessi economici anteposti alla salute? Danneggiata l'immagine dell'Alto Adige quale territorio di agricoltura ecosostenibile."**

Sofortige Rücknahme der Liste der in den Trinkwasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Werden wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Menschen gestellt?

Das Image Südtirols als Land mit einer nachhaltigen Landwirtschaft ist angekratzt

Zum Zweck des Erhalts der Qualität des für Menschen bestimmten Trinkwassers wurde im Artikel 94 des gesetzvertretenden Dekrets vom 3. April 2006, Nr. 152, "Norme in materia ambientale" (Bestimmungen im Umweltbereich) festgelegt, dass in den Schutzgebieten - sowie natürlich auch in den Gebieten, die unter absolutem Schutz stehen - eine Akkumulation chemischer Düngemitteln, anderer Dünger oder Pestizide sowie das Ausbringen von chemischen Düngemitteln, anderen Düngern oder Pestiziden verboten ist, außer wenn diese Mittel gemäß den Vorgaben eines spezifischen Nutzungsplans zum Einsatz kommen, in dem die Bodenbeschaffenheit, die Vereinbarkeit mit den jeweils angebauten Pflanzen, die angewandten landwirtschaftlichen Techniken und die Anfälligkeit der Wasserressourcen berücksichtigt werden.

Die Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz erkennt das Trinkwasser als unser wichtigstes Grundnahrungsmittel an. Trinkwasser soll daher nicht nur in ausreichender Menge verfügbar sein, sondern es muss auch seine Reinheit gewährleistet werden. Um auch für die Zukunft die Verfügbarkeit und Qualität unseres Trinkwassers zu sichern und zu verbessern, müssen bei

Quellen und Brunnen, die durch Niederschläge oder Oberflächengewässer gespeist werden, Grund und Boden besonders geschützt werden. Dies ist auch das Ziel, das den in Südtirol ausgewiesenen Trinkwasserschutzgebieten zugrunde liegt. Laut derzeitigen Bestimmungen sind alle öffentlich genutzten Trinkwasservorkommen (Quellen, Tiefbrunnen) mitsamt ihrem Einzugsgebiet geschützt. Konkret besteht der Schutz darin, dass jegliche möglichen Verunreinigungsquelle, die auf die Bodennutzung oder andere Tätigkeiten im betreffenden Gebiet zurückzuführen sind, eingeschränkt werden.

Auch Pestizide können eine Verunreinigungsquelle des Grundwassers darstellen. Daher dürfen in den Trinkwasserschutzgebieten nur bestimmte Pestizide verwendet werden, bei denen das Risiko einer Grundwasserkontamination gering ist. Dies hängt unter anderem von folgenden Faktoren ab:

- Eigenschaften wie etwa Persistenz, Mobilität, Wirkung der Abbauprodukte der verwendeten Substanzen;
- Art und Weise sowie Häufigkeit der Verwendung der Pflanzenschutzmittel;
- Eigenschaften des Bodens und des Grundwasserspeichers (Permeabilität, Tiefe).

Mit ihrem Beschluss vom 12.3.2019, Nr. 142, hat die Landesregierung einstimmig die Liste der Pflanzenschutzmittel, die in den Trinkwasserschutzgebieten angewendet werden können, beschlossen.

Folgende Pestizide sind in der Auflistung der erlaubten Mittel enthalten:

- CAPTAN - Fungizid, das unter Verdacht steht, krebserregend zu sein, schwerwiegende Augenirritationen verursacht und für Wasserorganismen sehr giftig ist; Captan - Captan Arvesta 80 WG;
- CHLORPYRIPHOS-METHYL - Breitband-Insektizid. Kann bei Verschlucken oder Eindringen in die Atemwege tödlich sein; sehr giftig für Bienen und Wasserorganismen; Chlorpyriphosmethyl - Reldan LO;
- DITHIANON - Fungizid, verursacht schwere Augenverletzungen, steht unter Verdacht, krebserregend zu sein, sehr giftig für Wasserorganismen; Dithianon - SDS_DELAN_70_ WG;
- FLUAZINAM - Fungizid, steht unter Verdacht, für Phöten schädlich zu sein, sehr giftig für Wasserorganismen; Fluazinam - Banjo-Etichetta-Ministeriale-CLP_tcm101-56961;
- MANCOZEB - Fungizid, schädlich, gefährlich für die Umwelt, mögliche Risiken für Ungebo-rene, sehr giftig für Wasserorganismen; Mancozeb - Dithane DG Neotec;
- GLYPHOSAT - Herbizid, wahrscheinlich krebserregend, mit endokriner Wirkung, beeinflusst die Synthese der Sexualhormone und erhöht das Risiko von Fehlbildungen, Fehlgeburten und Niereninsuffizienz.

Da mit dem genannten Beschluss die Verwendung von Pestiziden erlaubt wurde, die für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt in den Trinkwasserschutzgebieten gefährlich sind, werden somit wirtschaftliche Interessen im Zusammenhang mit der konventionellen Landwirtschaft über die Gesundheit der Bevölkerung gestellt.

Schließlich sei auf das Dekret des Gesundheitsministeriums vom 9. August 2016 zum Widerruf der Ermächtigungen, Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat auf den Markt zu bringen und betreffend die Abänderung der Bedingungen für die Verwendung dieser Mittel verwiesen, mit dem die EU-Durchführungsverordnung 2016/1313 der Kommission vom 1. August 2016 umgesetzt wurde. In der Durchführungsverordnung wurden erhebliche Einschränkungen für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat vorgegeben.

All dies vorausgeschickt und berücksichtigt

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. ihren Beschluss vom 12.3.2019, Nr. 142, mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. die Liste der Pflanzenschutzmittel, die in den Trinkwasserschutzgebieten angewendet werden können, drastisch zu reduzieren, wobei in den Gebieten, wo Grundwasservorkommen bestehen, aus denen Wasser für die Wasserleitungen entnommen wird, eine absolute Einschränkung eingeführt wird;

3. *umgehend einen Dialog mit den Interessenvertretungen der Landwirtschaft, einschließlich der Vertreter der biologischen Landwirtschaft, sowie mit den Umwelt- und Konsumentenvereinigungen in die Wege zu leiten, um über die erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere in den Wasserschutzgebieten, zu beraten.*

Ritirare immediatamente l'elenco dei fitofarmaci permessi delle aree di tutela dell'acqua potabile – Interessi economici anteposti alla salute? Danneggiata l'immagine dell'Alto Adige quale territorio di agricoltura ecosostenibile

Ricordato che, per conservare le caratteristiche qualitative delle acque destinate al consumo umano, il Decreto Legislativo 3 aprile 2006 n. 152, "Norme in materia ambientale", stabilisce all'art. 94 che nelle zone di rispetto – oltre che ovviamente nella zona di tutela assoluta – è vietato l'accumulo di concimi chimici, fertilizzanti o pesticidi, lo spandimento di concimi chimici, fertilizzanti o pesticidi, salvo che l'impiego di tali sostanze sia effettuato sulla base delle indicazioni di uno specifico piano di utilizzazione che tenga conto della natura dei suoli, delle colture compatibili, delle tecniche agronomiche impiegate e della vulnerabilità delle risorse idriche.

Premesso che Agenzia provinciale per l'ambiente e la tutela del clima riconosce che l'acqua potabile è il nostro alimento primario. L'acqua potabile non deve solo essere disponibile in quantità sufficiente ma va garantita la sua purezza. Per assicurare e migliorare la disponibilità e la qualità anche in futuro è necessario che, laddove le sorgenti ed i pozzi siano alimentati con acqua di provenienza meteorica o da acque superficiali, il suolo ed il sottosuolo siano tutelati in maniera particolare. È questo l'obiettivo delle Aree di tutela dell'acqua potabile istituite in Alto Adige. La legislazione attuale prevede che ogni fonte (sorgente, pozzo) che alimenta acquedotti d'acqua potabile pubblici sia tutelata e con essa il suo bacino imbrifero. La tutela si concretizza limitando le possibili fonti d'inquinamento siano esse dovute ad attività svolte sul territorio o all'utilizzo del suolo.

Anche i pesticidi possono rappresentare una fonte d'inquinamento della falda acquifera sotterranea. Per questo nelle Aree di tutela dell'acqua potabile possono essere utilizzati solo determinati pesticidi con un basso rischio di inquinamento della falda. Ciò può dipendere tra l'altro dai seguenti fattori:

- *caratteristiche delle sostanze utilizzate quali persistenza, mobilità, effetti dei prodotti di degradazione, ecc.*
- *modalità e frequenza di utilizzo del fitofarmaco*
- *caratteristiche del terreno e della falda (permeabilità, profondità della falda).*

Ricordato che con propria delibera n. 142 del 12/3/2019 la Giunta provinciale all'unanimità ha approvato la lista dei fitofarmaci che possono essere utilizzati nelle zone di rispetto dell'acqua potabile.

Considerato che nell'elenco delle sostanze autorizzate si trovano i seguenti pesticidi:

- *CAPTANO - Fungicida, sospettato di provocare il cancro, provoca grave irritazione oculare, è molto tossico per gli organismi acquatici. Captano - Captan Arvesta 80 WG;*
- *CLORPIRIFOS METILE - Insetticida ad ampio spettro d'azione. Può essere letale in caso di ingestione e di penetrazione nelle vie respiratorie. Molto tossico per le api e per gli organismi acquatici. Clorpirifos metile - Reldan LO;*
- *DITHIANON - Fungicida, provoca gravi lesioni oculari, è sospettato di provocare il cancro, molto tossico per gli organismi acquatici. Dithianon - SDS_DELAN_70_ WG;*
- *FLUAZINAM - Fungicida, sospettato di nuocere al feto, molto tossico per gli organismi acquatici. Fluazinam - Banjo-Etichetta-Ministeriale-CLP_tcm101-56961;*
- *MANCOZEB - Fungicida, nocivo, pericoloso per l'ambiente, con possibile rischio di danni ai bambini non ancora nati, molto tossico per gli organismi acquatici. Mancozeb - Dithane DG Neotec;*
- *GLIFOSATO - Diserbante, probabile cancerogeno, agisce inoltre come interferente endocrino, condizionando la sintesi di ormoni sessuali e aumentando il rischio di malformazioni, abortività ed insufficienza renale.*

Ritenuto che la delibera approvata, autorizzando l'impiego di pesticidi pericolosi per la salute umana e per l'ambiente nelle aree di tutela delle acque potabili, considera la salute delle persone meno importante degli interessi economici legati all'agricoltura chimica.

Visto il Decreto del Ministero della Salute 9 agosto 2016, recante "Revoca di autorizzazioni all'immissione in commercio e modifica delle condizioni d'impiego di prodotti fitosanitari contenenti la sostanza attiva «glifosate», in attuazione del regolamento di esecuzione (UE) 2016/1313 della Commissione del 1° agosto 2016" che ha previsto forti limitazioni delle condizioni d'impiego di prodotti fitosanitari contenenti la sostanza attiva glifosate.

Tutto questo premesso e considerato

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

- 1. a sospendere in via immediata l'efficacia della propria delibera n. 142 del 12/3/2019;*
- 2. a limitare in modo drasticamente restrittivo l'elenco dei fitofarmaci utilizzati in prossimità delle aree di tutela dell'acqua, sino ad arrivare alla limitazione assoluta nelle aree in cui insistono falde di acque destinate anche alla captazione per gli acquedotti;*
- 3. ad aprire immediatamente un confronto che coinvolga le associazioni di categoria del settore agricolo, compresi i referenti di agricoltura biologica, le associazioni ambientaliste e le associazioni dei consumatori sulle misure da intraprendere nell'ambito dell'utilizzo dei prodotti fitosanitari in agricoltura ed in particolare nelle aree di tutela delle acque.*

Es ist ein Änderungsantrag vom Abgeordneten Urzi eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

1. ihren Beschluss Nr. 142 vom 12.3.2019 mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. den Einsatz von Glyphosaten in den Trinkwasserschutzgebieten des Landes bis zum Jahr 2020 auf jeden Fall auszuschließen;
3. die Liste der Pflanzenschutzmittel, die in den Trinkwasserschutzgebieten angewendet werden können, drastisch zu reduzieren, wobei in den Gebieten, wo Grundwasservorkommen bestehen, aus denen Wasser für die Wasserleitungen entnommen wird, eine absolute Einschränkung eingeführt wird;
4. umgehend einen Dialog mit den Interessenvertretungen der Landwirtschaft, einschließlich der Vertreter der biologischen Landwirtschaft, sowie mit den Umwelt- und Konsumentenvereinigungen in die Wege zu leiten, um über die erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere in den Wasserschutzgebieten, zu beraten."

"La parte dispositiva è così sostituita: il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale

1. a sospendere in via immediata l'efficacia della propria delibera n. 142 del 12/3/2019;
2. a prevedere in ogni caso l'esclusione dell'utilizzo dei glifosati nelle aree di tutela dell'acqua potabile del territorio provinciale entro l'anno 2020;
3. a limitare in modo drasticamente restrittivo l'elenco dei fitofarmaci utilizzati in prossimità delle aree di tutela dell'acqua, sino ad arrivare alla limitazione assoluta nelle aree in cui insistono falde di acque destinate alla captazione per gli acquedotti;
4. ad aprire immediatamente un confronto che coinvolga le associazioni di categoria del settore agricolo, compresi i referenti di agricoltura biologica, le associazioni ambientaliste e le associazioni dei consumatori sulle misure da intraprendere nell'ambito dell'utilizzo dei prodotti fitosanitari in agricoltura ed in particolare nelle aree di tutela delle acque."

Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Sarò breve, nel senso che abbiamo già illustrato ieri il senso di questa mozione e per riassumerlo in maniera brutale, questa mozione ci dice che l'Alto Adige si presenta all'interno e all'esterno sul mercato e di fronte alla popolazione come un modello per quanto riguarda la tutela dell'ambiente, il rispetto della qualità biologica delle produzioni agricole del territorio e tutto ciò è in contrasto con quanto invece viene percepito in relazione all'utilizzo di fitofarmaci sul territorio altoatesino, la più recente iniziativa della Giunta, che è l'aggiornamento dell'elenco dei fitofarmaci di cui è possibile un utilizzo sul territorio altoatesino, la delibera 142 del marzo 2019, ne è la conferma.

Con questa mozione quindi si chiede, presidente, che la provincia di Bolzano sia effettivamente quella provincia libera dai pesticidi, per usare un'espressione molto forte che non corrisponde esattamente al senso di quest'iniziativa, ma si avvicina moltissimo e che l'agricoltura dell'Alto Adige sia effettivamente e veramente un'agricoltura di alto livello qualitativo e per essere di alto livello qualitativo, anche libera da contaminazioni da fitofarmaci. La delibera della Giunta provinciale va in controtendenza rispetto agli orientamenti sia a livello nazionale che europeo ed è una contraddizione evidente denunciata da più parti, organizzazioni ambientaliste, da diverse parti politiche, dai cittadini che sono direttamente coinvolti.

In particolare, presidente, con questo emendamento noi sottolineiamo la necessità – la modifica consiste in questo – di prevedere in ogni caso l'esclusione dell'utilizzo di glifosati nelle aree di tutela delle acque potabili nel territorio provinciale entro un tempo ragionevole, cioè il 2020. Si tratta delle sostanze, presidente, che più vengono individuate come agenti di particolare tossicità e io, dalla corrispondenza che è intercorsa fra gli uffici provinciali e diversi soggetti di interesse pubblico che si sono attivati su questa materia, ho appreso con un po' di preoccupazione, lo devo ammettere, la giustificazione per cui la Provincia ritenga sulla base di una serie di ragionate argomentazioni, che l'impermeabilità dei terreni sui quali queste sostanze vengono irrorate, ebbene è sufficiente garanzia di tutela di qualità delle acque che vengono utilizzate per l'irrigazione, ma spesso anche delle acque di tutela e delle acque che vengono utilizzate per l'alimentazione delle fonti di alimentazione idrica, sostanzialmente, dei nostri territori.

Io ho ricordato un esempio fra i più evidenti, diciamo così, come il caso di Sinigo, che noi abbiamo esplicitamente denunciato, mostra come le falde acquifere siano a 80-120 cm dal suolo, da lì c'è un'immediata penetrazione nelle falde che alimentano poi anche gli acquedotti dai quali le città attingono. L'Alto Adige ha bisogno, presidente, di uno scatto in avanti, la delibera che noi abbiamo citato è una delibera che indubbiamente non mostra l'aspetto migliore della nostra provincia. La mozione prevede quindi la sospensione immediata dell'efficacia di questa delibera e la limitazione, in modo anche drasticamente restrittivo dell'elenco dei fitofarmaci utilizzati in prossimità delle aree di tutela delle acque sino ad arrivare alla limitazione assoluta nelle aree in cui insistono falde di acque destinate alla captazione per gli acquedotti. Poi si chiede, presidente un coinvolgimento delle parti interessate che sono ovviamente tutte le associazioni di categoria, quelle del settore agricolo, ma anche i referenti di agricoltura biologica, le associazioni ambientaliste, i consumatori, perché si sta parlando di evidentemente agricoltura delle mele, delle pere, dei nostri prodotti che poi finiscono sulle nostre tavole e su questo noi abbiamo il dovere, un dovere morale di aprire una riflessione a voce più alta rispetto a quello che sino ad oggi c'è stato, solo in queste ore abbiamo letto dalla stampa come nel 2016 su ogni ettaro di superficie trattabile, che comprende quindi i seminativi e le coltivazioni legnose agrarie, sono stati distribuiti 62,2 Kg di principi attivi e quindi quasi dieci volte sopra la media nazionale di 6,6 Kg per ettaro. Io credo che sia un dato sul quale riflettere. Grazie presidente.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'azione del WWF di sensibilizzazione dei consiglieri provinciali ha avuto i suoi effetti, perché il cons. Urzi ha presentato questa mozione che noi sosteniamo e apprezziamo, speriamo che Lei cambi idea anche sui limiti di velocità sull'autostrada, e queste robe qua, comunque va benissimo. Noi questa sollecitazione, prima di fare la mozione, l'abbiamo trasformata in un'interrogazione di cui, assessore Vettorato, io aspetto ancora la risposta. Lei ha già risposto due volte al WWF, evidentemente perché fa più paura il WWF, che non un gruppo consiliare.

Il problema qual è? Io prendo anche la Sua risposta al WWF, che il WWF ci ha girato, e il problema è lo studio dell'ARPAT, l'agenzia per l'ambiente della Regione Toscana, dove tra l'altro io ho molti amici di università. L'ARPAT ha fatto uno studio molto approfondito e ha classificato la pericolosità dei vari fitofarmaci in base ad alcuni parametri. I parametri fondamentali che ci interessano sono da un lato quello fisico-meccanico, il CIP, dell'impatto di questi fitofarmaci nei corpi idrici, per cui quanto penetrano nei corpi idrici, questo è l'impatto fisico-meccanico, poi c'è il pericolo per la salute umana, questo è l'altro criterio. Ora voi cosa avete fatto in questa delibera? Avete preso solo il parametro impatto fisico-meccanico sui corpi idrici, dicendo che se il fitofarmaco o la sostanza pericolosa in questione ha un basso pericolo per lo stato delle acque, è trascurabile l'impatto sulla salute, perché non arriva all'essere umano, non entrando nelle acque. Ora però io ho consultato i tecnici dell'ARPAT, specialmente alcuni che conosco e poi, tra l'altro, li ha intervistati anche l'*Alto Adige* e in questo documento dell'ARPAT, se si legge bene, ci sono tutte le tabelle e poi l'ARPAT dice "ok, in una situazione normale basta tener conto della pericolosità acque, ma nelle zone di particolare tutela, e quelle dell'acqua potabile sono zone di particolare tutela, dice lo stesso studio dell'ARPAT, i CIP, cioè gli indicatori da tener conto, non sono solo quelli dell'impatto sui corpi idrici, ma anche quello sulla salute, perché è chiaro che se

anche una goccia di queste sostanze finisce nel circolo e arriva al corpo umano, non importa che ne arrivi un litro. Ora, delle sostanze – ho finito, presidente – che voi avete ammesso il Captan, ha un pericolo su 5 di 3, il Pirifos di 5, il massimo, il Fluazinam di 5, il massimo, il Mancozeb di 5, il massimo e il Glifosato di 5, cioè il massimo. Se voi, e per questo noi voteremo a favore della mozione del cons. Urzi, se voi tenete conto, come dice l'ARPAT non solo del parametro corpi idrici, ma anche del parametro impatto sulla salute, voi tutte queste sostanze le dovrete proibire nei luoghi di tutela dell'acqua potabile.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Landesregierungsbeschluss vom 12. März 2019, Nr. 142 mit der Überschrift "Anpassung der Liste der Pflanzenschutzmittel, die in den Trinkwasserschutzgebieten angepasst werden können", finden sich im Anhang die Positivliste mit Pflanzenschutzmitteln wie zum Beispiel Benzyladenin – ich habe es nur stichprobenartig herausgezogen – Aclonifen oder Glyphosat. Nehmen wir zum Beispiel das Benzyladenin her. Wir haben in unserer Notaufnahme nicht nur die Positivliste, sondern auch die Rote Liste, wo wir nachschauen, was wir tun sollen, wenn etwas passiert. Beim Benzyladenin steht drinnen, dass es nicht in Kanalisationen, Oberflächengewässer und Grundwasser gelangen soll. Man soll es also nicht in Wassergebieten verwenden.

Rezente wissenschaftliche Daten des Bundes Naturschutz Bayern zeigen, dass in den Oberflächengewässern Glyphosatrückstände über den zugelassenen Grenzwerten gefunden wurden. Im Bericht der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser heißt es - ich zitiere daraus - : "Anders sieht es aus, wenn man die Messwerte in Oberflächengewässern in Bezug auf das Schutzgebiet Trinkwasser bewertet. Für diese Stoffe wird eine Überschreitung der Leitwerte der Europäischen Wasserversorger im Gewässer - und der Leitwert liegt 0,1 Mikrogramm pro Liter – für einige Stoffe sehr häufig durchschnittlich zwischen 40 und 60 Prozent überschritten. Aber – das ist als Nebensatz angeführt – in kleineren Gewässern werden keine Messungen vorgenommen, sondern nur in den Großgewässern. Nun wir wissen, dass Pestizid- und Herbizidbefunde in Gewässern den Zielen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie widersprechen. Ihr Ziel ist – dort drinnen steht es so drinnen –, dass Gewässer und erst recht Trinkwasserschutzgebiete so bewirtschaftet werden, dass ein guter Zustand – ich habe das zitiert – eingehalten und garantiert wird. Die gesundheitsschädigende Wirkung vieler sicher nicht aller in der Positivliste angeführten Pflanzenschutzmittel sind für Tiere und Menschen seit vielen Jahren bekannt. Um die Gesundheit unserer Bürger zu schützen, sollte der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Trinkwasserschutzgebieten vermieden werden und man muss hier wirklich eine sogenannte Nutzen-Risiko-Abwägung vornehmen. Die verwendeten Pflanzenschutzmittel in Trinkwasserschutzgebieten gelangen unweigerlich ins Trinkwasser. Die Daten belegen, dass die Restbestände dieser Mittel sich im Trinkwasser mit all den gesundheitlichen Auswirkungen vorfinden. Pflanzenschutzmittel bedingen gesundheitliche Kollateralschäden in hohen Dosen akut, aber – und das ist viel wichtiger – in geringeren Dosen bei längerem Konsum sind sie vor allem krebserregend." Wir wissen jetzt, dass Glyphosat insbesondere die Entwicklung von Lymphomen, das heißt von Lymphdrüsenkrebs fördert. Aus medizinischer Sicht ist die Politik daher gefordert, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Trinkwasserschutzgebieten soweit als möglich zu verbieten. Danke!

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Herr Präsident! Trinkwasserqualität ist das wichtigste für die Bürgerinnen und Bürger in Südtirol, aber nicht nur in Südtirol, sondern natürlich weltweit. Um diese Trinkwasserqualität zu garantieren, bedarf es natürlich der entsprechenden Maßnahmen und Gesetze. Für die Laien möchte ich erklären, in welche Zonen man die Trinkwasserschutzgebiete einteilt. Wir haben die Zone 1, bei der der Fassungsbereich circa 100 bis 1.000 Quadratmeter groß ist und rot gekennzeichnet wird. In dieser Zone besteht absolutes Verbot für die Pestizidausbringung. Die Zone 2 ist orange gekennzeichnet und 5 bis 10 Hektar groß. Hier gelten vor allem diese restriktiveren Maßnahmen. Zone 3 betrifft das gesamte Einzugsgebiet des Trinkwasserschutzgebietes, ist gelb gekennzeichnet und über 100 Hektar groß. Wir wissen, dass drei Kategorien hinsichtlich der Gefährdung untersucht werden, und zwar das Trinkwasser, Auswirkungen auf die Ökosysteme und auf die menschliche Gesundheit, wie schon andere Kollegen gesagt haben, die hier einen potentiellen Gefährlichkeitsindex aufweisen. Deshalb ist es natürlich von unserer Seite zu unterstützen, dass der Einsatz dieser Pestizide auf das geringstmögliche Maß reduziert wird bzw. in Zone 2 fast zu 100 Prozent ausgeschaltet wird.

Ich würde um eine getrennte Abstimmung zu Punkt 1 ersuchen, da Kollege Urzi vorschlägt, den Beschluss Nr. 142 mit sofortiger Rückwirkung aufzuheben. Weshalb möchte ich das nicht unterstützen? Weil dann wieder die Grundlage von 2016 gilt. Ansonsten kann ich den Punkten 2, 3 und 4 vollinhaltlich zustimmen. Danke!

PRÄSIDENT: Die Frau Landesrätin lädt uns zu einem Umtrunk in die Bar ein und möchte um eine Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten ersuchen. Diese 10 Minuten werden der Minderheit im Einverständnis der zwei Fraktionssprecher der Lega und der SVP dann gutgeschrieben. Angesichts der fortgeschrittenen Stunde schließen wir für heute Vormittag die Sitzung.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.49 UHR

ORE 14.31 UHR

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir fahren mit der Behandlung der Beschlussanträge fort. Wir sind in Diskussion zum Beschlussantrag Nr. 90/19. Zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Schuler, bitte.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Danke, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns jedes Mal mit unterschiedlichen Beschlussanträgen zu befassen. Was mich aber in diesem Fall schon sehr verwundert, ist die Aussage in der Einleitung dieses Beschlussantrages: "werden wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Menschen gestellt". Das ist eine Unterstellung, die man hier nicht so hinnehmen kann. Auch und das merkt man immer wieder, sie entspricht dem Zeitgeist, dass zunehmend mit den Ängsten der Bevölkerung – Ängste sind immer ernst zu nehmen – Politik gemacht wird. Mich verwundert, dass Kollege Urzi zum "Obergrünen" mutiert. Ich wiederhole noch einmal die Zulassungen der Wirkstoffe (in Europa ist es zumindest so, es ist nicht auf der ganzen Welt so), werden aufgrund des Vorsorgeprinzips vorgenommen. Erst kürzlich hat die Generalanwältin in ihrem Bericht dem europäischen Gerichtshof bestätigt, dass das Vorsorgeprinzip bei den Zulassungen gewahrt ist. Nach den Zulassungen werden noch zusätzliche Auflagen vorgesehen, das ist auch richtig so, man muss immer jenen Weg nehmen, um jedes noch so geringe Risiko zu vermeiden. Es sind Abstandsregelungen vorgesehen worden und auch Vorgaben zum Schutz des Wassers besonders des Trinkwassers.

Zum anderen ist hier Captan als besonders gefährlich erwähnt. Man muss das ein wenig relativieren, bei aller Notwendigkeit zur Vorsicht. Was die Toxizität angeht so wie die Landwirtschaft Captan ausbringt in dieser Form, müsste man 14 Liter dieser Brühe trinken, um die gleiche Toxizität zu erreichen wie eine einzige Tachipirina-Tablette, die man rezeptfrei in der Apotheke erhält. Also in der Größenordnung und im Vergleich sieht man was die unmittelbare Gefahr angeht.

Kollege Urzi, Sie schreiben hier, dass Captan als möglich krebserregend eingestuft ist. Auch das stimmt so nicht. Wenn man sich die Liste des IAEC anschaut, die immer wieder ins Spiel gebracht wird, dann haben wir krebserregende Stoffe, wie Asbest-Luftverschmutzung, Alkohol, Tabakrauch, Schornsteinfeger-Ruß. Vermutlich krebserregende: rotes Fleisch, sehr heiße Getränke, Schichtdienst, Arbeit als Friseur, Glyphosat. In der Stufe 3 ist als nicht klassifizierbar dann Captan. Also hier Captan als krebserregend anzuführen ist weit hergeholt.

Die Unterschiede, die gemacht werden, auf die möchte ich noch hinweisen. Gerade was heute wieder in der Zeitung steht, in Bezug auf den Friedhof von Bozen, der schon zum zweiten Mal für drei Tage geschlossen worden ist. Dort wurde ein Mittel eingesetzt, das für Insekten giftig ist, giftig für Wasserorganismen, besonders für Fische und besonders giftig für Schmetterlinge. Hier regt sich kein Mensch auf. In der "Alto Adige" steht, dass man am Sonntag wieder eine Protestkundgebung machen will gegen die Pestizide, die Pflanzenschutzmittel. Hier nimmt man es zur Kenntnis, dass für einen Schädling beim Buchsbaum - wir reden nicht von Lebensmitteln - Mittel eingesetzt werden, dass man für 3 Tage den Friedhof schließen muss. In den Zeitungen steht auch, weil besonders giftig.

Ich möchte mit einem Satz schließen, auch zur Beruhigung, bei aller Vorsicht, die geboten ist, keiner dieser Wirkstoffe, Kollege Urzi, ist jemals im Trinkwasser nachgewiesen worden. Das muss das Prinzip sein, dass man hier zusätzliche Kriterien einführt, nur Mittel zuzulassen, wo die Gefahr nicht gegeben ist, diese im Grundwasser bzw. im Trinkwasser wiederzufinden. Meines Wissens ist keiner dieser Wirkstoffe, die hier aufgezählt sind, jemals im Trinkwasser nachgewiesen worden. Deshalb können die Menschen hier auch beruhigt sein.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Der Kollege Schuler hat es gerade gesagt, was ich jetzt auch sagen werde, und zwar das mit dem Nachweis. Kollege Urzi, ich habe ein Video gesehen auf Facebook und das war sehr dramatisch. Ich habe mir am Anfang auch gedacht, um Gottes Willen, was passiert da. Wenn man das so sieht mit deiner Erklärung dazu, mit der Emotion, die du auch hineinbringst, dann kann man sich wirklich vorkommen, als lebten wir in einem vergifteten Land und das stimmt in dieser Form einfach nicht. Das Trinkwasserschutzgebiet wird sehr wachsam und sehr gut kontrolliert! Es wird nicht nur auf Pflanzenschutzmittel untersucht, sondern auch auf Gülle und alle Verfremdungen, die im Wasser vorkommen können. Wenn man nichts nachweisen kann, und das Wasser sauber ist, dann fällt das für mich in den Bereich "Panikmache", so zu tun, als wäre alles vergiftet. Das Wasser, die Wasserqualität ist gut. Wenn es Nachweise im Wasser gäbe, wenn man das und jenes im Wasser gefunden hätten, dann wäre es anders, dann müssten die Regelungen im Trinkwasserschutzgebiet generell nicht nur hier bei dem in Sinich, sondern in allen Gebieten geändert werden. Das ist aber nicht der Fall und deshalb, glaube ich, fällt das wirklich in den Bereich der "Panikmache". Das finde ich nicht gut. Das Thema ist zu wertvoll als dass man damit Emotionen schürt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Man muss bei dieser Diskussion zwei Dinge voneinander trennen. Das eine ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und da gibt es auch nochmals eine Unterscheidung vorzunehmen, im privaten und in Betrieben im landwirtschaftlichen Sektor. Ich habe das auch schon oft gesagt. Wenn man sieht wie im privaten Sektor Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, dann entspricht es weder den Vorgaben, die von den Produktherstellern gegeben werden noch was der eigenen Gesundheit guttun würde, da gilt dann meist die Devise "ein Bisschen mehr schadet nie" und dass das dann manchmal einen viel größeren Schaden anrichtet, als der Landwirt, der unter Einhaltung der gesamten Gesetzesvorlagen und Vorschriften dieses Pflanzenschutzmittel im eigenen Betrieb anwendet.

Eine andere Diskussion ist aber und das ist nicht ganz von der Hand zu weisen, die Diskussion um das Grundwasser. Nun mag es stimmen, dass das Grundwasser in manchen Gebieten nicht die Rückstände in dem Maße aufweist, wie es gesetzlich vielleicht bedenklich wäre, nur der Unterschied ist, dass auf das Grundwasser alle angewiesen sind. Ich sehe das in meiner eigenen Heimatgemeinde, unser Trinkwasser muss im Sommer regelmäßig gechlort werden. Im Sommer, wenn man das Wasser aufdreht, dann riecht es nach Chlor. Da stellt sich mir schon die Frage, ob es zumutbar ist, das Grundwasser in der Art und Weise, sei es durch private Nutzung oder durch landwirtschaftliche Nutzung, zu verunreinigen. Es waren gerade in diesen Tagen Berichte in den Medien, dass in manchen Gebieten das Wasser durchmischt werden muss, weil es eben in der Form, wie es aus der Leitung käme praktisch nicht gesundheitsverträglich wäre. Beim Grundwasser bin ich auch immer der Meinung, das ist etwas, was wir jeden Tag konsumieren und wovon unsere Gesundheit abhängt. Der Bürger weiß manchmal gar nicht, was da drinnen ist. Es kann nicht jeder jedes Mal einen Wassertest durchführen. Kollege Schuler hat gesagt, man kann es nicht nachweisen. Wir haben in Südtirol viele Fälle, wo man Nachweise erbringt, wo etwas eindeutig krebserregend ist und trotzdem wird nichts getan. Wir sehen es bei den Schadstoffen auf der Autobahn. Da werden jeden Tag die Grenzwerte überschritten und trotzdem habe ich noch nie gehört, dass wir die Autobahn sperren, weil es für die Gesundheit unserer Bevölkerung nicht mehr akzeptabel ist. Wir haben Radon-Belastungen in Kindergärten und Schulen. Da werden die Grenzwerte überschritten. Die Kinder müssen das jeden Tag einatmen. Da habe ich auch nie gehört, dass wir die Schule oder den Kindergarten sperren, weil die Radon-Belastung zu hoch ist.

Wir müssen also schon unterscheiden. Ich beantrage deshalb auch die getrennte Abstimmung. Erstens die Diskussion über die Nutzung der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft. Hier wurde auch sehr viel Populismus betrieben und die Bauern wurden in eine Ecke gestellt, die ihnen einfach nicht zusteht.

Zweitens, das Grundwasser und da bin ich aber der Meinung, es müssen strenge Regeln gelten. Hier muss man eine Regelung vorsehen, dass in jenen Bereichen, in denen Trinkwasserschutzgebiete vorherrschen, keine Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden dürfen. Das würde ich sowohl für den privaten als auch

für die Betriebe in der Landwirtschaft richtig finden. Das scheint mir durchaus nachvollziehbar. Deshalb würde ich diesem Punkt zustimmen und deshalb bitte ich um getrennte Abstimmung. Danke.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente. Che dire? Io ho ascoltato chiaramente il dibattito e a tutti devo fare i complimenti per l'attenzione che è stata posta al tema. Devo essere sincero, sono rimasto basito per le strumentalizzazioni politiche fatte da qualcuno, e mi riferisco a Lei, cons. Urzi, nel senso che se Lei passa un termine dicendo "la Giunta ha approvato i fitofarmaci per l'utilizzo sulle falde acquifere, crea preoccupazione ovviamente, e dal Suo punto di vista, probabilmente potrebbe aver ragione, dimenticando forse, o forse non sapendo che la Giunta non ha approvato una lista, ha ridotto una lista, che era già approvata nel 2015 e nel 2016, cioè ogni due anni la Giunta provinciale è chiamata a rivedere la lista di fitofarmaci. Cosa vuol dire questo? Abbiamo ridotto la lista di 38 elementi, a livello europeo e a livello nazionale sono autorizzati 330 fitofarmaci, noi in provincia di Bolzano ne autorizziamo 150, e siamo bravi. Si può fare meglio? Sicuramente, però l'impegno c'è.

Come ricordava il collega Dello Sbarba, che si è informato – tra l'altro chiedo scusa se non Le è arrivata la risposta all'interrogazione, mi sto informando – sono state fatte delle analisi e abbiamo deciso di selezionare i fitofarmaci in base al grado di penetrazione nel terreno e quindi sappiamo che l'acqua piovana ci impiega a fare un metro all'interno del terreno, dipende da qual è il tipo di terreno, circa 24 ore. Ci sono dei fitofarmaci che hanno dei gradi di penetrazione nel terreno, di una scala che va da 1 a 5, noi abbiamo selezionato i fitofarmaci che hanno un grado di penetrazione nel terreno da 1 a 2. Quindi l'attenzione da parte dell'amministrazione provinciale c'è sulla tematica.

Io aggiungo un'altra cosa, oltretutto, aggiungo che il monitoraggio delle falde acquifere è fatto dall'Agenzia per l'ambiente in maniera scientifica, abbiamo dei laboratori che vengono utilizzati dai NAS anche europei, per dire, e vengono fatti metodicamente, cosa vuol dire? Lei ieri citava l'esempio "chi lo dice agli abitanti di Sinigo che sono sopra una falda e sopra ci buttano i fitofarmaci?" Io Le dico i dati, sinceramente: i principi che sono presenti in questi fitofarmaci, c'è un limite molto restrittivo, si parla di 0,1 microgrammi per litro ($\mu\text{g/L}$). Nella falda di Sinigo, che Lei ha citato, dove c'è un pozzo di verifica che viene fatto regolarmente dall'Agenzia per l'ambiente, sono stati ritrovati 0,0025 $\mu\text{g/L}$, siamo molto, ma molto, al di sotto delle soglie di allarme. Dovrebbe essere 0,000? D'accordo, ne possiamo parlare, però questo per dire che il discorso di permeabilità del terreno, ma soprattutto i prodotti utilizzati, sicuramente a contatto con le persone non fanno bene, su questo è abbastanza evidente, però è chiaro che l'amministrazione provinciale e il sottoscritto e tutta la Giunta che ha votato questa delibera, un'attenzione l'ha posta.

Quindi si è fatta una campagna, si è fatto un procurato allarme, i Le dico, ho ricevuto centinaia di telefonate di cittadini che mi dicono "abito a Bolzano, posso bere l'acqua del rubinetto?", questo è procurato allarme, questo perché o per una speculazione politica, o forse perché non si conosceva bene la materia, si è passato un messaggio sbagliato. Quello che voglio dire è confrontiamoci, sicuramente siamo sempre disponibili a confrontarci, probabilmente si può fare di meglio, anzi sicuramente, noi però l'impegno lo abbiamo fatto, non abbiamo dato il via libera all'utilizzo dei fitofarmaci, abbiamo ridotto una lista di 38 elementi. Grazie.

PRÄSIDENT: Bevor wir zur Replik des Einbringers kommen, möchte ich die 2C Fachoberschule für Landwirtschaft Auer mit Frau Prof. Agatha Sparber recht herzlich hier im Landtag begrüßen.

Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort zur Replik, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Quando lungo le passeggiate dell'I-sarco avviene uno stupro e qualcuno lo denuncia e molti cittadini si indignano e scendono in strada, l'aver denunciato quello stupro non è procurare allarme, è denunciare una situazione di pericolo, di attenzione, sulla quale si impone un'assoluta sorveglianza, vigilanza, maggiore attenzione.

Quando alcune parti politiche o alcuni cittadini ritengono di essere legittimamente preoccupati per una lunghissima lista di elementi indubbiamente – non sono camomille, collega Schuler, sono evidentemente, nessuno lo dice, non lo ha detto neanche l'ass. Vettorato, sono elementi che se ci beviamo un bicchiere tutti quanti di quelle sostanze, sicuramente non ci fa bene – e i cittadini chiedono maggiore chiarezza, pretendono informazione, non è procurare allarme, è esattamente cercare di creare le condizioni, affinché si qualifichi la qualità di un problema.

E qual è la qualità del problema? È stato, mi pare, ampiamente sviscerato nel corso del dibattito, io ringrazio tutti i colleghi e le colleghe che sono intervenuti con i loro ragionamenti favorevoli e contrari, questo è un obiettivo, quello di aprire l'attenzione rispetto anche al tema, come giustamente ha indicato anche il collega Knoll, nel ragionamento rispetto agli interventi per l'agricoltura, rispetto alle falde acquifere che servono per l'alimentazione dei nostri acquedotti, l'acqua che beviamo, l'aria che respiriamo, perché le centinaia – forse non saranno centinaia, ass. Vettorato – di cittadini di Bolzano che l'hanno chiamata, io Le dico che si sono rivolti, non in centinaia, ma in molti, anche a noi per segnalare come purtroppo sotto le finestre di casa, questo accade alla periferia di Bolzano ma accade in tutta la provincia dove ci sono campagne e ci sono zone residenziali, si spruzzano sui balconi degli alloggi sostanze che sarebbero destinate all'agricoltura, ma che i cittadini invece respirano e questa è la preoccupazione, presidente. È ovvio che poi queste sostanze si depositano e quando io sento dire dalle relazioni che sono state presentate e oggi, che decadono nel terreno a una velocità di 1 metro ogni 24 ore, ebbene quando le falde acquifere basta scavare con una zappetta, collega Treber, a Sinigo e troviamo subito l'acqua, è come quando siamo sulla spiaggia, che basta prendere il secchiello e la paletta e in pochi attimi troviamo l'acqua, tutte le cantine di Sinigo sono allagate – questo è un messaggio per l'assessore all'edilizia abitativa agevolata – la falda acquifera è lì ed evidentemente un tema si pone, una legittima preoccupazione si pone.

Allora, l'obiettivo di questa mozione qual è? Fare discutere e aprire al ragionamento.

Vogliamo sempre fregarci di essere i migliori? Molti di voi peraltro lo pensano, nel senso che ritengono che l'Alto Adige sia l'ombelico del mondo. Ma se siamo i migliori dobbiamo esserlo veramente, dobbiamo crederci e dobbiamo perseguire questo obiettivo, agricoltura a pesticidi zero, è uno *slogan* questo, ma per capirci. L'agricoltura biologica questa sfida l'ha raccolta, l'Alto Adige può raccogliere la sfida – era un punto del nostro programma e io lo ripropongo qua – di essere un territorio ad agricoltura biologica, non nella pubblicità patinata che troviamo sulle riviste nazionali o a Canale 5, sulle reti Mediaset, di Berlusconi, ma sul territorio, nella realtà. Possiamo raccogliere questa sfida, oppure siamo ostaggi – possiamo dirlo, ass. Vettorato? – di una categoria? E non cito la categoria, ma forse la si intuisce, l'Alto Adige è da molti anni ostaggio di questa categoria. Io credo che ci voglia, l'onestà intellettuale è dimostrata da parte di tutti, anche lo spirito e la volontà di perseguirlo questo obiettivo dell'agricoltura a impatto zero, poi, ovvio, è molto arduo come obiettivo, molto presuntuoso anche come obiettivo, certamente, però da qualche parte bisogna pur iniziare, non dicendo, sostanzialmente, che va bene una lista non di 300, ma di 280 e ha ragione il collega Faistnauer quando dice "attenzione, cancelliamo la lista attuale e poi ce ne troviamo un'altra, ha ragione, chiederò poi dopo al presidente una correzione.

Diamo questo segnale, presidente, la correzione sull'ordine dei lavori è la seguente, anche raccogliendo i temi del dibattito, cioè di dichiarare soppresso il punto n. 1 della mozione, come se non esistesse, come se un emendamento lo avesse – se occorre lo presento, ma credo che non sia necessario – in modo che si voti sul corpo completo, escluso il punto 1, della parte impegnativa. Grazie.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): In persönlicher Angelegenheit. Mich würde eines interessieren, Kollege Urzi - wir kommen gerade vom Mittagessen -: Das, was Sie vorher konsumiert haben, entspricht das dem, was Sie hier predigen?

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung. Wie von den Abgeordneten Faistnauer und Knoll beantragt, stimmen wir getrennt über den beschließenden Teil und die Prämissen ab. Punkt 1 des beschließenden Teils wurde vom Einbringer zurückgezogen.

Ich eröffne nun die Abstimmung über die Prämissen: mit 7 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 10 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Brevissimamente. Volevo specificare che per un equivoco noi avevamo capito, io avevo capito, che si trattava solo delle premesse e poi i quattro punti sarebbero stati votati, invece si è votato le premesse e il primo punto insieme.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): No ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): No? Va bene, allora tutto bene. Ah, Lei ha ritirato il primo? Ok. Grazie.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 17 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 94/19 vom 29.04.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Schiverbindung Langtaufers-Kaunertal: Ein endgültiges Aus schafft Klarheit und schützt die Landschaft."**

Punto 17) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 94/19 del 29.4.2019, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante collegamento delle aree sciistiche di Vallelunga e Kaunertal: un "no" definitivo per fare chiarezza e salvaguardare il paesaggio."**

Schiverbindung Langtaufers-Kaunertal:

Ein endgültiges Aus schafft Klarheit und schützt die Landschaft

Seit geraumer Zeit behängt die Frage der Schiverbindung zwischen Langtaufers im Obervinschgau und dem Kaunertal in Tirol als eines länderübergreifenden Verbindungsprojekts von Aufstiegsanlagen, die zwischen dem unerschlossenen Langtaufers und dem touristisch bereits stark genutzten Tiroler Kaunertal errichtet werden sollten.

Manche der LangtaufereInnen erhoffen sich von der Verbindung Arbeitsplätze vor Ort; im Kaunertal hingegen zielt man auf Ausweitung des potenten Schigebiets. Zur Abwägung stehen dabei die Vorzüge zusätzlicher Arbeitsplätze im Tourismus auf Südtiroler Seite und somit eine verstärkte Inwertsetzung des wirtschaftlich schwachen Tales, auf der anderen Seite die großflächige Erschließung des bisher unberührten, durch Naturschönheit beeindruckenden Melagtales aufwärts bis zum Karlesjoch. Das unberührte Seitental ist auch Standort unberührter Lebensräume, wobei die Biosphäre den Betreibern jedoch nur wenig gilt.

Ihr Ansatzpunkt ist die Tatsache, dass gesetzlich zwar grundsätzlich keine neuen Schigebiete ausgewiesen werden können, aber die Erweiterung bestehender Schigebiete und deren Verbindung durchaus möglich ist.

Den Ansatzpunkt im skitechnisch aktuell unerschlossenen Langtaufers bildet ein alter, seit Jahrzehnten stillgelegter Schlepplift, auf dessen Bestehen sich die Betreiber zu stützen versuchen. Die virtuelle Existenz der Anlage im Bauleitplan (real existieren nur mehr die Träger) ermöglicht die Ausweisung einer Trasse ab Langtaufers in Richtung Tirol und die Perspektive auf die erhoffte Verbindung. Die in einem ersten Projekt vorgelegte Trassenführung war allerdings so beschaffen, dass damit auf Südtiroler Seite erosionsgefährdete Hänge durchschnitten worden und zugleich natürliche Ressourcen schwer in Mitleidenschaft gezogen worden wären.

Dieses 2016 vorgelegte, groß dimensionierte Projekt wurde denn auch durch den Umweltbeirat am 16.2.2017 in aller Entschiedenheit abgelehnt und auf die grundsätzliche Problematik des Projektes als eines "ergänzenden Eingriffs" von durchschlagender Wirkung verwiesen.

Nach dieser ersten Abweisung machten sich die Betreiber jedoch unverdrossen an die Ausarbeitung einer weiteren, in ökologischer und landschaftlicher Sicht deutlich verbesserten Projektvariante. Leider war der Grundmangel damit nicht beseitigt, nämlich, dass die Eingriffe aus landschaftlicher und ökologischer Sicht grundsätzlich nicht tragbar waren.

Im Jahr 2017 hat die Landesregierung über die Zusammenlegung der beiden Skigebiete Kaunertal und Langtaufers entschieden und dem damals vorgelegten Projekt eine Absage erteilt. Wegen rechtlicher Widrigkeiten zog die Landesregierung den Beschluss 1423/2017 im Frühjahr 2018 zurück. Somit musste das Projekt nochmals vom Umweltbeirat und von einer "sozioökonomischer

Kommission" (zusammengesetzt aus drei Fachpersonen der Sozioökonomie sowie der Mobilität) behandelt werden.

In einer Antwort auf die Anfrage der Grünen Fraktion gibt Landesrätin Hochgruber Kuenzer die Auskunft, dass sowohl der Umweltbeirat als auch die "sozioökonomische Kommission" dem Konzept ein negatives Gutachten ausgestellt haben.

Allerdings muss sich laut Landesrätin genannte "sozioökonomische Kommission" wohl nochmals mit der Causa beschäftigen, da für eines der drei Mitglieder ein Befangenheitsverdacht besteht. Damit bleibt eine Restunsicherheit bestehen, was mit der Schiverbindung passieren wird.

Daher

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

1. sich im Sinne des negativen Gutachtens (Nr. 23/2018) des Umweltbeirates klar gegen die Schiverbindung Langtaufers-Kaunertal auszusprechen und
2. dem Projekt eine definitive Absage zu erteilen.

Collegamento delle aree sciistiche di Vallelunga e Kaunertal:
un "no" definitivo per fare chiarezza e salvaguardare il paesaggio

La questione inerente al progetto di collegamento sciistico tra Vallelunga nell'alta Val Venosta e l'area della Kaunertal in Tirolo è da tempo in attesa di una soluzione. Si tratta di un progetto transfontaliero che mira a collegare gli impianti di risalita da realizzare tra Vallelunga, una zona incontaminata, e la Kaunertal tirolese, quest'ultima invece già sfruttata intensamente a scopo turistico.

Parte della popolazione di Vallelunga spera che il nuovo collegamento crei posti di lavoro a livello locale; nella Kaunertal si punta invece a un ampliamento della già importante area sciistica. Ai fini di una valutazione, la provincia di Bolzano deve considerare da un lato i vantaggi derivanti da nuovi posti di lavoro in ambito turistico e la conseguente valorizzazione di questa valle economicamente debole, dall'altro l'impatto di un ampio sviluppo dell'area compresa tra la Val di Melago e il passo Karlesjoch, un territorio ancora incontaminato e di rara bellezza naturalistica. L'incontaminata valle laterale è anche sede di habitat naturali ancora del tutto intatti, ma purtroppo ai gestori poco importa della biosfera.

Questi ultimi fanno leva sul fatto che in linea di principio, dal punto di vista normativo, non è possibile destinare nuove aree sciistiche, ma che è invece senz'altro possibile ampliare e collegare quelle esistenti.

A Vallelunga, non ancora sfruttata a fini sciistici, i gestori usano come espediente una vecchia sciovvia chiusa ormai da decenni. La sua esistenza virtuale nel piano di sviluppo urbanistico (in realtà non ne rimangono che i piloni) consente di individuare un tracciato da Vallelunga in direzione del Tirolo e di prospettare il collegamento desiderato. Tuttavia, in un primo progetto il tracciato sul versante della provincia di Bolzano prevedeva di intervenire su pendii già a rischio erosione, con grave danno per le risorse naturali.

Questo progetto di ampie dimensioni, presentato nel 2016, è stato respinto con fermezza il 16-2-2017 anche dal Comitato ambientale, per il quale la problematica di fondo del progetto è che, a dispetto della sua apparente natura di "intervento integrativo", esso ha invece un impatto considerevole.

Tuttavia, nonostante questa prima bocciatura, il gestore non ha desistito e ha elaborato una variante del progetto migliorata dal punto di vista ecologico e paesaggistico.

Purtroppo con ciò il problema di fondo non è stato eliminato, poiché gli interventi restano fondamentalmente non sostenibili dal punto di vista ecologico e paesaggistico.

Nel 2017 la Giunta provinciale ha preso una decisione in merito alla fusione delle due stazioni sciistiche di Kaunertal e Vallelunga respingendo il progetto presentato all'epoca. A causa di ostacoli giuridici, nella primavera del 2018 la Giunta provinciale ha revocato la deliberazione n. 1423/2017. Il progetto ha quindi dovuto essere nuovamente trattato dal Comitato ambientale e

da una "commissione socio-economica" (composta da tre esperti in materia di socioeconomia e mobilità).

In una risposta all'interrogazione del gruppo consiliare dei Verdi, l'assessora provinciale Hochgruber Kuenzer afferma che sia il Comitato ambientale sia la "commissione socio-economica" hanno espresso un parere negativo in merito al progetto.

Tuttavia, sempre a detta dell'assessora, la cosiddetta "commissione socio-economica" dovrà occuparsi nuovamente del caso, poiché su uno dei tre componenti grava il sospetto di incompatibilità.

Per questo motivo permane un'incertezza residua su ciò che ne sarà del collegamento sciistico. Pertanto

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- 1. di esprimere chiaramente la propria contrarietà al collegamento sciistico Vallelunga-Kaunertal, conformemente al parere negativo (n. 23/2018) del Comitato ambientale;*
- 2. di respingere definitivamente il progetto in questione.*

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident. Ich hoffe, dass sich die allgemeine Heiterkeit, die sich hier ausgebreitet hat, auch weiterhin erhalten kann.

Also es geht um ein Thema, das wir auch schon gestern hatten, nämlich den Schutz unserer Bergwelt. Wir haben uns auch schon in der letzten Legislaturperiode mehrmals mit dem Thema Langtaufers befasst und zwar im spezifischen mit der Schiverbindung, die zwischen dem noch relativ unberührten Langtauferer Tal und dem Tiroler Kauner Tal geschaffen werden soll. Nachdem es nicht möglich ist, neue Schigebiete auszuweisen, hängt man sich dabei kurioserweise an einen eingerosteten und sehr baufälligen Schilift auf und hat dieses Schiverbindungsprojekt sozusagen als Erweiterungsprojekt eingereicht. Es gibt im Langtauferer Tal seitdem eine lange Diskussion zwischen jenen Bürgerinnen und Bürgern, die darin wie auch immer eine Aufwertung sehen, eine touristische Aufwertung, eine wirtschaftliche Aufwertung, die Arbeitsplätze, die vielleicht entstehen könnten, ins Felde führen und gleichzeitig aber auch jene, die das Langtauferer Tal so wie es ist, in dieser Form, erhalten möchten und die gerade in diesem Erhalten einen Zukunftsfaktor sehen. Warum? Es ist klar, dass das Langtauferer Tal eines jener Täler ist, wo es noch eine Urtümlichkeit gibt, die es anderswo in Südtirol nur noch selten gibt. Nicht umsonst ist dort die Erlebnisschule angesiedelt, wo viele unserer Kinder wahrscheinlich schon gewesen sind und erstmals auch Dinge kennengelernt haben, die sie vielleicht in ihrem Südtiroler Alltag nicht mehr anderswo so leicht vorfinden. Das ist symptomatisch, dass die Erlebnisschule dort ist und auf diese Art arbeitet, denn gerade dieses Tal bietet eben diese Ursprünglichkeit.

Die Schiverbindung, die in einem ersten Projekt in einem sehr großen Stil angelegt war, die hat uns ganz besonders besorgt, da diese Piste durch ganz unberührte Bergwelten geführt hätte. Wir haben uns dort in einem Lokalausweis umgesehen und tatsächlich uns nicht vorstellen können, dass hier einmal eine Schiverbindung stattfinden könnte. Im Übrigen lässt sich auch noch einmal die Frage stellen, wie weit das dem Langtauferer Tal etwas bringen würde, denn in Wirklichkeit erwartet sich gerade die Kaunertaler Seite einen großen Gewinn. Auch weil es darum geht, einen Zubringerdienst ins Kaunertal durch das Langtauferer Tal zu schaffen. Wir glauben das ist ein hoher Preis, das ist ein zu hoher Preis! Das 2016 vorgelegte erste groß dimensionierte Projekt wurde in aller Entschiedenheit vom Umweltbeirat abgelehnt. Daraufhin haben die Projektbetreiber eine deutlich verbesserte Variante vorgelegt, die aber immer noch einen großen Eingriff darstellt. Der Grundmangel dieses Projektes blieb dennoch bestehen, dass die Eingriffe aus landschaftlicher und ökologischer Sicht total problematisch waren. Im Jahr 2017 hat die Landesregierung dem Projekt eine Absage erteilt. Es gab allerdings rechtliche Schwierigkeiten, ich glaube es war die Unvereinbarkeit eines Kommissionsmitgliedes und deshalb musste der Beschluss zurückgezogen werden. Somit musste das Projekt nochmals vom Umweltbeirat und von einer "sozioökonomischer Kommission" geprüft werden, wo dann gerade dieser Aspekt geprüft wurde und wo die sozioökonomischen Vor- oder Nachteile für das Gebiet in Erwägung gezogen wurden.

Wir haben eine Anfrage gemacht und die Landesrätin Hochgruber Kuenzer hat uns die Auskunft gegeben, dass der Umweltbeirat und die "sozioökonomische Kommission" ein negatives Gutachten ausgestellt haben. Allerdings muss sich diese Kommission wohl nochmals damit befassen, weil es nochmals eine Problematik gegeben hat und deshalb bleibt eine bestimmte Restunsicherheit bestehen. Wir wollten die hier aufgreifen, weil wir gesehen haben, dass im Obervinschgau durch die Verbindung Schöneben-Haideralm, die durchaus auch schon problematisch war, dass man da versucht hat, diesem Gebiet eine Aufwertung zu geben und damit soll Langtaufers nicht noch einen zweiten Preis dafür zahlen. Der Präsident aus dem Vinschgau schüttelt den Kopf. Vielleicht kann er ja auch noch als Abgeordneter seine Sicht einbringen. Es ist schade, dass Kollege Staffler wegmusste, denn auch er hätte seinen Beitrag als Malser Insider geben wollen. Jedenfalls glauben wir, dass es wichtig ist, ein klares Zeichen zu setzen und dass sich hier die Landesregierung ein für allemal ausspricht. Diese Gelegenheit wollten wir bieten, um einen Schlusspunkt zu setzen und eine Sicherheit auszusprechen, die sicherlich dem Tale zugutekommt. Vielen Dank!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir vertreten grundsätzlich immer einen wirtschaftsliberalen Ansatz. Auch wenn es darum geht die Zusammenarbeit zwischen den Landesteilen zu unterstützen, zwischen Nord und Süd, sind wir immer vorne dabei. Wenn es darum geht den ländlichen Raum zu unterstützen bzw. den ländlichen Raum aufzuwerten und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen, zählt auch das zu unseren Kernthemen. Aber in diesem Fall und bei diesem Projekt ... das beschäftigt uns schon sehr lange und nicht erst jetzt. Das Thema Kaunertal und was man daraus machen soll oder wie es sich entwickeln soll, gerade was den Schitourismus angeht, ist ein längeres und altbekanntes Thema. Wir unterstützen voll diesen Antrag, weil wir auch den Wert erkennen, den das ursprüngliche Kaunertal hat. Wie es Kollegin Foppa schon gesagt hat, wir haben nicht mehr viele Täler in Südtirol, die noch ursprünglich sind und deren Wert darin liegt. Das Wertvolle dieses Tales liegt gerade darin, dass es nicht mit den Werten unserer Zeit überhäuft ist, sondern eben mehr oder weniger so belassen ist, wie wir uns eine ursprüngliche Landschaft vorstellen. Ich bin mir sicher, wenn es darum geht, den ländlichen Raum zu pflegen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind die Obervinschger gewohnt längere Strecken zu fahren. Ich will das nicht befürworten, aber ich glaube es müssen andere Formen gefunden werden und nicht in Form eines Schigebietes, das Tourismus mit sich bringt und all seine Nebenwirkungen, die wir kennen, und die wir in anderen Orten eindämmen wollen, und dass wir hier nicht auch noch das letzte Stück opfern müssen.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beschlussantrag: Schiverbindung Langtaufers-Kaunertal. Ein endgültiges Aus schafft Klarheit und schützt die Landschaft. Ich muss vorwegnehmen, wir setzen uns hier für das Langtauferer Tal ein und nicht fürs Kaunertal, Kollege Leiter Reber. Das Kaunertal ist bereits wirtschaftlich stark erschlossen, aber das Langtauferer Tal wäre in seiner Einzigartigkeit und Ursprünglichkeit zu schützen. Wichtig, vor allem, wäre es mit den Leuten vor Ort zu reden und das habe ich gemacht. Ich habe mit den einheimischen Bauern und mit den einheimischen Urlaub-am-Bauernhof-Betreibern Gespräche geführt und die haben gesagt, dass sie gegen dieses Projekt sind. Da sich mehrheitlich gegen dieses Projekt aussprechen, kann dann die Landesregierung zeigen, ob sie auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger, der Mehrheit, steht oder ob sie auf der Seite von Lobbys ist, die das letzte ursprüngliche Tal im Vinschgau erschließen möchten und zwar auf den Rücken der einheimischen Betriebe. Diese geben sich nämlich mit dieser Ursprünglichkeit zufrieden und wollen auch diesen sanften Tourismus, den Weg, den sie gegangen sind, weiter gehen. Aufgrund dessen werden auch wir diesem Beschlussantrag vollinhaltlich zustimmen. Danke.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich weiß nicht, mit welchen Menschen die Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag gesprochen haben. Wir waren einerseits im Kaunertal und haben mit den Menschen im dort gesprochen, wir haben uns mit den Verantwortlichen des Schigebietes getroffen und wir waren in Langtaufers und sind dort von Hof zu Hof gegangen. Ich war eine Woche im Tal und bin von Hof zu Hof gegangen, um mit den Menschen zu reden, welche Vorstellung sie von diesem Schigebiet haben. Es wird immer so getan, als ob es das letzte unberührte Tal wäre. Das können die Vinschger selbst bestätigen, man kann ja mal ins Matscher Tal fahren, es ist nicht so, dass dort "halli galli" herrscht, es gibt also noch mehr unberührte Täler im Vinschgau. Es ist nicht so, dass es das letzte Fleckchen im Vinschgau ist. Wo und da haben die Kollegen hier im Landtag recht, wo die Mehrheit und das war auch mein Eindruck der Bevölkerung im Langtauferer Tal sich dagegen ausgesprochen hat, ist die Variante, die von diesem Schigebiet vorgelegt wurde, das heißt mit dieser

Mittelstation, mit den Beschneiungsanlagen, mit den Schipisten bis runter ins Tal. Dort ist eine Mehrheit, das ist auch mir mitgeteilt worden, klar dagegen gewesen.

Etwas anderes ist aber eine Seilbahnverbindung. Das wurde von ganz vielen Menschen dort in meinen Gesprächen in Langtaufers ins Feld geführt. Warum kann man nicht einfach von Langtaufers eine Seilbahnverbindung bis Karlesjoch hoch machen? Ohne Schipiste, ohne Beschneiungsanlage, ohne Lawinenverbauung, einfach nur eine Seilbahn, die das Dorf an das Schigebiet anbindet. Das ist eine völlig andere Diskussion. Ein solches Projekt scheint mir sinnvoll. Wer das nicht glaubt, der soll im Winter ins Kaunertal fahren und sich dort auf den Parkplatz hinstellen und schauen, wie viele Südtiroler Autos dort stehen. Ich weiß nicht, ob das den Umweltgedanken mehr vertritt, wenn alle außen rum fahren. Die Kollegen der Grünen werden jetzt sagen, was haben die auf der anderen Seite der Grenze verloren? Ich glaube man muss das ganze Gebiet des Reschens als eine Gesamtheit sehen. Das ist auch ein Grund, warum wir uns als Südtiroler Freiheit so für die Fertigstellung der Reschenbahn einsetzen. Weil das alles Teilprojekte wären, wie man dieses Gebiet umweltfreundlich ohne Autoverkehr auch touristisch nutzen könnte für eine nachhaltige Nutzung. Das wäre eine Möglichkeit das Langtaufener Tal in seiner heutigen Form zu bewahren. Man muss auch dazu sagen, es gab im Langtaufener Tal ein Schigebiet. Das ist nicht nur ein alter Lift, wo noch eine Stütze steht, sondern es war ein Schigebiet. Das könnte man komplett abbauen und komplett renaturieren auf der orographisch linken Seite und stattdessen würde ein einziger Lift rauf gebaut. Wenn man sich das vor Augen führt, dann sieht die Diskussion schon völlig anders aus. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir sind auch der Meinung, das vorgelegte Projekt ist nicht geeignet, aber die Variante, die von den Menschen im Langtaufener Tal immer wieder ins Feld geführt wird, einfach nur einen Lift hoch zu bauen, die würde uns sinnvoll erscheinen. Die Variante würde ohne große Eingriffe dem Langtaufener Tal auch eine Zukunft zu geben, denn es ist ein Problem, dort Arbeit zu finden, auch für junge Menschen, die dort wohnen, auch in Zukunft noch ein Auskommen zu finden. Eine Seilbahn kann auch rückgebaut werden und dann ist alles wieder wie es vorher war. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir bitten die Landesregierung diese Variante, die effektiv von den Bürgern und auch von den Vertretern der Gemeinde in unseren Gesprächen vorgeführt wurde, mit ins Auge zu fassen.

TAUBER (SVP): Liebe Kollegen, ich darf mich gleich hier anschließen. Denken wir zurück in den 50er bzw. 60er Jahren, wo unsere Leute über die Grenzen hinausgegangen sind und versucht haben, dort ihre Arbeit zu finden. Ich will nicht sagen, dass es heute noch so ist. In der Zwischenzeit hat sich sehr viel getan. Ich denke diese neue Verbindung hat dem Obervinschgau wieder viel Kraft gegeben. Ich bin der gleichen Meinung, wir müssen heute modern denken, wir müssen unsere Umwelt schützen, wir müssen aber die Chancen auch nutzen. Ich denke, die Lebensqualität, die die Menschen dort oben haben, sind nicht immer die besten. Natürlich ist die Landschaft wunderbar, aber man muss auch leben können, man muss auch arbeiten können. Es muss sich die Familie entwickeln können, es soll auch die nächste Generation noch Arbeit haben. Unsere Philosophie war immer, die Leute in den Tälern zu halten, in den Dörfern zu lassen, die Verbindungen zu schaffen und dort arbeiten zu lassen, wo sie leben. Ich denke, das Territorium ist wunderbar und hat sich auch entwickelt. Wenn wir uns anschauen, was da oben ist, wenn der Tourismus nicht wäre, die ganze Bauernwirtschaft allein, die kleinen Höfe könnten heute effektiv nicht mehr überleben. Die Kombination mit Urlaub auf dem Bauernhof hat sie wirklich gestärkt. Diese Konzeption und es muss die Debatte noch stattfinden, ist wirklich eine Chance für den oberen Vinschgau, das Territorium weiterhin zu stärken, die Kompetenz als Tourismusdestination mit dem Schifahren zu stärken. Sie müssen nicht ein eigenes Schigebiet entwickeln, das steht ja dahinter, ich will nicht sagen Champions League, aber es spielt ganz weit oben mit. Ich denke, es geht um einen Zubringer. Wir haben absolut Mehrwerte mit geringeren Kosten, also diese ganze Konstellation ist nach wie vor zu überdenken. Es wäre eine Gesamtverbesserung für den oberen Vinschgau, ich möchte jetzt nicht nochmals die Zahlen aufzählen, die wir in den letzten Wochen vom Durchschnittseinkommen in Südtirol gelesen haben. Ich denke, es würde auch dort den Leuten helfen, sich weiter zu entwickeln.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io mi unisco alle parole del collega che mi ha preceduto, Tauber, e condivido in senso pieno, ciò smentisce anche le preoccupazioni di alcuni colleghi, come il collega Schuler, le cui parole facevano intendere come ci fosse una vena verde. La vena verde però, spieghiamolo bene, la vena ambientalista va spiegata bene, ci sono due correnti di pensiero profonde, la prima corrente di pensiero è quella per cui la natura è un oggetto da osservare, la seconda corrente di pensiero è quella che ritiene la natura patrimonio unico, insostituibile – io appartengo a questa seconda

corrente di pensiero –, ma la natura, come ogni oggetto del creato è uno strumento per il benessere, per il progresso, per la convivenza giusta e opportuna nel rispetto dei rispettivi ruoli fra l'uomo e gli altri oggetti del creato, appunto, ossia al centro c'è l'uomo, l'uomo ordina le cose e ovviamente deve avere rispetto per il suo ambiente naturale perché se non ha rispetto per il suo ambiente naturale, anche l'uomo more, è evidente.

Quindi io dico che è evidente che la nostra provincia ha una straordinaria tradizione in campo di tutela dell'ambiente e questa tradizione deve essere mantenuta, noi ne siamo orgogliosi, ma il nostro territorio ha saputo anche trovare il giusto equilibrio fra tutela dell'ambiente e utilizzo delle risorse ambientali per il benessere collettivo, per la collettività, per la comunità, che significa evidentemente l'impresa economica, che porta benessere, è stato accennato all'agricoltura di montagna, oggi da sola vivrebbe solo di assistenza, mentre invece agganciandosi ad altre opportunità economiche di sostentamento, ne può godere indirettamente, sappiamo come funziona, quindi in questo senso io, se devo scegliere – sono qua nel banco con il collega Nicolini e devo sempre stare attento come parlo – fra il partito del SÌ e del FARE e il partito del NO – non mi morda, collega Nicolini – io scelgo il partito del FARE, del fare e del SÌ, e quindi anche in questo caso, cioè difficilmente mi posso iscrivere al partito del NO a prescindere, io mi iscrivo al partito del SÌ, poi l'obiettivo e l'impegno da parte di tutti noi deve essere trovare quel giusto equilibrio, affinché la natura rimanga quello splendido patrimonio di cui siamo orgogliosi, ma che la natura ci possa anche permettere di far progredire questo territorio. Quindi non posso votare a favore di questa mozione. Grazie.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *Es ist klar, dass Urzi mit den Leuten draußen nicht geredet hat*, molti hanno detto "ho parlato con la gente fuori", ma Lei no, perché ha fatto un discorso totalmente astratto, non conosce il posto o, se lo conosce, lo conosce come sciatore.

Anche noi abbiamo parlato con le persone, sia dentro che fuori, che giù, ma soprattutto c'è da dire che ci sono due comitati che hanno dato parere negativo, il comitato che si occupa di questioni ambientali, paesaggistiche, eccetera e anche il comitato economico. Se voi vi ricordate, quando fu istituito questo comitato economico, noi avevamo parecchi dubbi, perché dicevamo "non è che qui l'impatto ambientale lo valuta, ci si mette un comitato economico, per cui se il comitato ambientale dà un giudizio negativo, però poi la Giunta può trovare come scusa un giudizio positivo del comitato economico. Ecco, in questo caso neanche il comitato economico ha dato parere positivo e lì arrivo ai colloqui che abbiamo avuto noi sia a Langtaufers che fuori sul lago di Resia, perché ci hanno spiegato che questo collegamento entra in diretta concorrenza con gli impianti su cui l'alta Val Venosta ha puntato fino adesso – cioè Schöneben, Belpiano direbbe Urzi – e che lì l'alta Val Venosta punta le sue carte e invece il rischio di questo collegamento è che in realtà, più che portare clienti sciatori o sciatrici da noi, trasferisca nostri turisti e nostre turiste in Austria. *Ist immer Tirol*, certo, però fa differenza, per la mummia di Ötzi la differenza l'ha fatta che fosse qua o fosse a Innsbruck, per adesso una certa differenza c'è se i clienti vengono da nord verso sud o da sud verso nord, anche in Tirolo fra i diversi *Skigebiete* c'è differenza. Quindi ci sono motivazioni di sviluppo economico dell'area, che hanno sconsigliato fortemente, almeno per il tipo di reazioni che noi abbiamo accolto, lo dico anche per il collega Tauber, proprio dal punto di vista economico.

LANZ (SVP): Danke, Herr Präsident. Für mich ist es ein bisschen verwunderlich, dass wir über das eigentliche Thema nicht sprechen. Wir reden zwar alle davon, wer mit wem gesprochen hat, aber wir erinnern uns nicht mehr an die Kompetenzen, die wir hier als Landtag haben. Als Landtag legen wir Gesetze und Normen fest und diese geben wir dann der Exekutive zur Ausführung und das ist die Landesregierung. Wenn wir auf den Punkt kommen, dass wir Gesetze festlegen und dann auch gleich schon sagen, wie die Landesregierung zu entscheiden hat, dann können wir uns einen Schritt sparen. Insofern ist dieser Beschlussantrag abzulehnen, weil wir hier eine ganz klare Trennung der Entscheidungsebenen haben und diese auch so gewollt ist. Danke.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Einbringerin Landtagsabgeordnete Frau Brigitte Foppa! Ich möchte mich dem Fraktionssprecher Gerd Land anschließen, er hat es auf den Punkt gebracht, und zwar ist folgendes: Wir sind hier in einem Verwaltungsverfahren und Frau Foppa, Sie wisse es auch aufgrund der Anfrage, dass diese sozioökonomische Kommission nochmals zusammenkommen muss, weil die Unvereinbarkeit einer Person gegeben war. Wir können nicht in ein Verfahren eingreifen, das eigentlich noch nicht abgeschlossen ist. Im April wurde diese Kommission nochmals zusammengestellt,

die Landesregierung wartet jetzt auf das Gutachten und wird sich dann mit der Schiverbindung Kaunertal-Taufers in Münstertal auseinandersetzen, wenn beide Gutachten rechtmäßig aufliegen. In diesem Sinne ist dieser Beschlussantrag heute abzulehnen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident. Kollege Lanz, ich versuche es aufgrund meiner nicht gerade langen Erfahrung, aber fünf Jahre sind es doch, zusammenzufassen, was wir im Landtag so treiben. Wir machen drei Dinge. Wir machen Gesetze. Wir können Anfragen stellen. Wir stellen Anträge an Dinge, die die Landesregierung dann tun muss. Es ist so. Wenn wir Gesetze machen als Minderheit, dann kommen die am Sankt Nimmerleinstag hier in Plenum, also machen wir sie nur für die Ehre und für die Schublade. Wenn wir Anfragen machen, dann sind wir lästig. Wir haben gerade in dieser Landtagswoche wieder gesehen, dass man nur auf die Nerven geht, wenn man Anfragen stellt. Man merkt den genervten Ton und manchmal auch den überbügeln den Ton, der uns entgegenströmt. Oh ja! Ich lade euch ein, hier zu sitzen und zu horchen, wie das von hier aus klingt. Wenn wir Beschlussanträge machen, dann sollten wir sie nicht machen, weil eigentlich entscheidet ja die Landesregierung. Dann glaube ich, haben wir hier eigentlich nichts mehr verloren. Wir führen noch ein paar Schulklassen durch den Landtag und ansonsten machen wir nichts mehr. Ich weiß nicht, jetzt bekomme ich wirklich ein Existenzproblem hier drinnen! Ich war eine fleißige Arbeiterin, habe Gesetze vorbereitet, die niemals hier drinnen diskutiert worden sind, die eventuell noch von der Mehrheit zum Teil abgeschrieben worden sind, aber meine wurden nie behandelt. Wenn wir mit den Anfragen nicht mehr weiterkommen und mit den Beschlussanträgen auflaufen, na dann, wozu brauchen wir einen Südtiroler Landtag? Also ich finde das nicht ok. Ich kann die Antwort der Landesrätin akzeptieren. Man könnte auf jeden Fall eine Grundsatzentscheidung annehmen, ich glaube, das könnte man auf jeden Fall verfahrenstechnisch tun. Aber dieser Ansatz, Kollege Lanz, nein, so nicht. Dass wir den Landtag so abwerten und alles nur als Zeitverlust verplumpen oder abbuchen, also das geht gar nicht!

Nochmals ein paar inhaltliche Antworten. Kollege Heiss hat immer gesagt, er sehnt sich zurück nach Kollegin Eva Klotz, die einen wirklichen Heimatschutz noch sehr ernst nahm. Kollege Zimmerhofer hat schon in der letzten Legislatur hier gesagt, er wäre für einen Zusammenschluss, wenn das die Landeshälften Tirol und Südtirol näher zusammenbringt. Ich sehe, dass diese ideologische Linie in euch verblieben ist.

Die Frage, die wir uns hier stellen müssen, ist die Frage, wie kann ein Tal, das auch in einer gewissen Einfachheit verblieben ist, wirtschaftlich überleben? Da gibt es verschiedene Ansätze. Das nehmen wir einfach wahr. Bestimmte Täler haben nachgerüstet, haben sich einem gewissen Tourismus verschrieben, wir können z.B. nach Tirol fahren und uns dort anschauen, welche Folgen es hat und ob es tatsächlich zu einem guten Überleben geführt hat. Andere Täler, die nehmen eben einen anderen Weg. Die überleben aufgrund ihrer Urtümlichkeit und ihrer Einfachheit. Das sind zwei verschiedene wirtschaftliche Ansätze, die bestimmte Talgemeinschaften gewählt haben. Ich glaube, es ist wichtig, die auch gleichberechtigt nebeneinander stehen zu lassen. Das gehört zur Vielfalt unseres Landes, dass es eben beides gibt. Ich kann einen Winterurlaub machen, wo ich von einem Lift zum nächsten "jette". Das macht vielen Menschen Spaß. Das bringt denen auch was, die die Infrastruktur und die entsprechende Tourismusunterlage bieten. Andere, die machen eben einen anderen Winterurlaub. Es wäre schade, wenn diese andere Art und vielleicht ist es ein Nischensegment, das mag schon sein, nicht mehr da wäre. Täler, wie das Langtaufere Tal zu einem Zubringertal zu degradieren, das glaube ich, das wäre sinnlos, gerade zu einem Zeitpunkt, wo ein Umdenken bei vielen Menschen stattzufinden beginnt. Also ich glaube, ich komme aus einer Familie, die Wintertourismus seit eh und je betreibt, dass es hier ein diversifiziertes Angebot gibt. Es gibt viele Arten von Gästen und ich glaube, wir sollten uns für Südtirol auch jene Gäste behalten, die einen einfachen Winterurlaub wollen, und jene Täler suchen, in denen das möglich ist, wo im Winter ein Naturerlebnis möglich ist. Das war der Hintergrund. Dann gibt es verschiedene Menschen. Viele von uns haben mit vielen verschiedenen Menschen gesprochen, verschiedene Ansätze, auch natürlich im Tal, das haben wir hier ein klein wenig widergespiegelt und das, glaube ich, hat der Demokratie nicht geschadet.

PRÄSIDENT: Frau Foppa, es ist nicht die Schuld der Mehrheit, dass Gesetzentwürfe der Minderheit nicht behandelt werden. Bei einer so großen Vielzahl von Beschlussanträgen kommen die Gesetzentwürfe eben nicht so schnell zur Behandlung. Deshalb ist es eine Sache der Minderheit und nicht schuld der Mehrheit.

LANZ (SVP): In persönlicher Angelegenheit! Es tut mir leid, wenn mir hier unterstellt wird, ein Demokratieverständnis wäre nicht vorhanden. Ich möchte eines klarstellen. Anscheinend gibt es unterschiedliche Auffassungen von Mehrheit. Einer spricht mit drei Leuten, das ist seine Mehrheit. Der andere spricht mit fünf Leuten, das ist dann seine Mehrheit.

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

LANZ (SVP): Für mich ist das persönlich.

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

LANZ (SVP): Für mich ist das eine Beleidigung.

PRÄSIDENT: Man muss sagen, es muss schon eine Beleidigung vorliegen, damit Sie sich in persönlicher Angelegenheit rechtfertigen können.

LANZ (SVP): Wer entscheidet, ob das eine Beleidigung ist?

PRÄSIDENT: Ich. Normalerweise müsste ich fragen....

LANZ (SVP): Dann bitte ich den Präsidenten, dass er meine Aussage rechtfertigt. Ich bin nicht gegen die Demokratie, ich bin nur dagegen, dass jeder seine Mehrheit interpretiert, wie er sie für sich will.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Beschlussantrag ab: mit 11 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 17 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 96/19 vom 29.4.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Alex Ploner, Franz Ploner, Unterholzner, Faistnauer und Rieder, betreffend Maßnahmen zugunsten der Pflegezentren für die Vogelwelt." (Fortsetzung)**

Punto 17) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 96/19 del 29/4/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Faistnauer, Alex Ploner, Franz Ploner, Rieder e Unterholzner, riguardante intervenire per sostenere la cura dell'avifauna." (continuazione)**

Der Beschlussantrag wurde bereits gestern begonnen und diskutiert. In der Zwischenzeit ist vom Abgeordneten Köllensperger ein Änderungsantrag eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Der verpflichtende Teil des Beschlussantrages wird wie folgt ersetzt: Aus diesen Gründen verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, einen Diskussionstisch mit der Vereinigung Crab, dem Amt für Jagd und Fischerei und den zuständigen Ämtern der Gemeinde Bozen einzurichten, um geeignete Lösungen in Bezug auf Unterbringung und Finanzierung ausfindig zu machen, mit dem Ziel eine Fortsetzung der Tätigkeiten dieser Vereinigung zur gewährleisten."

"La parte impegnativa della mozione viene sostituita come segue: Tutto ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale ad istituire un tavolo di discussione che coinvolga l'associazione Crab, l'ufficio provinciale Caccia e pesca e i competenti uffici del Comune di Bolzano per individuare soluzioni idonee in merito a locali e finanziamenti per consentire il prosieguo dell'attività social e della Crab."

Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung Ihres Abänderungsantrages, bitte.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident! Gemäß der Antwort des Landesrates Schulers von gestern habe ich folgende Änderung gemacht. Es bleibt natürlich die Verpflichtung schon aktiv eine Lösung zu suchen. Ich habe hier außer dem Amt für Jagd und Fischerei und der Vereinigung Crab selbst auch die Gemeinde Bozen eingebunden. Der Sinn soll jener sein, setzt euch zusammen, es geht um die Finanzierung und eine geeignete Unterbringung. Eines soll die Gemeinde liefern, das andere das Land. Es muss nicht alles das Land liefern, das verstehe ich, das ich auch gut so. Das Ziel hier ist, dass ein Diskus-

sionstisch entsteht, um eine Lösung für diese Vereinigung zu finden, die seit 16 Jahren eine Arbeit macht, die gesetzlich vorgeschrieben ist und zwar unentgeltlich, natürlich mit Finanzierungen aber größtenteils ehrenamtlich. Sie haben sich verdient, dass man ihnen das anerkennt und auch hilft, in Zukunft diese nützliche und notwendige Arbeit weiter machen zu können. Ich glaube, wenn wir alle möglichen Akteure an einem Tisch haben, dann wird keinem vorgegeben, was einer zu liefern hat, sondern alle Akteure haben es in der Hand, eine Lösung auszumachen. Danke.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Änderungsantrag? Landesrat Schuler, bitte.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Änderungsantrag entspricht eigentlich dem, was ich gestern bereits gesagt habe und zwar dass wir kein Problem darin sehen, im Gegenteil, einen solchen Tisch einzurichten, noch einmal mit den Direktinteressierten, in diesem Fall die Stadtgemeinde Bozen, Vertreter der Crab und mein Ressort, um hier eine Möglichkeit zu finden. Es hat diese Bemühungen in der Vergangenheit bereits gegeben, das möchte ich noch einmal unterstreichen, ich habe mich auch ein paarmal persönlich um die Sache gekümmert. Die Situation ist nicht ganz einfach, aber ich unterstreiche noch einmal das was ich bereits gestern gesagt und anerkannt habe, dass es hier sehr wohl um Personen geht, die sich sehr bemühen und viel Freizeit in diesen Bereich investieren. Auf der anderen Seite wird auch gerade von der städtischen Bevölkerung in Bozen das gerne in Anspruch genommen, um versetzte Tiere, Schwalben, Spatzen, was auch immer, dort hinzubringen. Damit das auch weiterhin so bleiben kann, - die Situation ist, wie gesagt, nicht eine ganz einfache aufgrund der Kompliziertheit der Struktur, - werde ich diesen Tisch gerne einrichten und noch einmal den Versuch starten, hier eine gemeinsame und tragbare Lösung zu finden. Es soll eine Lösung sein, die dann auch für die nächsten Jahre Gültigkeit hat, damit man diese Diskussionen nicht neu führen muss.

PRÄSIDENT: Wir stimmen nun über den so geänderten Beschlussantrag ab: mit 30 Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 19 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 10/19 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend ökologisch nachhaltig mit Stroh: Der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden."** (Fortsetzung)

Punto 19) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 10/19 dell'11.12.2018, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante edilizia ecosostenibile con la paglia: Sostenere case innovative, resistenti e di grande comfort abitativo."** (continuazione)

Es ist ein Änderungsantrag von den Abgeordneten Foppa, Staffler und Dello Sbarba eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Punkt 1 des beschließenden Teils erhält folgende Fassung: 1. dass die Klimahaus-Agentur mit IDM, Eurac und weiteren Akteuren, darunter auch die Wirtschaftsverbände, sich um die Verbreitung der Strohbauweise und des Wissens über Stroh als Dämmmaterial bemüht, die technischen Kenntnisse und den Forschungsstand entwickelt und mittels Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen bei Handwerker/Innen und Planer/Innen verbreitet;

Im Punkt 2 wird zu Beginn das Wort "weitere" eingefügt."

"Il primo punto della parte dispositiva è così sostituito: 1. a provvedere affinché l'Agenzia CasaClima assieme a IDM, Eurac e altri attori, tra cui anche le associazioni economiche, si adoperi per diffondere le tecniche di costruzione con la paglia e le conoscenze sulla paglia come isolante, per sviluppare le conoscenze tecniche e la ricerca, e, tramite iniziative di sensibilizzazione e formazione, le diffonda tra gli artigiani/le artigiane e i progettisti/le progettiste;

Nel secondo punto della parte dispositiva la parola "dei" è sostituita dalla parola "ulteriori"."

Es ist ein Änderungsantrag zum Änderungsantrag von den Abgeordneten Foppa, Staffler und Dello Sbarba eingebracht worden, der folgendermaßen lautet: "Der Änderungsantrag wird wie folgt ersetzt: Punkt 1 des beschließenden Teils erhält folgende Fassung: 1. dass die Klimahaus-Agentur mit IDM, Eurac und weiteren Akteuren, darunter auch die Wirtschaftsverbände, sich um die Verbreitung der Bauweise und Dämmung mit Stroh und anderen Naturmaterialien bemüht, die technischen Kenntnisse und den Forschungsstand ent-

wickelt und mittels Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen bei Handwerker/Innen und Planer/Innen verbreitet;

Im Punkt 2 wird zu Beginn das Wort ‚weitere‘ eingefügt."

"L'emendamento è così sostituito: Il primo punto della parte dispositiva è così sostituito: 1. a provvedere affinché l'Agenzia CasaClima assieme a IDM, Eurac e altri attori, tra cui anche le associazioni economiche, si adoperi per diffondere le tecniche di costruzione e isolamento con la paglia e altri materiali naturali, per sviluppare le conoscenze tecniche e la ricerca, e, tramite iniziative di sensibilizzazione e formazione, le diffonda tra gli artigiani/le artigiane e i progettisti/le progettiste;

Nel secondo punto della parte dispositiva la parola 'dei' è sostituita dalla parola "ulteriori"."

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident. Ja, das Thema hatten wir bereits. Wir hatten einen Änderungsantrag eingebracht und aufgrund von Diskussionen und Gesprächen, die wir unter uns Abgeordneten hatten, gibt es einen Ersetzungsantrag zum Änderungsantrag. Ich habe da verschiedene Anregungen eingebaut, insbesondere die Anregungen der Kollegen hier und auch des Landesrates, der mir die Unterlagen seiner Ämter ausgehändigt hatte. Wir hatten in der Zwischenzeit wie noch andere Kollegen eine Aussprache auch mit der Klimahaus-Agentur, die uns gesagt hat, dass man unterwegs ist und dass das durchaus ein zukunftsfähiger Weg ist, dass es schon Vorarbeit gegeben hat und deswegen würde sich dieser Antrag sozusagen darauf aufpflanzen.

Der Punkt 1 hat nun die Fassung erhalten: Der Landtag verpflichtet die Landesregierung, dass die Klimahaus-Agentur mit IDM, Eurac und weiteren Akteuren, darunter auch die Wirtschaftsverbände, (das ist neu dazugekommen) sich um die Verbreitung der Bauweise und Dämmung (die Dämmung ist dazugekommen) mit Stroh und anderen Naturmaterialien (die Naturmaterialien sind dazugekommen) bemüht, die technischen Kenntnisse und den Forschungsstand entwickelt und mittels Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen bei Handwerker/Innen und Planer/Innen verbreitet.

Im Punkt 2, wie vom Ressort des Umweltlandesrates gewünscht, wird das Wort ‚weitere‘ eingefügt. Wir kennen die alte Gewohnheit des Wortes ‚weiterhin‘, in diesem Fall eine Variante. Es gibt schon Kurse und soll weiterhin Kurse geben bzw. es soll weitere Ausbildungskurse geben.

Und den dritten Punkt, den belassen wir so, der wird anscheinend abgelehnt.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Brigitte Foppa, danke, dass dieser Antrag mit den verschiedenen Inputs aus dem Plenum, die hier gekommen sind, ersetzt wurde. Ich möchte betonen, und genau das fällt in den Bereich, was heute von den meisten hier abgelehnt wurde, man muss anregen, neue Materialien, Alternativen zu suchen, die einerseits funktionieren und bestenfalls auch kostengünstig sind. Unsere Unterstützung ist diesem Antrag sicher, weil wir glauben, er geht in die richtige Richtung.

LANZ (SVP): Wir hatten in der ersten Behandlung dieses Beschlussantrages daraufhin gewiesen, dass dieser Zusatz vorhanden sein sollte. Wie Kollege Leiter Reber auch gesagt hat, in dieser Form können wir diesem Beschlussantrag zustimmen. Ich hoffe Sie nehmen zur Kenntnis, dass wir auch Ihre Beschlussanträge unterstützen. Danke.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie. Quanto è stato proposto nell'emendamento è in linea con quello che avevamo concordato, quindi per i primi due punti non c'è sicuramente problema, il terzo, l'ho detto, dal punto di vista economico, non ho le risorse, per cui verrà respinto, quindi faremo la votazione separata sui tre punti.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung des Beschlussantrages. Wie von Landesrat Vettorato beantragt, stimmen wir getrennt über den so abgeänderten Beschlussantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 29 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 27 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 28 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Wir kommen nun zu Punkt 20 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 18/18. Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten! Su questo c'è un emendamento in arrivo e quindi chiedo che possa essere rinviato.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Ich gebe Ihrem Antrag statt. Die Behandlung dieses Beschlussantrages wird vertagt.

Nachdem nur noch 2 Minuten für die Zeit der Opposition zur Verfügung stehen, schlage ich vor, nun die Akte der Landesregierung oder der Abgeordneten der Mehrheit zu behandeln.

Punkt 84 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 66/19 vom 14.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Ladurner, Tauber, Hochgruber Kuenzer Widmann, Locher, Vallazza, Alfreider, Achammer, Lanz, Schuler und Renzler, betreffend Informationen über die Zusammensetzung der Landes- und Regionalregierung."**

Punto 84) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 66/19 del 14.3.2019, presentata dai consiglieri Ladurner, Tauber, Hochgruber Kuenzer Widmann, Locher, Vallazza, Alfreider, Achammer, Lanz, Schuler e Renzler, riguardante informare sulla composizione della Giunta provinciale e regionale."**

Informationen über die Zusammensetzung der Landes- und Regionalregierung

Die Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierung, bestehend aus dem Landeshauptmann/Landeshauptfrau und einer variablen Anzahl von Landesräten/innen ist im Autonomiestatut geregelt. Dieses sieht die Verteilung der Ämter an die deutsche und italienische Sprachgruppe im Südtiroler Landtag im Verhältnis zu ihrer dortigen Vertretung vor. Seit einer Abänderung des Art. 50 des Autonomiestatutes im Jahre 2001 kann der ladinischen Sprachgruppe, unabhängig von der proportionalen Vertretung im Landtag, auf jeden Fall eine Vertretung in der Landesregierung zuerkannt werden.

Auch die Anzahl der Regionalregierungsmitglieder wird nach dem Proporz- und Geschlechter Schlüssel bestimmt und diesem zufolge werden die einzelnen Ämter vergeben. Die Regionalassessoren werden – wie die Landesräte/innen im Landtag – aus der Mitte des Gremiums gewählt. Bei der Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierung sowie der Regionalregierung der Autonomen Region Trentino Südtirol müssen oben genannte rechtlichen Aspekte hinsichtlich Sprachgruppenzugehörigkeit und Geschlechterquote strikt eingehalten werden. Vorausgesetzt, dass alle rechtlichen Rahmenbedingungen bekannt sind, erfordert dies zumeist Verhandlungen im Vorfeld, die einen gewissen politischen Spielraum zulassen.

Die Landtags- und Regionalratswahlen haben am 21. Oktober 2018 stattgefunden. Vier Monate später wurde als letzter Akt die Regionalregierung für die angelaufene Legislatur bestellt. Das entspricht zwar in etwa auch dem Zeitrahmen, der in der Vergangenheit dafür benötigt wurde, jedoch führen Rechtsunsicherheiten aufgrund einer unzureichenden Transparenz der einzuhaltenden Regelungen zu Verzögerungen, die für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar sind.

Unverständnis und Unmut in der Bevölkerung waren die Folge. Die Zusammensetzung der Gremien muss den Südtirolerinnen und Südtirolern genau erklärt werden. Das Prozedere muss künftig für jedem transparenter, einsehbar und nachverfolgbar werden.

Dies vorausgeschickt,

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung

- dafür Sorge zu tragen, dass unmittelbar und spätestens zehn Werktage nach den nächsten Landtagswahlen durch die Landesverwaltung die rechtliche Zusammensetzung der Landesregierung (laut Sprachgruppen und Geschlechter) bei variabler Mitgliederanzahl in verständlicher Sprache auf der Website des Landtages veröffentlicht wird und so für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und einsehbar ist.

Dies kann übersichtlich in tabellarischer Form erfolgen, wobei die mögliche Anzahl der Regierungsmitglieder in den Zeilen angegeben wird und die Mitglieder nach Sprachgruppe und Geschlecht in den Spalten – vorbehaltlich der Wählbarkeit aller Landtagsabgeordneten.

- Für dieses Verfahren eine Verantwortliche oder einen Verantwortlichen im Landtag zu benennen.

Informare sulla composizione della Giunta provinciale e regionale

La composizione della Giunta provinciale di Bolzano, con il o la presidente della Provincia e un numero variabile di assessori e assessore, è stabilita dallo Statuto di autonomia il quale prevede che nella distribuzione delle cariche ai gruppi linguistici italiano e tedesco ci si debba adeguare alla loro rappresentanza in Consiglio provinciale. Dalla riforma dell'articolo 50 dello Statuto di autonomia del 2001 il gruppo linguistico ladino può trovare posto in Giunta indipendentemente dalla sua rappresentanza in Consiglio provinciale.

Anche il numero dei componenti della Giunta regionale è stabilito partendo dalla consistenza dei gruppi linguistici e nel rispetto di una quota di genere. Sulla base di questi criteri sono poi assegnate le singole cariche. Gli assessori e le assessore regionali sono eletti tra i componenti del Consiglio regionale, così come gli assessori e le assessore provinciali sono eletti tra i componenti dell'organo provinciale.

Nella composizione della Giunta provinciale di Bolzano e della Giunta della Regione autonoma Trentino-Alto Adige-Südtirol i succitati criteri previsti per legge, concernenti l'appartenenza al gruppo linguistico e la quota di genere, vanno rigorosamente rispettati. Premesso che il contesto giuridico è noto, prima di arrivare a dette nomine sono in genere necessarie trattative che consentono un certo margine d'azione a livello politico.

Le elezioni regionali e provinciali si sono svolte il 21 ottobre 2018. Quattro mesi dopo, quale ultimo atto, è stata eletta la Giunta regionale della presente legislatura. Il tempo necessario per giungere alla sua formazione è stato più o meno quello impiegato nelle passate legislature, ma le incertezze giuridiche dovute a una insufficiente trasparenza delle normative da applicare hanno portato a ritardi incomprensibili per le cittadine e i cittadini.

Tutto questo ha generato perplessità e malumori nella gente. Bisogna quindi spiegare chiaramente alle altoatesine e agli altoatesini come si compongono questi organi. Il modo di procedere deve risultare chiaro, trasparente e comprensibile per tutti.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- di fare in modo che immediatamente, e al più tardi dieci giorni lavorativi dopo le prossime elezioni provinciali, l'amministrazione provinciale pubblichi sul suo sito internet in un linguaggio semplice la composizione della Giunta provinciale, numericamente variabile e così come prevista per legge, sulla base della consistenza dei gruppi linguistici e nel rispetto di quanto stabilito per l'equilibrio di genere, in un modo che sia chiaro e comprensibile per le cittadine e i cittadini.
- Ciò può avvenire con l'ausilio di una tabella, indicando nelle righe il numero possibile di componenti della Giunta e nelle colonne i/le componenti per gruppo linguistico e per genere – fatta salva l'eleggibilità di tutti i consiglieri provinciali e tutte le consigliere provinciali.
- di nominare in Consiglio provinciale una o un responsabile del procedimento.

Ich ersuche nun die Erstunterzeichnerin, Abgeordnete Ladurner, um die Erläuterung des Beschlussantrages, bitte.

LADURNER (SVP): Vielen Dank, Herr Präsident! Im Grunde genommen handelt es sich hierbei um den zweiten Teil in der Mission etwas Transparenz und Überschaubarkeit bei der Zuteilung der Regional- und Landesregierung zu erhalten. Wie auch im Beschlussantrag, den ich im Regionalrat eingereicht habe, geht es um die Zusammensetzung hier jetzt der Landesregierung. Im beschließenden Teil steht: dafür Sorge zu tragen, dass unmittelbar und spätestens zehn Werktage nach den nächsten Landtagswahlen durch die Landesverwaltung die rechtliche Zusammensetzung der Landesregierung (laut Sprachgruppen und Geschlechter) bei variabler Mitgliederanzahl in verständlicher Sprache auf der Website des Landtages veröffentlicht wird und so für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und einsehbar ist. Dies kann übersichtlich in tabellarischer Form erfolgen, wobei die mögliche Anzahl der Regierungsmitglieder in den Zeilen angegeben wird und die Mitglieder nach Sprachgruppe und Geschlecht in den Spalten – vorbehaltlich der Wählbarkeit aller Landtagsabgeordneten. Für dieses Verfahren muss natürlich eine Verantwortliche oder einen Verantwortlichen im Landtag benannt werden. Ich würde mich auf Ihre Unterstützung freuen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Ma c'era un emendamento su questo?

LADURNER (SVP): No.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Mi ero perso. Una correzione tecnica, che però credo che sia necessaria: al punto 2 della parte impegnativa si dice "Ciò può avvenire con l'ausilio di una tabella, indicando [...] – fatta salva l'eleggibilità di tutti i consiglieri provinciali e tutte le consigliere provinciali", però è prevista anche la possibilità di avere assessori esterni e quindi io credo che questa casistica debba essere valutata, lo dico alla collega, perché altrimenti non è coerente il ragionamento, perché laddove c'è l'assessore esterno, dove lo colloca? Questo è un aspetto tecnico, nel senso che io chiedo se vuole andare avanti con questa cosa, sia adeguata, perché siccome c'è scritto proprio "fatta salva l'eleggibilità di tutti i consiglieri provinciali e tutte le consigliere provinciali" e si specifica solo di questi, in teoria non sono solo questi che possono essere eletti.

Secondo: a me piacerebbe che nel dibattito, in maniera anche più ampia rispetto a come è formulato nelle premesse, si chiarisca il senso, cioè il forte imbarazzo è nato da cosa, come esperienze personali? Sarebbe interessante sapere, perché se uno arriva a presentare una mozione così sulla formazione della Giunta, mi verrebbe da dire che sarebbe da fare soprattutto in Regione una cosa così, perché lì altro che problemi sul numero degli assessori, abbiamo visto poi le problematiche su quanti dovevano essere, poi appartenenti al PATT, si è scoperto all'ultimo momento che appartenevano alla maggioranza e non alla minoranza, insomma tutta una serie di cose.

Dopodiché i cittadini forse dovrebbero essere più attenti alle cose della politica, perché adesso, imboccarli su tutto, alle volte mi viene un po' qualche sospetto, nel senso che o il cittadino ha la capacità di capire gli elementi fondamentali, ma se non ci arriva, va bè glielo si può spiegare anche con i disegni, ma alla fine non ci arriva lo stesso, è questione di applicazione, il cittadino se vuole capire le cose le vuole capire, se si vuole fare un argine al populismo e alle polemiche circa "ah, ci hanno messo troppo", "si sono spartiti le poltrone", qualunque argomento si usi, il cittadino lo dirà lo stesso, perché Lei pubblica sul sito internet questa tabellina, il cittadino che non vuole capire non leggerà la tabellina e dirà lo stesso che vi state spartendo le poltrone, che è tutto un magna magna, che ognuno si fa gli affaracci suoi. Purtroppo è così, quindi è un argine al populismo, ma che serve a niente arginare il populismo. Tutto qua, grazie.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich möchte nur zum technischen Aspekt etwas sagen. Es geht darum, dass die Bestimmungen vorsehen, dass die Regierungen das Sprachgruppenverhältnis widerspiegeln müssen, wie es in den gewählten Gesetzgebungsorganen vertreten ist. Da haben die Externen noch nichts zu sehen. Es geht um diese Informationen. Auch bei der Benennung von Externen muss man diese Rechnung berücksichtigen. Die Rechnung ist aber immer nur auf die gewählten Abgeordneten. Somit besteht das Problem nicht. Noch einmal, ich muss mich darauf beziehen, wie viele der jeweiligen Sprachgruppe können in einer Regierung sein, aufgrund der Zusammensetzung des Landtages bzw. des Regionalrates der Gewählten. Dort sitzen die Gewählten. Externe kommen später. Auch bei der Ernennung der Externen muss ich dieses Verhältnis berücksichtigen. Die Externen zählen in diesem Sinne nicht und somit stellt sich Ihr Problem nicht. Also stimmt der Antrag. Secondo me il problema non si pone.

Zum Fall, il caso, der ist in Bezug auf die Regionalratssituation entstanden, ich denke es ist kohärent, wenn man es für das eine Gremium vorsieht, dass man es auch kohärenterweise für das andere vorsieht. Dass es veröffentlicht wird, das ist eine Hilfe für alle Beteiligten, die dem auch Rechnung tragen müssen, für diejenigen, die zur Entscheidung gebeten werden aufgrund der Wahl auch einen Regierungsantrag wahrnehmen wollen und entsprechend die Besetzung der Gremien vornehmen müssen, aber es ist auch für die Bürger die Erklärung, dass eben bestimmte Regeln zu berücksichtigen sind. Ich halte das für vernünftig und nützlich und ich stimme Ihnen zu, Kollege Urzi. Allein deshalb werden die Kommentare und die Kritik nicht aufhören. Aber warum soll man es machen? Es kann durchaus nützlich sein.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Wie auch mein Vorredner Alessandro Urzi gesagt hat, beim Landtag hat es keine großen Zweifel gegeben. Man hat aus allen Zeitungen relativ schnell entnehmen können, also auch für jemanden, der die Regeln unseres Landtages nicht so gut kennt, war es relativ klar wie die Zusammensetzung sein wird. Natürlich kann es variieren, es können 8 oder 9 Mitglieder in der Regierung sein. Das ist klar. Deswegen wird es hier so oder so eine komplexe Tabelle. Der schlechte Eindruck, der bei der Bevölkerung entsteht, ist vor allem im Regionalrat entstanden. Es ist aber nicht so sehr wie die Zusammensetzung sein muss, wie viele Frauen, wie viele Deutsche, wie viele Italiener, wie viele Südtiroler, wie viele Trentiner. Der schlechte Eindruck ist, der bei der Bevölkerung entsteht, weil einem ziemlich bewusst wird, dass es eine Skala gibt. Zuerst wird die Südtiroler Landesregierung versorgt, wer da zu kurz gekommen ist, bekommt einen Landtags- oder Kommissionsposten, dann kommt die Regionalregierung und ganz zum Schluss kommt noch der Regionalrat. Durch die Medien entsteht dieser Eindruck, der sich die Posten aufteilt, wobei man sich natürlich die Posten aufteilen muss, weil man das Personal aufteilen muss. Aber der Eindruck, dass hier ein Geraufe ist, wer die bestdotierten Jobs bekommt, das ist das Schlimme. Dieser Eindruck ist hier öfters generiert worden und an dem sollte man arbeiten, nicht so sehr an der Information wie eine Regierung zusammengesetzt ist. Obwohl es hier offenbar bei der Regionalregierung Missverständnisse gegeben hat. Ob sie taktischer Natur waren oder nicht, ist schwer zu sagen. Bei der Regionalregierung hat es vielleicht ein bisschen gehapert, aber das ist eher die Ausnahme. Der Eindruck des Postenschachers, das ist hier die Rede. Man sollte sich in der Kommunikation bemühen, dass dies in der Zukunft etwas weniger entsteht als in der Vergangenheit.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ihr kennt das bestimmt alle: Es gibt Flecken, die gehen einfach nicht mehr raus. Die kann man waschen und waschen, die bleiben und gehen einfach nicht mehr raus. Ich finde das Bemühen absurd, das ganze Theater, das passiert ist, rund um die Postenerstellung, wie viele Leute bestückt werden, Jasmin rein, Jasmin raus. Ich kann verstehen, Kollegin Ladurner, dass Ihnen das sehr wichtig ist, dass man hier Sie zumindest sozusagen aus der Schutzlinie bekommt. Das Problem war, dass die Tabelle nicht online war. Das Autonomiestatut ist relativ klar und dort sind auch die Quoten klar. Was das Autonomiestatut nicht kennt und das war das, was uns alle ein bisschen aufgeregt hat, war die Geschichte um den Vizepräsidenten. Wenn der dann ein Deutscher ist, ... usw. Ich möchte die ganze Geschichte nicht mehr aufrollen. Das steht im Statut klar drinnen, der Stellvertreter gehört der deutschen bzw. der Minderheitensprache an. Das Statut kennt nicht das switchen, zweieinhalb Jahre macht der Südtiroler den Präsidenten und zweieinhalb Jahr der Trentiner. Das ist es. Das Statut ist schon in Ordnung. Das Agreement, das dann gefunden worden ist, passt nicht zum Statut und ist nicht Teil davon. Ob es dann für uns ein Vorteil oder ein Nachteil ist, das ist eine andere Sache. Ich glaube auch, dass es nicht um die Quote selbst geht, sondern wie man das dann argumentiert. Das war das was die Leute aufgeregt hat, nicht die Quoten an sich, die gehen aus, wie sie ausgehen. Das ist auch für die Südtiroler Bevölkerung kein großes Dilemma, wenn die Wahlen entschieden sind, sind sie entschieden und sie werden nach dem vorgegebenen Proporz aufgeteilt. Darüber braucht man nicht reden. Ich habe das Gefühl und deshalb war ich im Regionalrat auch dagegen, dass man das Ganze ein bisschen abtun will und retuschieren will, anstatt zu sagen, machen wir es das nächste Mal einfach besser als es das letzte Mal war. Das wäre der sinnvollere Weg, glaube ich.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident. Ich stelle mir hier die Frage in Bezug auf den Zeitpunkt. Die Gewählten treten erst das Amt nach der Angelobung an. Bis dahin ist gar nichts klar. Eines ist die Überprüfung in Bezug auf die Wählbarkeit, ob der Gewählte das Amt überhaupt annehmen darf, oder er überhaupt zur Angelobung erscheinen darf, um das Amt anzunehmen. Erst ab dem Zeitpunkt wo

man der Angelobung zustimmt, hat man das Amt inne. Erst ab da ist es dann auch klar und das kann erst zu einem späteren Zeitpunkt sein, und nicht wie es hier steht, innerhalb der ersten zehn Werkstage. Dadurch dass das Wahlgesetz sagt, dass die Regierung bis zu zehn Mitgliedern (Landeshauptmann plus neun Mitglieder) bestehen kann, gibt es auch da eine variable Anzahl. Die kann sich auch innerhalb einer bestimmten Zeit noch verändern. Vielleicht hat man zuerst vor, nur sieben Mitglieder in die Landesregierung zu holen und dann entscheidet man sich doch auf neu zu erhöhen. Das Ganze kann eigentlich noch mehr Verwirrung stiften, gerade wenn man es transparent macht. Wie es in dieser Legislatur gelaufen ist, ... ich will es gar nicht rechtfertigen oder gutheißen, die Zeit ist jene gewesen, die sie war. Viele Menschen aus der Bevölkerung hat es verärgert, dass es so lange gedauert hat, aber es wurden eben die verschiedenen Gespräche mit den verschiedenen Parteien geführt, um erst einmal die Ziele kennenzulernen und in Erwägung zu ziehen, mit wem man überhaupt die Koalition eingehen will. Deshalb frage ich mich, ob das Ganze nicht zu mehr Verwirrung führt als den eigentlichen Zweck zu erfüllen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Sull'ordine dei lavori. Rapidissimamente, presidente, solo per annunciare che ho presentato un emendamento che recita così: "si aggiungono le parole 'e la possibilità di chiamata esterna degli assessori'", che serve per specificare il senso completo, tecnicamente il presidente Kompatscher ha ragione nel definire che la tabella poi deve essere riempita, però il testo dice che sono eleggibili i consiglieri della Provincia – adesso ho perso le carte, fra 7.000 fogli che ho sottomano ... –, salva l'eleggibilità di consiglieri provinciali. È vero, salva l'eleggibilità, questo è evidente, ma se si fa la tabella dal mio punto di vista, se si vuole essere chiari verso i cittadini, forse ricordare che comunque gli assessori non vengono espressi solo fra gli eletti, sarebbe meglio. Semplicemente – concludo – l'emendamento prevedeva quindi l'aggiunta "salva l'eleggibilità [...] e la possibilità di chiamata esterna degli assessori." Dal mio punto di vista è più completo, chiaro e leggibile il testo a prescindere dal fatto che lo si voglia approvare o no, però ovviamente sta nelle mani della prima proponente la mozione il decidere e la proponente deciderà se approvarlo oppure no. Grazie.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten eine Frage an den Landtagspräsidenten und an das Landtagspräsidium, und zwar ob Sie uns erklären könnten, ob es überhaupt geht, dass man vor Angelobung schon die Zusammensetzung der Landesregierung festlegt. Solange ein Abgeordneter im Landtag nicht angelobt ist, ist er noch kein Abgeordneter. Man weiß gar nicht, wie das Verhältnis der Sprachgruppen im Landtag ist. Es könnte sein, dass ein deutscher Abgeordneter, der gewählt wurde, sein Amt nicht antritt, dann rückt vielleicht eine Italienerin nach, also verschiebt sich das Verhältnis der Sprachgruppen. Das weiß man zehn Tage nach der Wahl noch nicht, weil noch keine Angelobung im Landtag war. Ich habe nichts gegen die zehn Tage, ich möchte es nur rechtlich geklärt haben, ob das überhaupt geht oder ob es sinnvoll wäre zu schreiben, zehn Tage nach der Angelobung. Da weiß man effektiv, wer im Landtag ist und wie sich die Landesregierung zusammensetzt. Ich würde also Sie bitten, das zu klären.

PRÄSIDENT: Also meiner Meinung nach, ist das informell. Es sollte tabellarisch bekannt gegeben werden, denn die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung ist ja auch noch nicht festgelegt, und da verschiebt sich auch alles. Man nimmt an, wenn 7 sind, wenn 8 sind, wenn 9 sind und wenn 10 sind.

Der Antrag geht an die Landesregierung und nicht an den Landtagspräsidenten, also wird sicherlich der Landeshauptmann dazu in seiner Stellungnahme antworten.

LANZ (SVP): Ich denke schon, dass diese Maßnahme sinnvoll ist. Wir wissen auch, dass es bei der Zusammensetzung der Gesetzgebungskommissionen ähnliche Diskussionen gab in Bezug auf der Sprachgruppe. Vor allem in der heurigen Situation, wo wir zum ersten Mal die Situation hatten, dass zwei ladinischsprachige Mitglieder im Landtag waren, da hat sich das Kräfteverhältnis komplett verschoben. Insofern ist es wichtig, wenn gleich zu Beginn eine Tabelle erstellt wird mit den verschiedenen Möglichkeiten, aufgrund der dann der Proporz berechnet wird und aufgrund der dann die Zusammensetzung der Landesregierung aussieht. Natürlich gibt es dann im Zuge der Diskussionen oder besser gesagt nach der Angelobungen noch Änderungen oder Möglichkeiten, dass sich etwas verschiebt, aber dann kann man die Tabelle anpassen. Ich glaube, wichtig ist, dass man am Beginn sagt, das ist das Wahlergebnis und basierend darauf wird die Zusammensetzung der Landesregierung erstellt. Ich glaube nicht, dass das zur Verwirrung beiträgt, das wäre

das erste Mal, dass Transparenz zur Verwirrung beiträgt. Transparenz sollte mehr Information streuen und nicht verwirren.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie. Io non pensavo di intervenire, perché è una mozione che chiede un qualcosa di abbastanza scontato, è come se ci fosse una mozione che ci chiede di decidere che oggi è il 16 maggio e quindi si vota.

Però una riflessione non me la posso tenere dentro di me, la vorrei condividere: perché dopo 60, 70 anni di storia del *Landtag*, dove queste cose non sono mai state necessarie, viene fuori una mozione dove bisogna fare una tabella per stabilire una cosa ovvia e cioè la composizione della *Landesregierung*, poi si può aggiungere quella della commissione? Le tabelle ci sono sempre state, chi le faceva? Le facevano o i segretari generali, ma innanzitutto il giorno dopo le elezioni le tabelle ce le aveva il partito di maggioranza in tasca, già fatte e se questa volta il partito di maggioranza le tabelle le ha sbagliate, è perché non funzionano più i partiti, questo è il problema, perché quando i partiti funzionavano, non c'era bisogno di tabelle, le tabelle c'erano, tutti sapevano cosa bisognava fare. E allora noi si vota questa mozione, però guardate che questa mozione è un *Armutszugnis den Parteien gegenüber*, questa è la verità e questo lo volevo dire.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident, danke auch für den Auftrag, den Versuch zu unternehmen, etwas Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Es handelt sich bei diesem Vorschlag darum, dass sowohl die Gewählten, die Parteien, diejenigen, die dann entsprechend den Auftrag haben, die Gremien zusammenzustellen, als auch die Bürgerinnen und Bürger nach der Wahl so bald wie möglich erfahren, aufgrund dieses Wahlergebnisses, wie würde dann die Zusammensetzung ausschauen, angenommen der unterschiedlichen Hypothesen, die das Gesetz vorsehen, bei einer Landesregierung von 7, 8, 9, 10, 11 Mitgliedern. Das ist leicht darstellbar. Das lässt sich mit einer Excel-Tabelle in zwei, drei Minuten machen, die kann man ins Netz stellen und sagen, das ist die Information. Dann müssen Medien nicht spekulieren und wir auch nicht. Wenn man das macht, ist es eine Dienstleistung. Das Ganze erfolgt, Kollege Urzi und Kollege Knoll, natürlich dann sicherlich mit irgendeiner Anmerkung "vorbehaltlich". Es könnte ja sein und das wollen wir nicht hoffen, dass jemand einen Unfall hat und auch zu einem späteren Zeitpunkt die Sprachgruppenzusammensetzung des Landtages sich ändert. Wir müssen dem Statut immer Rechnung tragen, dann würde das auch wieder passieren. Deshalb wird man das klären. Vorbehaltlich, dass es zum Zeitpunkt der Bildung der Landesregierung so bleibt. Wir haben die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, das kann man zu diesem Zeitpunkt normal als Fotografie hineinstellen: unter diesen Voraussetzungen wäre das die mögliche Zusammensetzung. Das kann eine Hilfe sein. Ich habe es auch vorher schon gesagt, es wird deshalb nicht jede Polemik vom Ganzen nehmen, aber es kann eine Hilfe sein.

Kollege Köllensperger es ist auch so, das dem Ansehen der Politik auch schon dadurch gedient wäre, dass man selbst nicht immer genau diese Vorurteile schürt, dass die Politik nur Postenschacher wäre. Es ist halt so, dass nach Wahlen tatsächlich diese Gremien besetzt werden müssen. Das ist der Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler geben. Wenn man darüber diskutiert, wer soll welches Amt übernehmen, wer übernimmt dann das jeweils andere Amt, wie trägt man der Tatsache Rechnung, dass in unserem Land eben auch der Sprachgruppenzugehörigkeit Rechnung zu tragen ist, auch dem Geschlechterverhältnis, auch möglicherweise anderen Fragen, die politischer Natur sind. Nur allein diese sind institutioneller Auftrag. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass allein diese ganz normale Erfüllung der Pflicht inzwischen schon gerne als Postenschacher dargestellt wird. Das ist natürlich ein Thema, das man gerne hat. Schade ist es, wenn politische Parteien das selbst tun und somit dem Ansehen der Politik insgesamt schaden und dazu Beitrag leisten und sich dann vielleicht dadurch hübsch machen beim Wähler mit der Absicht zu zeigen, diese Politiker wollen wir nicht, wir sind ja keine Politiker. Diese Haltung gibt es seit vielen, vielen Jahren leider schon immer öfter und ich finde, damit schadet man der Demokratie. Man schadet damit der ganzen Sache, wenn man das schürt.

Dann, es ist klar, dass diese Dinge eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Danke, Kollegin, Atz Tammerle, dass Sie das auch ganz offen angesprochen haben. Ich verweise noch auf eines, es hat eine gewisse Zeit gebraucht insbesondere deshalb, weil es eine neue Regierung gegeben hat, also neue Parteien, die zusammenarbeiten. Da hat man auch mehr Zeit gebraucht, sich über die Themen zu einigen. Wir haben tatsächlich gearbeitet. Wir sind viele, viele Stunden zusammengesessen. Man muss sich wirklich, nennen wir es so "zusammenraufen" bei bestimmten Themen. Aber ganz nebenbei bemerkt, bitte schauen Sie sich an, wann immer die Landesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten gebildet worden sind. Wir waren gerade mal

eine Woche über den Durchschnitt. Das hat "weiß Gott wie lange gedauert." Das stimmt gar nicht. Auch das ist Ausdruck dieses Klimas, dass man jetzt plötzlich alles zum Skandal erklärt und alles schlimm macht. In Wirklichkeit ist es so, wenn wir selbst dazu beitragen, dann schaden wir uns. Es waren gerade eine Woche oder zehn Tage mehr als es üblicherweise waren. Also dass es ewig lange gedauert hat, das stimmt einfach nicht. Aber auch das wird ständig erzählt.

Ich wünsche mir, dass wir etwas fairer miteinander umgehen. Dann kann es sein, dass man Dinge besser machen kann, ohne weiteres, auch in der Kommunikation und es sollte eine Hilfestellung dahingehend in diesem Antrag sein, dass man es eben besser machen kann. Dadurch wird es nicht perfekt, aber man hat ein Hilfsmittel mehr zur Hand. Anlassfall war die Regionalregierung, das stimmt. Aber es ist konsequent zu sagen, wenn wir es dort machen, dann machen wir es hier auch.

Wir stimmen diesem Antrag in diesem Sinne natürlich gerne zu. Noch einmal Kollege Urzi, die Änderung ist nicht notwendig, weil man das anmerken wird. Ich glaube hier liegt ein Missverständnis vor. Es geht darum auf der Tabelle darzustellen, aufgrund der Sprachgruppenzusammensetzung wie eine Landesregierung mit 7, 8, 9, 10, 11 Mitgliedern aussieht. Dann wird man anführen, natürlich können auch externe ernannt werden. Die sind aber innerhalb dieser Zahlen enthalten. Wir können nicht mit externen auf 12, 13, 14 Landesregierungsmitgliedern aufstocken, das würde das Gesetz nicht zulassen. Das stellt die Tabelle dar, das bildet sie schon ab. Es gibt die Information. Die Tabelle stellt dar, wie die Landesregierung sprachgruppenmäßig zusammengesetzt sein muss, aufgrund der Situation der Gewählten im Landtag. Das kann die Tabelle genau in dieser Form darstellen.

LADURNER (SVP): Im Grunde wurde auf sämtlichen Fragen vom Landeshauptmann schon geantwortet. Nur eines ist mir noch ganz wichtig zu betonen und hier nochmals festzuhalten. Im Grunde handelt es sich hier um eine ganz einfache Maßnahme. Gerade hat mir der Generalsekretär eine Tabelle gegeben, wie sie bereits ich glaube zehn Minuten nach dem amtlichen Ergebnis der Landtagswahlen ausgearbeitet wurde. Es geht wirklich sehr schnell. Es geht nur darum, dass auch auf regionaler Ebene alles funktioniert und dass natürlich für die Personen, die hier involviert sind, und aber auch diejenigen Bürger, die daran interessiert sind, teilhaben können, dass diese sich informieren können und eben sämtliche Informationen haben. Das ist hier wichtig, nochmals zu betonen.

Ich möchte auf die Frage von Kollegin Atz Tammerle eingehen. Natürlich kann es zu Verschiebungen kommen. Es kann sein, dass einer der Kolleginnen oder Kollegen nicht wählbar war, oder dass sich bei der Angelobung noch einmal etwas verschiebt. Falls es zu Verschiebungen bei der Sprachgruppe oder bei den Geschlechtern gibt, dann kann sich selbstverständlich auch der Schlüssel verändern. Dementsprechend verändert sich auch diese Tabelle. Dann sind wir wieder beim alten und somit stiftet diese Tabelle nicht Verwirrung, sondern nur Klarheit und Transparenz. Ich glaube Transparenz ist etwas, was wir hier alle vertreten und unterstützen und insofern auch Grundlage dieses Beschlussantrages ist.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 66/19: mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 9 Stimmenthaltungen genehmigt.

Punkt 85 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 74/19 vom 21.3.2019, eingebracht von der Abgeordneten Amhof, betreffend Sonn- und Feiertagsöffnungen."**

Punto 85) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 74/19 del 21/3/2019, presentata dalla consigliera Amhof, riguardante aperture domenicali e festive."**

Sonn- und Feiertagsöffnungen

Advent – alles rennt... zum Einkaufen, zum Vergleichen, zum Zeitvertreib. Anfang Jänner werden Lichterketten und Weihnachtsschmuck durch überdimensionale Schilder ersetzt, die zur Schnäppchenjagd einladen. Winterschlussverkauf. Regale leeren sich. Schaufenster zeigen den Frühling und werben mit Midseason-Angeboten... Und so jagt ein Angebot das andere. Das ganze Jahr hindurch. Sieben Tage in der Woche besteht die Möglichkeit zum Einkaufen. Pause keine. Nicht für die Angestellten und nicht für die Konsumenten.

Besonders in unserer schnelllebigen Zeit täte eine kleine Unterbrechung oft sehr gut. Ein Ruhetag – ein Sonntag, wie er früher einmal war. Der Sonntag hat durch die Liberalisierung der Öffnungszeiten an Bedeutung verloren.

Über die Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten wird viel diskutiert – im Handel ist man sich nicht einig. Einkaufszentren und größere Einzelhandelsbetriebe wollen auf den Sonntag nicht verzichten, denn: Ist das Geschäft nicht geöffnet, wird vermehrt online eingekauft. Die kleinen Geschäfte hingegen fühlen sich unter Druck gesetzt und können aufgrund ihrer Struktur - zumeist sind es Familienbetriebe – mit den Großen nicht mithalten. Viele Konsumenten erfreuen sich am sonn-täglichen Einkaufsbummel, viele andere wünschen sich den Sonntag als Ruhe- und Familientag zurück.

Mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel hat das Monti-Dekret auch in Südtirol seine Spuren hinterlassen. Wirtschaftlich hat die Liberalisierung sehr wenig gebracht. Der Umsatz der Geschäfte ist in etwa gleichgeblieben, er verteilt sich nun lediglich auf sieben, anstatt auf sechs Wochentage. Im Bereich der Großverteilung wurden zwar neue Arbeitsplätze geschaffen – allerdings sind bei den kleinen und familiengeführten Betrieben ebenso viele Arbeitsplätze verlorengegangen. Durch die Freigabe der Sonntagsöffnung haben sich die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel verschlechtert. Besonders Frauen und Mütter sind überproportional betroffen. Sie machen die Mehrheit der Beschäftigten im Einzelhandel aus und sind durch die Sonn- und Feiertagsöffnungen noch mehr gefordert, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen. Soziale Kontakte und ehrenamtliches Engagement leiden genauso darunter, wie die Familie und letztendlich die Gesundheit.

Die autonomen Provinzen Bozen und Trient haben sich daher dafür eingesetzt, die Öffnungszeiten selbständig regeln zu können. Da es in Südtirol eine besondere Situation im Handel gibt, will das Land selbst darüber entscheiden, wie oft, wann und wo sonn- und feiertags eingekauft werden kann. Mittels einer eigenen Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut soll diese Kompetenz nach Südtirol geholt werden. Am 12. Mai 2015 wurde die entsprechende Durchführungsbestimmung von der Zwölferkommission genehmigt – seitdem wartet man in Südtirol auf deren Behandlung im Ministerrat. Die neue italienische Regierung hat im letzten Jahr eine italienweite Neuregelung der Sonn- und Feiertagsöffnungen angekündigt. Bisher ist allerdings nichts passiert. Mittlerweile wurden vielen Anregungen und Vorschläge für eine eigene Südtiroler Regelung breit diskutiert und überprüft. So hat beispielsweise der Handels- und Dienstleistungsverband Südtirol ein konkretes Konzept erarbeitet, welches auf eine Reduzierung der Sonn- und Feiertagsöffnungen abzielt und die speziellen Bedürfnisse Südtirols berücksichtigt.

Dies vorausgeschickt

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

1. dafür Sorge zu tragen, dass im aktuellen staatlichen Gesetzesvorschlag der Regierung zu den Sonn- und Feiertagsöffnungen der Übergang der Kompetenz an das Land Südtirol vorgesehen wird.
2. den Erlass einer entsprechenden Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut in der Frage der Sonn- und Feiertagsöffnungen voranzutreiben.
3. zur Erreichung der zwei obengenannten Ziele die entsprechende Sensibilisierungsarbeit hierzu als auch darüber hinaus zu leisten.

Aperture domenicali e festive

Durante l'Avvento è tutto uno sfavillio di vetrine e una corsa agli acquisti. All'inizio di gennaio le luci e gli addobbi natalizi vengono sostituiti da enormi scritte che pubblicizzano ribassi e occasioni. Saldi di fine inverno. Gli scaffali si svuotano. Nelle vetrine fa capolino la primavera assieme alle offerte di mezza stagione. Le offerte si rincorrono. Tutto l'anno la stessa storia. Si possono fare acquisti sette giorni su sette. Nessuna pausa. Né per chi vende né per chi acquista.

Eppure in tempi così frenetici un piccola pausa farebbe tanto bene. Un giorno di riposo, la domenica come una volta. In seguito alla liberalizzazione degli orari di apertura dei negozi la domenica ha perso la sua importanza.

Delle aperture domenicali e festive si discute parecchio, e il settore del commercio è diviso. I centri commerciali e i grandi esercizi al dettaglio non vogliono rinunciare all'apertura domenicale. Se il punto vendita non è aperto, si compra più online. I piccoli negozi, per lo più a gestione familiare, invece si sentono sotto pressione e, data la loro dimensione, non reggono la concorrenza dei grandi esercizi. Molti consumatori apprezzano la possibilità di fare acquisti la domenica, molti altri vorrebbero che la domenica tornasse ad essere un giorno di riposo da trascorrere in famiglia.

Con la liberalizzazione degli orari di apertura dei negozi, il decreto Monti si è fatto sentire anche in Alto Adige. Da un punto di vista economico i vantaggi di questa liberalizzazione sono minimi. Il fatturato degli esercizi commerciali è rimasto pressoché invariato, con l'unica differenza che si ripartisce su sette giorni settimanali invece che su sei. Nel settore della grande distribuzione sono stati sì creati nuovi posti di lavoro, ma in quello dei piccoli esercizi e dei negozi a conduzione familiare ne sono andati persi altrettanti. In seguito alla liberalizzazione dell'apertura domenicale le condizioni di lavoro nel settore del commercio al dettaglio sono peggiorate soprattutto a scapito delle donne e delle madri. Esse rappresentano infatti la maggioranza degli occupati in questo settore, e le aperture domenicali e festive rendono ancora più difficile conciliare famiglia e lavoro. Ne risentono anche la vita sociale e l'impegno nel volontariato, così come le relazioni familiari e, alla fin fine, la stessa salute.

Le province autonome di Bolzano e di Trento si sono quindi adoperate per poter regolamentare in prima persona gli orari di apertura. Vista la peculiarità del settore commerciale altoatesino, la Provincia vuole poter decidere autonomamente quando e dove permettere ai negozi di restare aperti la domenica e nei giorni festivi. Ciò è possibile varando una norma di attuazione dello Statuto di autonomia che trasferisca tale competenza alla nostra provincia. Il 12 maggio 2015 la suddetta norma di attuazione è stata approvata dalla commissione dei Dodici, ma da allora non è stata ancora discussa dal Consiglio dei ministri. Il nuovo Governo lo scorso anno ha annunciato una riforma della regolamentazione delle aperture domenicali e festive. Tuttavia non si è visto nulla. Nel frattempo sono stati ampiamente discussi ed esaminati molti suggerimenti e proposte relativamente a una regolamentazione autonoma del settore. Ad esempio l'Unione commercio turismo servizi Alto Adige ha elaborato un piano concreto mirante a ridurre le aperture domenicali e festive nel rispetto delle peculiarità della nostra provincia.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- 1. di adoperarsi affinché nel disegno di legge del Governo in materia di aperture domenicali e festive sia previsto il passaggio della relativa competenza alla Provincia di Bolzano;*
- 2. di accelerare il varo della norma di attuazione dello Statuto di autonomia sulle aperture domenicali e festive;*
- 3. di svolgere in Alto Adige, e anche altrove, l'opera di sensibilizzazione necessaria per il raggiungimento dei due suddetti obiettivi.*

Ich ersuche nun die Abgeordnete Amhof um Erläuterung des Antrages, bitte.

AMHOF (SVP): Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne in diesem Beschlussantrag mit dem Advent. Eigentlich wäre jetzt die Zeit für den langsam anstehenden Sommerschlussverkauf. Das bedingt die Zeit des Verfassens dieses Beschlussantrages.

Advent – alles rennt... zum Einkaufen, zum Vergleichen, zum Zeitvertreib. Anfang Jänner werden Lichterketten und Weihnachtsschmuck durch überdimensionale Schilder ersetzt, die zur Schnäppchenjagd einladen. Winterschlussverkauf. Regale leeren sich. Schaufenster zeigen den Frühling und werben mit Midseason-Angeboten... Und so jagt ein Angebot das andere. Das ganze Jahr hindurch. Sieben Tage in der Woche besteht die Möglichkeit zum Einkaufen. Pause keine. Nicht für die Angestellten und nicht für die Konsumenten. Besonders in unserer schnelllebigen Zeit täte eine kleine Unterbrechung oft sehr gut. Ein Ruhetag – ein Sonntag, wie er früher einmal war. Der Sonntag hat durch die Liberalisierung der Öffnungszeiten an Bedeutung verloren. Über die Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten wird viel diskutiert – im Handel ist man sich nicht einig.

Einkaufszentren und größere Einzelhandelsbetriebe wollen auf den Sonntag nicht verzichten, denn: Ist das Geschäft nicht geöffnet, wird vermehrt online eingekauft. Die kleinen Geschäfte hingegen fühlen sich unter Druck gesetzt und können aufgrund ihrer Struktur - zumeist sind es Familienbetriebe – mit den Großen nicht mithalten. Viele Konsumenten erfreuen sich am sonntäglichen Einkaufsbummel, viele andere wünschen sich den Sonntag als Ruhe- und Familientag zurück. Mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel hat das Monti-Dekret auch in Südtirol seine Spuren hinterlassen. Wirtschaftlich hat die Liberalisierung sehr wenig gebracht. Der Umsatz der Geschäfte ist in etwa gleichgeblieben, er verteilt sich nun lediglich auf sieben, anstatt auf sechs Wochentage. Im Bereich der Großverteilung wurden zwar neue Arbeitsplätze geschaffen – allerdings sind bei den kleinen und familiengeführten Betrieben ebenso viele Arbeitsplätze verlorengegangen. Durch die Freigabe der Sonntagsöffnung haben sich die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel verschlechtert. Besonders Frauen und Mütter sind überproportional betroffen. Sie machen die Mehrheit der Beschäftigten im Einzelhandel aus und sind durch die Sonn- und Feiertagsöffnungen noch mehr gefordert, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen. Soziale Kontakte und ehrenamtliches Engagement leiden genauso darunter, wie die Familie und letztendlich die Gesundheit. Die autonomen Provinzen Bozen und Trient haben sich daher dafür eingesetzt, die Öffnungszeiten selbständig regeln zu können. Da es in Südtirol eine besondere Situation im Handel gibt, will das Land selbst darüber entscheiden, wie oft, wann und wo sonn- und feiertags eingekauft werden kann. Mittels einer eigenen Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut soll diese Kompetenz nach Südtirol geholt werden. Am 12. Mai 2015 wurde die entsprechende Durchführungsbestimmung von der Zwölferkommission genehmigt – seitdem wartet man in Südtirol auf deren Behandlung im Ministerrat. Die neue italienische Regierung hat im letzten Jahr eine italienweite Neuregelung der Sonn- und Feiertagsöffnungen angekündigt. Bisher ist allerdings nichts passiert. Mittlerweile wurden vielen Anregungen und Vorschläge für eine eigene Südtiroler Regelung breit diskutiert und überprüft. So hat beispielsweise der Handels- und Dienstleistungsverband Südtirol ein konkretes Konzept erarbeitet, welches auf eine Reduzierung der Sonn- und Feiertagsöffnungen abzielt und die speziellen Bedürfnisse Südtirols berücksichtigt. Dies vorausgeschickt beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung

1. dafür Sorge zu tragen, dass im aktuellen staatlichen Gesetzesvorschlag der Regierung zu den Sonn- und Feiertagsöffnungen der Übergang der Kompetenz an das Land Südtirol vorgesehen wird.
2. den Erlass einer entsprechenden Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut in der Frage der Sonn- und Feiertagsöffnungen voranzutreiben.
3. zur Erreichung der zwei obengenannten Ziele die entsprechende Sensibilisierungsarbeit hierzulande als auch darüber hinaus zu leisten.

Vielen Dank. Ich freue mich jetzt auf eine angeregte Diskussion.

Vorsitz der Vizepräsidentin / Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la consigliera Atz Tammerle, ne ha facoltà.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe eine Frage an das Präsidium bzw. eine Rechtsauskunft ob dieser Antrag überhaupt zulässig ist, da er ein Thema betrifft, das wir bereits in dieser Landtags-session behandelt haben. Beschlussvorschlag zum Autonomiestatut, wo es darum gegangen ist, dass diese Kompetenzen mit der Durchführungsbestimmung an das Land gehen sollen. Ich habe es im Gesetzesentwurf von den Senatoren herausgesucht, Nr. 32 unter Artikel 2, wo steht, dass diese Bereiche in die primäre Zuständigkeit des Landes übergehen sollen und wo drinnen ist, Handel, einschließlich Handelsurbanistik und Regelung der Arbeitszeiten der Handelsbetriebe. Ist dann die Behandlung überhaupt zulässig, wenn es zum selben Thema ist?

PRESIDENTE: Grazie. Possiamo nel frattempo al prossimo punto all'ordine del giorno in maniera che possiamo accertarci se effettivamente si possa portare in votazione o meno o si possa discutere o meno, quindi passiamo al prossimo punto all'ordine del giorno.

Punto 86) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 6/19 del 22/3/2019, presentato dalla consigliera Amhof, riguardante blocchi geografici."**

Punkt 86 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 6/19 vom 22.3.2019, eingebracht von der Abgeordneten Amhof, betreffend Geoblocking."**

Blocchi geografici

Con la risoluzione legislativa del 6 febbraio 2018 il Parlamento europeo ha approvato la proposta di regolamento recante misure volte a impedire i blocchi geografici e altre forme di discriminazione basate sulla nazionalità, il luogo di residenza o il luogo di stabilimento dei clienti. Con geoblocking s'intende ogni barriera imposta dai siti internet di vendita online basata sulla nazionalità, il luogo di residenza o l'ubicazione temporanea. Il Parlamento europeo ha inteso così porre fine a questa forma di discriminazione, affinché i consumatori possano approfittare sia online che offline del pieno potenziale del mercato interno.

Questo nuovo regolamento è in vigore dal 3 dicembre 2018. Secondo le nuove regole i commercianti all'interno dell'UE devono garantire ai consumatori in tutta l'Unione le stesse condizioni di accesso a beni e servizi, indipendentemente dal Paese da cui il cliente si collega al sito internet. Questo nuovo regolamento vale per numerosi prodotti e servizi, tra cui mobili ed elettronica, servizi online come servizi cloud e hosting nonché servizi finalizzati allo svago come per esempio biglietti per parchi divertimenti o per concerti.

I contenuti tutelati dal diritto d'autore sono per il momento esclusi dal regolamento. Il Parlamento europeo impegna però la Commissione europea a valutare entro due anni la possibilità di estendere il divieto della pratica dei blocchi geografici a contenuti digitali tutelati dal diritto d'autore come e-book, musica o giochi online.

Numerose persone appartenenti a minoranze nazionali parlano una lingua che è la lingua della maggioranza in un altro Paese europeo. Considerato che il numero di questi parlanti è spesso troppo esiguo, per cui risulta impossibile costruire un ampio panorama mediatico a loro dedicato, le minoranze dipendono dai media del Paese (limitrofo) in cui si parla la loro lingua. Lo sviluppo tecnologico ha profondamente modificato le modalità della divulgazione mediale, così come le pratiche commerciali ad esse legate. Per esempio in caso di film, libri, musica, televisione e altri contenuti, i diritti di proprietà intellettuale limitati al territorio nazionale creano ostacoli al libero scambio di servizi. Chi appartiene a una minoranza nazionale in genere preferisce avere beni e servizi nella propria lingua, che in molti casi è anche quella dello Stato confinante. Le barriere nazionali ostacolano la libera diffusione di contenuti mediali e influiscono negativamente sulla varietà culturale e linguistica in Europa. L'assegnazione di licenze per i contenuti mediali all'interno dell'Unione è una questione assai complessa. Attualmente ne consegue che le persone appartenenti alle minoranze nazionali non possono usufruire dei servizi esistenti nel Paese confinante.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
sollecita*

Governo e Parlamento

- a intervenire affinché i servizi audiovisivi forniti tramite mezzi elettronici, che consentono l'accesso e l'utilizzo di opere tutelate dal diritto d'autore come e-book, musica, giochi, software e servizi in streaming, siano inseriti nell'ambito di applicazione dell'articolo 4 del regolamento (UE) 2018/302;*
- a intervenire per arrivare all'introduzione di una normativa del diritto d'autore uguale per tutta l'UE. In questo modo l'Unione diventerebbe un mercato unico per il diritto d'autore. Questa soluzione porterebbe all'abbattimento delle barriere attualmente esistenti all'interno dell'Unione relativamente alle licenze, consentendo alle minoranze nazionali l'accesso a contenuti mediali con le stesse modalità dei cittadini degli Stati membri, in cui viene offerto il servizio.*

Geoblocking

Mit Beschluss des Europäischen Parlaments vom 6. Februar 2018 wurde die Verordnung über Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden genehmigt. Unter Geoblocking versteht man jede Einschränkung, die von Online-Shops aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des vorübergehenden Aufenthaltsorts auferlegt wird. Das Europäische Parlament wollte diese Form der Diskriminierung beenden, damit die Verbraucher online wie auch offline vom integrierten Binnenmarkt profitieren können.

Seit dem 3. Dezember 2018 ist die neue Verordnung nun in Kraft. Nach den neuen Regeln müssen EU-Händler den Verbrauchern überall in der EU zu den gleichen Konditionen Zugang zu Waren und Dienstleistungen gewähren, egal von wo aus, die Käufer die Internetseite aufrufen.

Die neue Verordnung gilt für eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen, unter anderem für Handelswaren wie Möbel und Elektronik, Online-Dienstleistungen wie Cloud-Dienste und Website-Hosting und Unterhaltungsangebote wie beispielsweise Eintrittskarten für Freizeitparks und Konzerttickets.

Urheberrechtlich geschützte Inhalte sind vorerst von dieser Regelung ausgeschlossen. Allerdings hat das Europäische Parlament die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren zu prüfen, ob das Verbot von Geoblocking auch auf digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik oder Online-Spiele ausgedehnt werden sollte.

Zahlreiche Angehörige von nationalen Minderheiten sprechen eine Sprache, die die Mehrheitsprache eines anderen Landes in Europa ist. Aufgrund der oftmals zu kleinen Sprecherzahl, ist es nicht möglich, selbstständig eine umfassende Medienlandschaft aufzubauen. Daher ist man abhängig von den Medien des (benachbarten) Landes mit der gleichen Sprache. Die technologische Entwicklung hat sowohl die medialen Verbreitungsweisen als auch die damit einhergehenden Geschäftspraktiken wesentlich verändert. Zum Beispiel bei Filmen, Büchern, Musik, TV und anderen Inhalten, schaffen national eingeschränkte Rechte des geistigen Eigentums Barrieren für den freien Dienstleistungsverkehr. Angehörige einer nationalen Minderheit bevorzugen in der Regel Güter und Dienstleistungen in ihrer eigenen Sprache, die in vielen Fällen auch die Sprache des benachbarten Landes ist. Nationale Barrieren können die freie Verbreitung medialer Inhalte behindern und wirken sich negativ auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa aus. Die Lizenzverteilung von medialen Inhalten innerhalb der Union ist von großer Komplexität und führt dazu, dass Angehörige nationaler Minderheiten nicht die bestehenden Dienstleistungen des Nachbarlandes in Anspruch nehmen können.

Dies vorausgeschickt,

fordert
der Südtiroler Landtag

das italienische Parlament und die italienische Regierung auf,

- sich dafür einzusetzen, audiovisuelle, elektronisch erbrachte Dienste, die den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken, wie E-Books, Musik, Spiele, Software und Dienstleistungen, die auf Streaming basieren, und deren Nutzung ermöglichen, in den Anwendungsbereich von Artikel 4 der Verordnung (EU) 2018/302 aufzunehmen;
- sich für die Einführung eines einheitlichen europäischen Urheberrechts einzusetzen. Dadurch könnte die ganze Union als ein Binnenmarkt für Urheberrechte betrachtet werden. Diese Lösung würde zur Beseitigung bestehender Lizenzbarrieren innerhalb der Union führen und den Angehörigen nationaler Minderheiten den Zugang zu medialen Inhalten in gleicher Weise wie Bürgern von Mitgliedsstaaten, in denen die Dienstleistung angeboten wird, erlauben.

La parola alla consigliera Amhof per l'illustrazione, prego.

AMHOF (SVP): Danke, Frau Vizepräsidentin. Es geht hier um das Thema Geoblocking. Mit Beschluss des Europäischen Parlaments vom 6. Februar 2018 wurde die Verordnung über Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden genehmigt. Unter Geoblocking versteht man jede Einschränkung, die von Online-Shops aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des vorübergehenden Aufenthaltsorts auferlegt wird. Das Europäische Parlament wollte diese Form der Diskriminierung beenden, damit

die Verbraucher online wie auch offline vom integrierten Binnenmarkt profitieren können. Seit dem 3. Dezember 2018 ist die neue Verordnung nun in Kraft. Nach den neuen Regeln müssen EU-Händler den Verbrauchern überall in der EU zu den gleichen Konditionen Zugang zu Waren und Dienstleistungen gewähren, egal von wo aus, die Käufer die Internetseite aufrufen. Die neue Verordnung gilt für eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen, unter anderem für Handelswaren wie Möbel und Elektronik, Online-Dienstleistungen wie Cloud-Dienste und Website-Hosting und Unterhaltungsangebote wie beispielsweise Eintrittskarten für Freizeitparks und Konzerttickets. Urheberrechtlich geschützte Inhalte sind vorerst von dieser Regelung ausgeschlossen. Allerdings hat das Europäische Parlament die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren zu prüfen, ob das Verbot von Geoblocking auch auf digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik oder Online-Spiele ausgedehnt werden sollte. Zahlreiche Angehörige von nationalen Minderheiten sprechen eine Sprache, die die Mehrheitssprache eines anderen Landes in Europa ist. Aufgrund der oftmals zu kleinen Sprecherzahl, ist es nicht möglich, selbstständig eine umfassende Medienlandschaft aufzubauen. Daher ist man abhängig von den Medien des (benachbarten) Landes mit der gleichen Sprache. Die technologische Entwicklung hat sowohl die medialen Verbreitungsweisen als auch die damit einhergehenden Geschäftspraktiken wesentlich verändert. Zum Beispiel bei Filmen, Büchern, Musik, TV und anderen Inhalten, schaffen national eingeschränkte Rechte des geistigen Eigentums Barrieren für den freien Dienstleistungsverkehr. Angehörige einer nationalen Minderheit bevorzugen in der Regel Güter und Dienstleistungen in ihrer eigenen Sprache, die in vielen Fällen auch die Sprache des benachbarten Landes ist. Nationale Barrieren können die freie Verbreitung medialer Inhalte behindern und wirken sich negativ auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa aus. Die Lizenzverteilung von medialen Inhalten innerhalb der Union ist von großer Komplexität und führt dazu, dass Angehörige nationaler Minderheiten nicht die bestehenden Dienstleistungen des Nachbarlandes in Anspruch nehmen können. Dies vorausgeschickt, fordert der Südtiroler Landtag das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, sich dafür einzusetzen, audiovisuelle, elektronisch erbrachte Dienste, die den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken, wie E-Books, Musik, Spiele, Software und Dienstleistungen, die auf Streaming basieren, und deren Nutzung ermöglichen, in den Anwendungsbereich von Artikel 4 der Verordnung (EU) 2018/302 aufzunehmen; sich für die Einführung eines einheitlichen europäischen Urheberrechts einzusetzen. Dadurch könnte die ganze Union als ein Binnenmarkt für Urheberrechte betrachtet werden. Diese Lösung würde zur Beseitigung bestehender Lizenzbarrieren innerhalb der Union führen und den Angehörigen nationaler Minderheiten den Zugang zu medialen Inhalten in gleicher Weise wie Bürgern von Mitgliedsstaaten, in denen die Dienstleistung angeboten wird, erlauben.

Ich bitte jetzt auch hier um eine rege Diskussion. Vielen Dank.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Von unserer Seite gibt es Unterstützung zu diesem Antrag. Gerade für uns Südtiroler ist es sicherlich wichtig, aber generell wichtig und richtig für den europäischen Binnenmarkt, dass diese Regelung digital abgebildet wird und dass hier keine Diskriminierungen aufgrund der IP-Adresse oder des Ortes, wo ich mich aufhalte, zu meinen Lasten gehen, sei es was Online-Shops betrifft oder Streaming-Angebote, usw. Die Urheberrechte, ich weiß, die sind noch unterwegs, das wird aber kommen, und ich glaube das geht in die richtige Richtung. Nach Endung der Roaming-Gebühren ist diese Abschaffung ein weiterer Schritt in Richtung digitaler Binnenmarkt und bietet Vorteile nicht nur für uns Südtiroler, gerade für uns ist es wichtig, aber für 500 Millionen europäische Bürger und 21 Millionen Kleinbetriebe. Das heißt die Garantie des besten Preises zu bekommen, das wird nun garantiert, unabhängig wo ich mich gerade befinde. Die Firmen haben jetzt auch eine Rechtssicherheit, einen rechtlichen Hintergrund, vor dem sie agieren können. Deswegen von uns aus sicher hier die Unterstützung zu diesem Antrag.

Vorsitz des Präsidenten / Presidenza del presidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort, bitte.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Das Geoblocking ist ein Thema, das uns als Minderheit natürlich lange schon beschäftigt und von uns immer wieder klar gefordert wird. Deswegen gibt es zum ersten Teil die volle Zustimmung. Das hilft nicht nur Minderheiten, sondern allen Europäern, weil wir viel flexibler geworden sind und unterwegs sind. Ich glaube jeder von uns hat sich schon mal geärgert, weil er in der ZDF-Mediathek oder irgendwo anders etwas nicht anschauen konnte.

Ich verlange aber trotzdem die getrennte Abstimmung. Europäischen Urheberrecht, das klingt im ersten Moment sehr gut und verlockend. Wenn wir aber schauen, was kürzlich im März im EU-Parlament abgestimmt worden ist über das Urheberrecht, Artikel 13, wo auch der derzeitige Abgeordnete Dorfmann bis zum Schluss dafür war, mit diesem Upload-Filter, was eigentlich total gegen diese Richtung geht, gegen ein modernes Internet, wo es in Richtung Zensur gehen kann, nicht gehen muss, aber gehen kann, wo viele davor gewarnt haben und wo viele junge Leute auf die Straße gegangen sind. Beim Upload-Filter da wäre ich dagegen und würde aufpassen, deswegen kann ich beim 2. Absatz nicht dafür stimmen, weil man nicht weiß, wie das europäische Urheberrecht genau umgesetzt wird bzw. wenn es wie in Artikel 13 ist, dann entspricht es für mich nicht einer modernen Auffassung. Ansonsten eine volle Unterstützung. Ich glaube da sind wir uns alle einig, dass der Austausch von Informationen gerade das ausmacht, dass ich live sehen kann, was in anderen Ländern vorgeht und auch aus politischer Sicht durchaus interessant ist.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist schön, dass wir eine Woche vor den EU-Wahlen in diesem grenzenlosen Europa darüber sprechen, dass es sogar digitale Grenzen gibt und dass selbst diese nicht durchlässig sind. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst ist bzw. wissen Sie welches das finanziell erfolgreichste Postamt in ganz Österreich ist? Genau, es ist das in Sillian. Nicht weil in Sillian so viele Liebesbriefe geschrieben werden, sondern weil das halbe Pustertal seine Bestellungen über das Postamt in Sillian abwickelt. Da sieht man die Absurdität dieser Geschichten über das grenzenlose Europa. Es gibt kein grenzenloses Europa. Das kann man sich in EU-Reden schönreden wie lange man will. Nicht einmal über das Internet kann man die Grenze überschreiten, selbst dann wird man klassifiziert als Italiener, Deutscher, Österreicher oder was auch immer. Es ist ganz witzig, wenn man auf den Boden der Realität heruntergeholt wird bei diesen schönen Sonntagsreden. Diese Überschrift klingt auch ganz gut: Geoblocking. Diesem Teil stimmen wir auch zu. Es geht hier aber vor allem auch um das Urheberrecht. Da ist immer wieder das leidige Thema, dass hier alle in einem Topf geschmissen werden, natürlich denkt sich der Gesetzgeber eines Staates, wenn man einen Fernseher hat, ...oder ein Unternehmen denkt sich, ich kaufe diese Rechte ein, dann soll das auch nur in meinem Umfeld zur Anwendung kommen. Genau das Problem haben wir bei den Sportübertragungsrechten. Dass es dann aber auch innerhalb Europa Sondersituationen gibt, wie beispielsweise Südtirol, wo die Südtiroler im Normalfall, jetzt sage ich einmal, nicht die italienischen staatlichen Sender anschauen, sondern über die RAS-Programme die Sendungen anschauen. Man muss auch sagen, wir haben hier einen Graubereich, der bis heute geduldet wird, aber nicht auf rechtlich soliden Beinen steht, dass z.B. Sportübertragungen über den ORF oder über das ZDF in Südtirol mitausgetragen werden können. Vielleicht ist da noch niemand draufgekommen oder auch wenn wir es nicht glauben wollen, sind wir zu unwichtig für den internationalen Werbemarkt, als dass man da einen großen Radau herum machen würde. Aber es zeigt uns schon die Problematik auf. Die Problematik fängt damit an, dass sobald wir in Südtirol ins Internet einsteigen, nicht im weltweiten Netz sind, sondern im italienischen Netz. Deshalb glaube ich, die Grunddiskussion müsste da angesetzt werden. Wir können natürlich Einzelbestimmungen erlassen, dass die Urheberrechtsgesetze über die ganze EU vereinheitlicht werden, das wäre auch schön, aber das Problem ist doch das, dass das Einstiegsszenario auf staatlicher Ebene, oder in diesem Falle muss man das fast sagen, auf nationaler Ebene anfängt und es nicht ein europäisches Netz gibt. Diese digitalen Grenzen sollten abgebaut werden und das wäre das erste, was Europa angehen könnte, dass innerhalb der europäischen Union es keinen Unterschied mehr macht, ob ich mit meinem Computer in Innsbruck, Madrid, Paris, Rom, oder wo auch immer ins Netz einsteige. Das wäre eigentlich der Hebel, wo man ansetzen müsste, dann wären alle anderen Probleme relativ leichter zu lösen. Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich bitte aber auch um getrennte Abstimmung, denn was den Bereich des Urheberrechtsschutzes angeht, gibt es differenzierte Betrachtungsweisen. Diese wurden auch von den Vordnern genannt, gerade bei Punkt 2, was die Mitgliedsstaaten der EU angeht, dass es hier eine einheitliche Regelung geben soll, damit man eben diese globalen Grenzen auf digitaler Ebene entfesseln und abbauen kann. Dem können und wollen wir zustimmen.

TAUBER (SVP): Danke, Herr Präsident. Liebe Kollegen. Geoblocking ist für uns Oldies fast ein Dinosaurierbegriff. Ich denke draußen können nicht viele damit etwas anfangen. Wenn man es dann anwendet, wird es relativ praktisch sein. Fakt ist, dass es vor allem für viele Unternehmen und für alle Private um die Rechtssicherheit geht. Ich kann Beispiele aus dem Tourismus nennen, die ganzen Geschichten mit den Sendern, wir schauen deutsches Fernsehen, wir schauen deutsches Privatfernsehen. Es gibt besondere Übertragungsgeschichten und es gibt ein paar Unternehmen, die das zeigen und vielleicht nicht zeigen dürfen. Wenn

wir das jetzt alles öffnen und liberalisieren, bringt das sicherlich dem Europa, nicht nur den verschiedenen Staaten, sondern auch im Netz viel, viel mehr Freiheit und viel mehr Information. Ich bin davon überzeugt, dass uns das guttut, dass wir da schnell arbeiten sollen. Es bringt auch wieder viele Arbeitsplätze und neue Möglichkeiten. In diesem Sinne Gratulation der Einbringerin. Wie gesagt, die Urheberrechte schauen wir, dass wir die auch hinbekommen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie. L'Europa senza confini in parte, piccola, è una realtà e in parte grande è un progetto, quindi bisogna costruirla. I progetti sono due, quelli che si sentono anche in quest'aula, uno è quello di chi tenta di costruire un'Europa senza confini, un continente che diventa uno spazio di libertà comune e invece chi pensa che i confini ci siano, solo che magari la critica è che siano confini sbagliati e allora vuole quelli giusti.

Io credo che sia importante questo progetto europeo e ha moltissimi guai, moltissimi limiti e tra l'altro il tema – cons. Knoll – del confine è un tema che oggi, con i nuovi media, ma anche con la globalizzazione, si ricolloca, per esempio sulla questione del diritto di asilo, non esiste un diritto di asilo comune in Europa, per esempio e ci sono persone che il confine ce l'hanno sulla carte d'identità, come si muovono, il confine su un treno, il confine su una nave, il confine su una spiaggia, il confine è al Brennero, per alcuni, per altri no, quindi il tema del confine è un tema molto differenziato e quello per cui noi lavoriamo è un'Europa che abbia uno spazio comune di diritti e di doveri. È un progetto in gran parte da costruire, anzi, stando a certe forze, questo progetto rischia di tornare indietro, per cui credo che sia importante anche ogni piccolo passo per smontare via via i confini artificiali che si costruiscono, ripeto, per i diritti e per i doveri, per le merci c'è meno problemi e per i capitali anche, per cui noi, senza esagerare nelle lodi, riteniamo che questa mozione vada nella direzione giusta.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das Thema ist ein wichtiges und wird auch immer wichtiger, ganz einfach durch die vielen Möglichkeiten, die uns die digitale Welt bietet. Die Zustimmung ist grundsätzlich dazu geteilt, dass es diese Möglichkeit geben muss, ein grenzenloses Internet nutzen zu können, dass man Inhalte, Waren, usw. ohne Grenzen über das Internet bzw. über die digitalen Wege nutzen kann. Deshalb gibt es auch von der Landesregierung die Zustimmung zu diesem Antrag. Ich darf Ihnen berichten, dass wir bereits mehrfach auf europäischer Ebene in diese Richtung gearbeitet haben, sei es unser Abgeordneter Herbert Dorfmann als auch natürlich ich selbst im Ausschuss der Regionen. Wir haben gemeinsam versucht, Allianzen zu bilden, auch mit anderen Staaten, insbesondere mit den baltischen Staaten, Estland, Lettland, Litauen, die hier sehr aktiv mitwirken, weil sie das Problem mindestens genauso haben wie wir. Auch Finnland ist sehr aktiv und das wird dort befürwortet. Ganz wichtig ist, dass Italien jetzt mitmacht, dass die Staaten, die das eher als Randproblem nur durch die Grenzregionen sehen, auch als Gesamtthema voranbringen.

Kollege Knoll, nur eine Anmerkung. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass man sagt, es stimmt, es ist ein Problem. Das ist eben nicht grenzenlos in Europa, deshalb gibt es den Antrag. Es hat fast so geklungen, als ob man den europäischen Ansatz in Frage stellt. Genau das ist das Problem, es ist noch zu wenig durchgesetzt. Das ist das Thema. Ich glaube schon, dass es so gemeint war. Die Alternative wäre, dass man glaubt, das mit nationalstaatlichen Lösungen zu machen, dann wird es noch schlimmer, wenn man wieder zurückkehrt zu dem was nationalstaatlich ist. Hier haben wir einen Bereich, wo es noch zu wenig Europa gibt. Woran liegt das? An den Interessen der Nationalstaaten, weil sie sich nicht zusammenraufen und jeder hat irgendwo ein spezifisches Interesse, warum er etwas nicht hergeben will, z.B. mit Geoblocking nicht aufhören will und dann kommt am Ende gar nichts zustande. Das ist das Problem. Wir haben zu wenig Europa, wir haben zu wenig Kompromisse, wo man sagt, wir geben das alle her und am Ende sind wir alle Gewinner. Hier wünsche ich mir, dass es auch dementsprechend eine Entwicklung gibt, hin zu mehr Mut zu Kompromissen.

Ich verstehe auch die Zweifel zum Urheberrecht nicht. Es geht nicht darum, dass wir ein Urheberrecht wollen, das nicht differenzierte Situationen durchaus berücksichtigt, sondern die Zielsetzung ist ein einheitliches Urheberrecht. Also ein Urheberrecht, das in ganz Europa gleich geschützt ist, mit all den notwendigen Differenzierungen der verschiedenen Ebenen des geistigen Eigentums, und, und, und der besonderen Situationen, aber ein Recht, das in ganz Europa ein einheitliches ist. Das heißt noch nicht, dass man den verschiedenen Situationen Rechnung tragen kann. Das ist ja das Tolle an Europa, es gibt auch vieles, was gut funktioniert. Früher, wenn ein Hersteller ein Produkt außerhalb von Südtirol verkaufen wollte, musste er neben der Zulassung in Italien auch noch für Österreich eine Zulassung beantragen, für Deutschland, Frankreich eine

Zulassung beantragen. Die hatten alle ihre Standards für das Produkt und nur dann darf es auf dem Markt zugelassen werden. Inzwischen gibt es die europäischen Standards, d.h. einmal nach europäischem Standard zulassen und in allen europäischen Ländern verkaufen können. Das hat dazu geführt, dass alle sagen, die machen so viele Standardregeln für die Produkte. Das ist jetzt eine Regelung, ansonsten hätten wir das 28-fache gehabt. Das wird sehr oft in der Debatte vergessen. Ich möchte das in Zusammenhang mit dieser Thematik auch anregen, wenn man sagt, dass es so viele Normen gibt, die ersetzen aber 28 verschiedene andere. Deshalb nochmals eine klare Zustimmung vonseiten der Regierung. Zum einem hoffen wir, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich dafür einsetzen und wir werden auch unseren Beitrag dazu leisten und weiterhin dafür wirken und werben, dass das so bald wie möglich umgesetzt wird.

AMHOF (SVP): Danke, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich für die Diskussionsbereitschaft zu diesem Thema, das doch in weiten Teilen ein sehr technisches ist. Ich bedanke mich auch für die Bemühungen, die es bereits bisher gegeben hat vonseiten der Landesregierung und des Landeshauptmannes, aber auch unseres EU-Parlamentariers. Ich will hoffen, dass wir hier noch ein Stück weiterkommen. Ich verstehe auch nicht ganz die Zweifel zum Urheberrecht in Europa, weil ich durchaus glaube, dass auch das einer Minderheit sehr viel bringen kann. Ich kann mich erinnern und das ist schon lange her, zu Studienzeiten saß ich in einem Seminar zur Kulturpolitik und dort ging es vor allem darum, wie z.B. deutschsprachige Filme, die nicht unbedingt blockbusters sind, in Südtirol gezeigt werden können. Aufgrund des strengen Urheberrechts in Italien und in anderen europäischen Staaten konnten die deutschen Filme nur mit sehr starker Verzögerung in Südtirol gezeigt werden. Ich glaube, das ist nach wie vor so. Mit einem einheitlichen Urheberrecht in Europa wären solche Zwischenfälle nicht mehr möglich, dann hätten wir auch hier einen freien Markt, einen besseren Zugang und einen weiteren Zugang zu Filmen, die nicht nur das ganz große breite Publikum interessieren. Mir geht es immer wieder so, wenn ich unterwegs bin und mir z.B. einen Zwischenbericht von einer Skiabfahrt ansehen möchte, dann erscheint auf meinem Bildschirm, kein Zugang, kein Recht. Da geht es vor allem um das Streaming, das haben hier auch einige betont, dass wir den Zugang zu deutschsprachigen Sendern, die über das Internet laufen, in Zukunft haben können. Das ist für uns als deutschsprachig Minderheit sehr wertvoll. Ich bedanke mich auch hier für die Redebeiträge. Die Zahlfernsehtationen wie Sky, Netflix, oder wie sie alle heißen, die haben mittlerweile versucht, das ganze Thema zu umgehen, indem sie über Österreich Angebote für deutschsprachige Südtiroler und Südtirolerinnen machen und dementsprechend es dann für diese freischalten. Ganz in Ordnung sind wir da auch nicht, wie es Sven Knoll gesagt hat, da begeben wir uns in einem Graubereich. Aber so ist es nun mal, um zu deutschsprachigen Sendungen zu kommen. Ich bedanke mich für die Diskussion.

PRÄSIDENT: Wir kommen nur zur Abstimmung. Wie von den Abgeordneten Leiter Reber und Knoll beantragt, stimmen wir getrennt über den Begehrensantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 32 Ja-Stimmen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 29 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 27 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir kehren zurück zum **Beschlussantrag Nr. 74/19**, welcher zugelassen wird. Über das Weshalb braucht sich ein Präsident nicht rechtfertigen. Abgeordnete Rieder, Sie haben das Wort, bitte.

RIEDER (Team Köllensperger): Kollegin Amhof, Sie haben natürlich Recht, dass die Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten nicht zum gewünschten Wirtschafts- und Arbeitsplatzwachstum geführt hat, weil das Einkaufen nur zeitverlagert wird. Ebenso haben die Öffnungszeiten erhebliche Mehrbelastungen der Handelsgestellten und vor allem der kleinen und mittleren Betriebe verursacht. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ging nahezu einher mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in kleinen Betrieben. Also Aufbau in großen Betrieben und Abbau in kleinen Betrieben, vor allem in der Peripherie. Von den Sonntagsöffnungszeiten profitieren vor allem die großen Handelsketten und die Supermärkte. Viele kleine Geschäfte, die als Familienbetriebe geführt werden, haben dann den Nachteil. Für sie und ihre MitarbeiterInnen ist die Sonntagsöffnung sehr belastend. Die Arbeitszeit am Sonntag betrifft also wiederum besonders Frauen, die vielfach in diesem Dienstleistungssektor tätig sind. Mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten gerät der Sonntag immer mehr in Gefahr einfach ein reines Konsumevent in Shoppingtempeln zu werden, während der Zeitwohlstand des einkaufsfreien

Tages für Familie und Gemeinschaft, für Natur und Kultur verloren geht. Allerdings haben Sonn- und Feiertagsöffnungen natürlich auch einen Vorteil. Für manchen Bedienstete ist es eine willkommene Flexibilisierung der Arbeitszeit, aber auch für die Einkaufenden, besonders für Feriengäste. Auch viele Einheimische nutzen den Sonntag für einen Einkaufsbummel, weil sie am Wochenende mehr Zeit haben, gewisse Einkäufe zu tätigen.

Wir als Team Köllensperger schlagen vor, sich in diesem Bereich für mehr Autonomie und für mehr Demokratie einzusetzen. Das heißt, wenn wir zu unseren Nachbarn in die Schweiz schauen, dann stellen wir fest, dass dort die Ladenöffnungszeiten Sache der Gemeinde und Kantone sind, um möglichst auf die örtlichen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. In der Schweiz sind die Geschäfte in der Regel geschlossen mit einigen Ausnahmen für Bahnhöfe und tourismusintensive Gemeinden. Die meisten Kantone erlauben eine Öffnungszeit bis maximal Samstag 18.00 Uhr. In mehreren Kantonen sind auch Volksinitiativen zur Ausdehnung der Öffnungszeit vom Volk abgelehnt worden. Italien sollte also diese Zuständigkeit auf die Regionen übertragen, besonders oder zumindest auf die Regionen mit Sonderstatut. Das Land soll im Rahmen der primären Zuständigkeit für den Handel die Öffnungszeiten nach dem Bedarf und dem Wunsch der Südtirolerinnen und Südtiroler festlegen können. Dann können über die bestehenden Instrumente für direkte Demokratie Volksbegehren oder Volksinitiativen die Präferenzen der Bevölkerung ermittelt werden und die Menschen können selbst entscheiden, ob der Sonntag einkaufsfreier Tag zugunsten der Familien und ArbeitnehmerInnen bleiben soll. Wir werden dem Beschlussantrag auf jeden Fall zustimmen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io voterò convintamente NO a questa mozione, perché si è innescata in Alto Adige una pazzesca e paranoica campagna per le chiusure domenicali dei negozi, che ha solo in parte uno spirito politico.

La collega Atz Tammerle aveva ragione, si è già votato su questo tema oggi, sul disegno di legge parlamentare Volkspartei che chiede la competenza sugli orari dei negozi, non c'è scritto, ma per chiuderli, tanto è vero che nei miei interventi ho detto "per legge ci volete far andare a Verona a fare gli acquisti". Com'è domenica a Innsbruck? È chiuso. Infatti, per legge ci volete far andare a Verona a fare gli acquisti, per legge ci volete far andare a Verona o a Trento a fare gli acquisti. Quindi, a parte il fatto che aveva ragione la collega Atz Tamerle, non si doveva discutere oggi questa mozione perché abbiamo già votato sullo stesso argomento, *ne bis in idem*, per essere chiari, io credo che pazzesca sia questa campagna, perché parte da un presupposto fondamentale sbagliato. Il primo presupposto fondamentale è che i lavoratori del commercio hanno pieno titolo a poter stare a casa, ma come avrebbero pieno titolo milioni di altre categorie che il sabato e la domenica lavorano. Io provengo da una categoria che ha sempre lavorato il sabato e la domenica, io non mi sono mai accorto della differenza fra lunedì e sabato e domenica, però non ho capito per quale ragione ci sono alcune categorie che debbano essere privilegiate. I poliziotti lavorano, chi fa le pulizie lavora, chi porta le immondizie lavora, chi guida i treni e gli autobus lavora, però gli operatori del commercio non si capisce la ragione per cui non dovrebbero lavorare.

Secondo motivo: si dice che l'Alto Adige ha una particolarità del territorio, ma qual è la particolarità del territorio dell'Alto Adige rispetto a tutto il resto del mondo se non il fatto che esistono città e paesi, che esistono zone turistiche oppure no? È uguale a tutto il resto del mondo, ma con questa presunta particolarità si vorrebbero avere condizioni particolari.

L'Alto Adige è la terra dei suicidi, del più alto tasso di suicidi perché qui ci si annoia, perché non c'è niente da fare, questa è la verità drammatica, è la terra della sonnolenza e i modelli che vengono proposti sono i modelli dei territori sonnolenti, quelli che chiudono, quelli del nulla, del vuoto. Vi ricordate com'era la città di Bolzano qualche anno fa? Io sono di Bolzano, era un mortorio, era il nulla, oggi è una città modestissima, di periferia, ma che comunque ha una sua dignità, una sua vita.

È stato accennato dai colleghi del Team Köllensperger, per poi cambiare posizione, che comunque c'è anche un servizio sociale da parte del commercio, perché non tutti hanno il vostro privilegio di fare i consiglieri provinciali, c'è chi lavora tutta la settimana e non ha il tempo per fare la spesa e ha bisogno di 10 minuti, io non sono di quelli che ritengono che sia bello andare al centro commerciale, ma che sia un diritto riuscire a fare la spesa, lavorando e facendosi un ... così tutta la settimana, sì. Voi non avete idea di quello che significa lavorare ed essere cittadini normali e allora si intende proporre un modello fantastico.

Io di fronte a tutta questa campagna, presidente, mi oppongo con forza, faremo tutto quello che sarà necessario per sostenere una forte campagna per la libertà del commercio, la libertà degli orari, i centri com-

mercials, quei minuscoli centri commerciali che ci avete lasciato, ridicoli rispetto ai veri centri commerciali, ridicoli, aperti il sabato, la domenica, possibilmente anche negli orari notturni. Grazie.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke Herr Präsident. No, consigliere Urzi, non va bene anche offendere le persone, perché dire che noi non abbiamo idea di cosa vuol dire lavorare, non è accettabile. Non parlo della banalizzazione dei suicidi, ma sul fatto che sappiamo lavorare, questo veramente non è accettabile e voglio anch'io parlarLe della mia storia familiare: io sono cresciuta con in famiglia un albergo e un negozio e un commercio all'ingrosso, quindi da noi sabato e domenica inesistenti, vita familiare inesistente, la domenica era il giorno più stressante, il telefono squillava sempre, alle 7 del mattino si andava tutti in albergo, la sera si tornava a casa e non ci si parlava più neanche a cena. Ecco, questo è per chi lavora in un albergo, lavora in un negozio, perché deve lavorare la domenica. Lo sappiamo benissimo cosa vuol dire. Non è ovviamente qui che ad esempio io sostengo questa mozione per redimere la storia familiare, ma perché qui si tratta di decidere se vogliamo avere nella nostra provincia un lavoro qualitativo o un lavoro scadente. Io non dico che è scadente chi lavora, per tanti è anche un'opportunità lavorare di domenica, ovviamente questo è logico, però nel complesso noi abbiamo degli indicatori sul lavoro in Alto Adige e uno degli indicatori problematici è proprio che abbiamo un indice di lavoro di sabato e domenica tra i più alti d'Europa. Questo è un peso per le famiglie, questo è un peso per le donne, la collega Rieder lo ha ricordato, però anche per le famiglie.

Ich bemühe den Herrgott und die Schöpfung wirklich selten, aber zu diesem Thema - Sie brauchen sich nicht angesprochen fühlen, Kollege Noggler – möchte ich es tun. Wenn man sich die Schöpfungsgeschichte anschaut, dann hört man da, dass Gott die ganze Woche arbeitet und am Sonntag ruht er. Da habe ich mich gefragt, wenn er Gott ist, warum muss er denn ruhen, eigentlich müsste ein Gott doch immer arbeiten können. Aber nein, er hat am Sonntag geruht. Das wird nicht umsonst gewesen sein. Das hat sicherlich einen tieferen Sinn. In so alten Texten sind tiefere Sinnhaftigkeiten angelegt und die Tatsache, dass man nach einer Periode des Schaffens auch eine Periode des Ruhens einlegt, das ist gesund. Das tut den Beziehungen gut, das tut dem Körper gut, das tut dem Geist und der Seele gut. Nicht umsonst ist der Sonntag auch der Spiritualität gedacht. Ich möchte auch sagen, Kollege Urzi ist jetzt draußen, dass Leute, die am Sonntag arbeiten, die müssen sich dann anders ihrer Spiritualität zuwenden, wo möglicherweise dann auch keine Gemeinschaft mehr da ist. Ganz banal, ich bin nicht gläubig, die Messen sind am Wochenende angelegt, man findet dann auch keine andere Zeit in einer Gemeinschaft sich der Spiritualität zu widmen. Das sei hier auch nochmal am Rande angemerkt. Ich habe mal Urlaub auf einer Nordseeinsel gemacht. Dort war nur am Wochenende am Samstag Vormittag der Laden zwei Stunden offen. Ich habe mir gedacht, das ist nicht möglich, wie kann auf einer touristischen Insel am Wochenende der Laden nur zwei Stunden offen haben? Aber alle haben es geschafft, am Morgen zwischen den zwei Stunden sich mit Lebensmitteln einzudecken. Dort hatten vielleicht auch die Inselbewohner und -bewohnerinnen ein Stückweit ein qualitätsreicheres Leben als Tourismusanbieter. Das könnte für Südtirol auch ein Beispiel sein. Danke schön.

LOCHER (SVP): Danke, Herr Präsident. Wir haben es mittlerweile, vor allem in unserer Partei, erkannt, wie intelligent und schlau die Magda ist und uns sehr nette und intelligente Vorschläge macht. Ich möchte ergänzen, dass da schon ein bisschen mehr dahintersteckt, als am Sonntag die Geschäfte zu schließen. Man sagt sich, dass wir in unserem Land einen sehr guten "Slalom" haben, ein Geschäft hat offen, das andere nicht, gewisse Ortschaften haben saisonal im Winter offen, andere haben im Sommer offen. Es geht aber auch darum, dass wir die Zuständigkeit für diesen Bereich erhalten, das wäre sehr wichtig und das würde der gesamten Wirtschaft und dem gesamten System sehr guttun. Man merkt es besonders an Regentagen, da spielt die Unterhaltung der Familien in den Geschäften eine wesentlichere Rolle als dass es ums Einkaufen geht. Die Familien gehen ins Geschäft und die Kinder unterhalten sich dort recht gut, vor allem diejenigen, die dann am nächsten Tag aufräumen müssen, die haben die Unterhaltung dann am nächsten Tag. Das ist manchmal auch nicht die richtige Einstellung, nur zur Unterhaltung ins Einkaufszentrum zu gehen, weil sich die Kinder dort prächtig unterhalten. Es wäre schon sehr wichtig die Zuständigkeit in diesem Bereich zu erhalten.

Ein weiterer Aspekt, der mir sehr wichtig ist, das sind die christlich sozialen Werte. Wir reden sehr viel darüber, Frau Foppa hat es angesprochen, besonders vor Wahlen sagen wir als Südtiroler Volkspartei, dass wir eine christlich soziale Partei sind, die auf diese Werte großen Wert legt. So würde ich sagen, dass wir hier doch Wert darauflegen sollten, einmal in der Woche sollte gerastet werden. Das täte allen gut. Wieviel Psychologen und Ärzte brauchen wir heute, die auf die Bevölkerung einwirken müssen, damit sämtliche Probleme, die sie haben, in Griff bekommen. Das Problem würde man ganz einfach lösen, wenn man rasten würde und

sich auf die inneren Werte konzentrieren würde. Wirtschaftlich gesehen muss man auch sagen, dass man am Sonntag in die Kirche gehen sollte und anschließend ins Gasthaus. Das wäre auch ein Denkanstoß, der gesellschaftlich gesehen eine positive Wirkung hätte. Das sind andere Werte. Ich sehe es nicht für richtig, wenn man aus reiner Familienunterhaltung in Einkaufszentren geht und nicht den eigentlichen Zweck, das Einkaufen, verfolgt.

Auf jeden Fall gebe ich diesem Beschlussantrag meine Zustimmung.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Molto brevemente soltanto per dare il massimo sostegno a questa mozione della collega. Storicamente in campagna elettorale il Movimento 5 Stelle si è sempre battuto per regolamentare almeno la questione delle aperture domenicali. Nella premessa c'è qualche errore, nel senso che il Governo è già intervenuto, era già passato alla Camera un disegno di legge che prevedeva un minimo di domeniche in cui i negozi dovevano essere tenuti chiusi e credo che qui la prevalenza tra chi ha il diritto di farsi un giro al centro commerciale la domenica e il diritto di queste commesse sfruttate o di qualche negozio a gestione familiare di passare qualche domenica in famiglia, credo che questo diritto sia prevalente, anche perché, come già hanno detto gli altri, non è che abbiamo aumentato in complesso il commercio lasciando aperti i centri commerciali e i negozi per tutte le domeniche.

Tra l'altro, la legge prevedeva una delega alle Regioni e ai Comuni, perché ovviamente le situazioni non sono omogenee, in città c'è un'altra esigenza rispetto ai Comuni turistici e quindi è già stato pensato di coinvolgere e dare maggiori deleghe non soltanto alle Regioni a Statuto speciale, ma anche a quelle a Statuto ordinario. Grazie.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie. Questo è un problema e una discussione che c'è da tanti anni, io mi ricordo che a inizio anni 2000 c'era la discussione su Bolzano città morta, come diceva il collega Urzi, e il problema del sabato, se il sabato pomeriggio potevano aprire i negozi o dovevano essere tenuti chiusi, poi c'è stata la liberalizzazione e siamo arrivati all'eccesso delle aperture, naturalmente.

Io condivido la parte dispositiva di questa mozione, perché ritengo che i territori debbano individuare, trovare, analizzare naturalmente prima come devono gestire le eventuali aperture domenicali. Io ritengo che l'attuale liberalizzazione sia un'oscenità, uno scempio per tanti motivi, ma ritengo anche che la vita moderna preveda anche una certa flessibilità, per cui ad esempio come Partito Democratico noi avevamo fatto delle proposte in funzione di anche questa nuova legge che era stata presentata nell'ottobre del 2018, mi sembra, in Parlamento, dove su 12 domeniche o festività di chiusura, si cercava di trovare una mediazione e ritengo che però debbano essere i territori a individuare questa mediazione attraverso un'analisi, attraverso anche delle deroghe per portare un equilibrio nell'ambito del commercio. Questa dal mio punto di vista è fondamentale, la proposta anche che faceva il Partito Democratico a livello parlamentare era un fondo di solidarietà nei confronti dei piccoli esercizi, pari a 78 milioni, proprio per venire incontro a eventuali problematiche in luoghi dove ci sono dei centri commerciali. Insomma, secondo me ci deve essere un equilibrio in questa direzione, senza demonizzare né una cosa, né l'altra, ma confrontandosi con il mondo moderno in cui siamo.

Per cui mi torvo in pieno sulla parte dispositiva, al di là della parte sulla premessa, che comunque è accettabile non sto mica a criticarla, per carità, io sono un cattolico praticante, per cui secondo me la domenica deve avere altri valori, però non pretendo che altri abbiano le mie stesse ragioni di vita, sono molto liberale in quest'ottica, per cui approverò questa mozione.

TAUBER (SVP): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich danke dem Kollegen Locher für die Unterstützung des Tourismus, wenn er sagt, die Leute sollen nach dem Kirchgang ins Gasthaus gehen. Wir haben gehört, dass gerade die kleinen Dorfgasthäuser eine Unterstützung bräuchten. Grundsätzlich müssen wir schauen, dass die 12er- und 6er-Kommission wieder in Schuss kommt, dass die Entscheidungen getroffen werden, dass die Leute wieder arbeiten können und dass wir diese Durchführungsbestimmung schnellstmöglich nach Südtirol bekommen. Ich denke, gerade die Vielfalt ist in Südtirol sehr groß und auch der ganze Handel ist sehr unterschiedlich. Wir sollten in Südtirol selbst die Regelungen treffen können. Wie gesagt, es ist sehr vielfältig, ob es die Städte sind, die Tourismusdestinationen, der ländliche Raum, wir haben eben ganz unterschiedliche Gegebenheiten. Ich komme von der gestrigen Vollversammlung des HDS, der in einer sehr interessanten Grafik die verschiedensten Gegebenheiten von Städten und von kleinen Dörfern auf-

gezeigt hat, wie sich Handel in den letzten 20, 10, 5 Jahren entwickelt hat, wie gerade die kleinen Geschäfte große Schwierigkeiten haben sich überhaupt über Wasser zu halten. Ich denke, gerade deshalb ist es wichtig, dass sie selbst entscheiden können, am Wochenende Zeit zu haben, sich zu regenerieren und dass die Mitarbeiter auszuspannen, um dann wieder ihre Tätigkeit professionell auszuüben. Auf der anderen Seite wissen wir, dass der online-Bereich keine Sperrstunden hat. Ob wir daheim gemütlich auf der Couch liegend unsere Bestellungen machen oder ob wir in die Geschäfte gehen, das Leben geht tagtäglich weiter. Der online-Handel steigt massiv. Deshalb müssen wir gerade unsere kleinen Geschäfte wieder fit machen, dass sie diese Chancen in ihrer Form nutzen können und dass sie vielleicht, das macht ja Südtirol bereits, diese online-Aktivitäten in der Beratung unterstützen, damit sie in diesem Bereich besser werden. Danke für die Eingabe und meine Unterstützung haben Sie.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident. Von unserer Seite auch eine Zustimmung zu diesem Antrag. Wenn ich mich nicht irre, hat es bereits von unserer Seite unter der Ära Durnwalder einen ähnlichen Antrag gegeben, der bereits damals angenommen wurde. Das ist ein gutes Beispiel für das was mit Anträgen passiert, die zwar vom Landtag angenommen werden, aber dann irgendwo in der Schublade verschwinden. Es ist immer wieder interessant bei diesem Thema, zumindest empfinde ich das so, also ob es einen Riss zwischen italienischer und deutscher Volksgruppe in Südtirol geben würde. Ich meine das nicht als Angriff. Das ist aber ein Thema, das bei den Italienern viel mehr empfunden wird, zum Teil, weil es sich mittlerweile in ganz vielen Städten eingebürgert hat, dass der Sonntag ein ganz normaler Tag ist, wo die Geschäfte offen haben. In Südtirol ist das mehr bei der jungen Generation so, weil diese so aufgewachsen sind. Innerhalb der deutschen Volksgruppe ist es vielleicht ein Generationenproblem. Von meiner Generation aufwärts hat man damit eher ein Problem, dass am Sonntag geöffnet ist. Bei den jungen Leuten stelle ich aber schon fest, dass dies dankend angenommen wird. Gerade die Arbeitskräfte im Handel, junge Verkäuferinnen beispielsweise, die schätzen das auch durchaus, weil sie sich während der Woche die flexible Arbeitszeit einteilen können. Die kommen damit relativ gut zurecht. Ich finde es also spannend. Ich kann mich noch gut erinnern in Bozen, die Diskussion ist mindestens 15 Jahre alt, als die ersten Geschäfte geöffnet hatten, war das große Problem, dass Bars und Restaurants geschlossen waren. Samstags und sonntags. Dann hat es diese Diskussion gegeben, dass es das natürlich auch nicht geben darf, dass Touristen in die Stadt kommen, die Geschäfte sind offen aber die Bars und Restaurants sind geschlossen. Das hat sich alles gewandelt, aber nichts desto trotz finde ich schon, dass ein Sonn- und Feiertag einen großen Wert für unsere Gesellschaft darstellt. Der Sonntag ist traditionsgemäß schon noch jener Tag für regelmäßig gemeinsam freie Tage, wo man sich erholt oder wo man sich in der Familie trifft, oder Begegnungen auch in Vereinen stattfinden. Wie sich dann jemand den Sonntag gestaltet ist einerlei. Dass wir die Zuständigkeit bekommen, was auch vorgeschlagen wurde, das halte ich für besonders wichtig. Ich möchte noch an die Landesregierung eine Frage stellen. Ich kann mich erinnern an die letzten Zahlen, die ich im Kopf habe, da hat es 2016 vom AFI eine Studie gegeben bzw. eine Umfrage und damals waren 66 % der Südtiroler Arbeitnehmer gegen die Öffnung der Geschäfte am Sonntag und sie haben das als starke Belastung für ihr Privat- und Familienleben empfunden. Gibt es hier mittlerweile andere Zahlen? Ich kann mich erinnern, die Zahlen waren anfangs gering und sind dann gestiegen. Vielleicht sind sie jetzt ja wieder rückläufig. Gibt es da neueste Zahlen?

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident. Einen kleinen Scherz muss ich mir schon erlauben in Bezug darauf, dass wir dieses Thema jetzt wieder behandeln. Wenn der Landtag sich dafür entscheidet, doppelt hält besser, dann werden wir dem auch nachkommen und noch einmal darüber abstimmen, um hier dieses Anliegen noch einmal zu bekräftigen. Auch wir werden diesem Antrag zustimmen. Wenn man auch zum einen froh sein muss, dass bestimmte Berufe sonntags arbeiten, wie im Gastgewerbe, in den Krankenhäusern, im öffentlichen Personentransport, Sicherheitskräfte, aber auch beispielsweise Freiwillige, die zu einem Einsatz gerufen werden, dass die sich an Sonn- und Feiertagen zur Verfügung stellen, Dienste zu erfüllen, abzuarbeiten, ist wirklich positiv. Doch zum anderen gerade wenn man im Gastgewerbe arbeitet, kann man sehen, wie wichtig auch freie Tage, Sonntage, Feiertage sind, damit Freude und Familien zusammentreffen können, um Zeit miteinander zu verbringen, um die ganze Zeit, die sie eigentlich in den Wochentagen aufgrund von Arbeit, Schule und anderem Stress, nicht miteinander verbringen, zusammensitzen können und miteinander reden (sofern sie nicht alle miteinander mit dem Handy am Tisch sitzen, sondern dass sie wirklich die Zeit gemeinsam nutzen, um das soziale Zusammenleben zu pflegen). In Bezug auf die Unternehmer selbst ist es selbstverständlich, dass man zum einen nicht ins Private eingreifen kann und sagen

kann, du darfst nur dies oder du darfst nur das, denn es ist halt auch so, dass die Nachfrage den Markt reguliert und es ist in dem Fall dann auch so. Wenn am Sonntag nicht so viele Leute in die Einkaufszentren gehen würden, dann würden sie wahrscheinlich, wenn ihnen die Rechnung nicht aufgeht, schon von alleine die Geschäfte zulassen. Anscheinend ist die Nachfrage doch so stark. Gerade da sollten wir uns auch fragen, weil hier im dritten Punkt die Sensibilisierung angesprochen ist, ob das unser Ziel sein soll. Immer mehr, mehr und mehr Geld und mehr arbeiten und noch mehr Geschäfte, sondern ob wir nicht einen Schritt zurückgehen und das Ganze ein bisschen entschleunigen. Wir brauchen auch Zeit für die Familie bzw. dass man an Sonn- und Feiertagen anderen Dingen nachgehen kann als der Arbeit.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es wurde vieles schon gesagt. Zuerst eine Frage. Wir haben noch nicht die Kompetenz und die Aufforderung, dass es durchgeht, das wäre für mich eher ein Begehrensantrag von der Form her. Ist das so? Aber egal, das ist jetzt zweitrangig. Ich glaube von meinen Vorrednern heraus gehört zu haben, dass es früher besser gewesen wäre. Da ist man in die Kirche gegangen, danach ins Gasthaus und am besten dann auf die Braunviehausstellung, oder so was, und die Geschäfte waren zu. Man muss schon sagen, das war gerade in den kleinen Dörfern nicht so, da hat man am Vormittag offen gehabt, weil die Leute meistens nur am Sonntag ins Dorf gekommen sind. Deswegen ist es wichtig, dass wir flexibel bleiben und das vor Ort lokal lösen können. Ich und auch wir als Partei sagen, dass wir generelle Sonntags- und Feiertagsöffnung als sehr kritisch sehen. Es sind nämlich viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die es trifft und auch belasten kann. Aber wir müssen immer aufs lokale schauen, wo ist die touristische Nutzung wichtig und wo ist es auch bei der Bevölkerung vor Ort wichtig. Weil es wichtig ist, dass das kleine Geschäft im Tal ganz hinten drinnen offen hat, damit sich die bestimmten Leute dort versorgen können. Es geht darum, dass wir hier flexibel bleiben. Ich lese das zumindest so heraus und ich lese auch heraus, dass wir nicht in Richtung mehr sensibilisieren, sondern in weniger und bedarfsgerecht. Ich gebe meine Zustimmung dazu. Es wäre noch zu klären, ob es ein Begehrensantrag oder Beschlussantrag ist, das ist Interpretationssache des Präsidenten.

LANZ (SVP): Danke. Leider ist Kollege Urzi jetzt nicht hier. Es wäre auch wichtig auf die Auswirkungen hinzuweisen, die bestimmte Geschäftsentwicklungen auf die Struktur im Land haben können. Wir wissen alle, wenn wir funktionierende Dörfer haben, dann brauchen wir die Struktur vor Ort. Diese müssen wir in irgendeiner Form auch vor Konkurrenz schützen, indem wir sie nicht gleichsetzen mit Strukturen, die effektiv nicht konkurrieren können, sondern wo wir eben differenzierte Möglichkeiten schaffen. Insofern ist Südtirol hier ein Beispiel und ich glaube auch, wenn man es mit anderen Ländern vergleicht, mit anderen Regionen und Provinzen, dann haben wir noch das Glück, dass wir eine Wirtschaftsstruktur haben, die funktioniert, weil wir den Betrieben die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und sich auch zu bewegen. Insofern ist es begrüßenswert, wenn wir Maßnahmen ergreifen, wo wir die komplette Liberalisierung verhindern, weil die Liberalisierung in dieser Form sicherlich nicht ein Mehrwert für die Gesellschaft wäre, sondern eigentlich genau das vernichtet, was wir schützen wollen. Ich mache Ihnen hier ein kleines Beispiel, es wird immer gesagt, wir brauchen gleiche Regeln für alle, aber stellen Sie sich eine 100-Meter-Lauf vor von einem 3-Jährigen, von einem 18-Jährigen und von einem 100-Jährigen. Ich denke, wir wissen jetzt schon wer gewinnen würde, insofern braucht es differenzierte Sichtweisen. Etwas was ich nicht ganz verstehe, und es ist schade, weil Kollege Urzi nicht hier ist, dass wir uns ständig von ihm gewisse Sachen anhören müssen. Wir leben in einem Land, indem das Kommen und Gehen jedem freigestellt ist. Wenn es ihm hier so schlecht geht, dann kann er nur ein paar Kilometer weiterwandern, dort kann er dann seinen Traum verwirklichen. Vor allem die Aussagen hinsichtlich Selbstmordraten. Wir wissen, dass wir hier in Südtirol ein Problem haben, was verschiedene Gründe hat, aber dass das einen Zusammenhang mit den Öffnungszeiten hat, ist mir neu und disqualifiziert ihn eigentlich in seiner Aussage. Danke.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten. Kollege Urzi hat bei aller Kritik, die angebracht wurde, eines gesagt und das stimmt ja, dass es für viele Menschen, die arbeiten gehen, heute eigentlich kaum mehr möglich ist, einkaufen zu gehen. Wer einen normalen Arbeitstag hat, der schafft es kaum, danach noch einkaufen zu gehen. Das Phänomen ist richtig erklärt, nur die Antwort ist die falsche. Die Frage ist, ob nicht die Gesellschaft eine falsche ist, in der immer mehr und mehr geleistet werden muss, dass am Ende der Arbeit eigentlich nichts mehr zum Leben übrigbleibt, nicht einmal mehr die Zeit, um einkaufen zu gehen, vom Kochen und von Familienzeit reden wir schon gar nicht mehr. Ich sehe eher die Antwort darin,

dass die Geschäfte am liebsten 24 Stunden und 366 Tage im Jahr, nicht nur 365 Tage, offen sind. Natürlich geht das auch. Die Frage ist aber, ist das eine Gesellschaft, in der wir noch leben wollen? Lebt man nicht manchmal in einer anderen Gesellschaft, wo nicht alles auf 24-Stunden-Konsum ausgerichtet ist, besser? Wenn wir uns die wirtschaftliche Situation in Südtirol anschauen, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, wer sind denn diejenigen, die diese 24-Stunden-Öffnungszeiten, die diese Wochenend-Öffnungszeiten haben wollen? Das sind im Normalfall nicht die kleinen Familienunternehmen, das Gemüsegeschäft, das sind die großen Ketten und Konzerne. Das sind die großen Ketten und Konzerne, die auch unserem Land Schaden angerichtet haben. Wenn wir uns die Situation in Bozen ansehen, in Bozen unter den Lauben, als ich noch Kind war und meine Eltern ein Geschäft unter den Lauben hatten, dort arbeitete man bis 12.00 Uhr und dann um 15.00 Uhr fing die Arbeit wieder an. Da hatte man von 12.00 bis 15.00 Uhr Mittagspause und Zeit auch für die Familie und mein Vater hat nicht schlecht gelebt. Nur um das ganze auch ein bisschen in Relation zu sehen. Heute haben wir aber keine Familienbetriebe mehr unter den Lauben, die sind alle verschwunden bis auf ganz wenige Ausnahmen. Wir haben irgendwelche Ketten, die es in jeder Stadt, in jedem Einkaufszentrum gibt und wo es die gleichen "Hudern und Fetzen" zu kaufen gibt, - das sage ich ganz bewusst und provokant - wo wir Angestellt haben, die nicht von hier sind, mit denen man sich nicht in der eigenen Sprache unterhalten kann. Was hat das mit unserem Land und unserer Wertschöpfung zu tun? Genau das ist auch eine Folge dieser Entwicklung, dieser grenzenlosen Liberalisierung. Ich bin für eine liberalisierte Gesellschaft. Man muss aber auch erkennen, dass ein gewisser Punkt erreicht ist, wo man anfängt auf sich selbst zu schauen, auf das eigene Land und der eigenen Wirtschaft. Ich glaube, dass es richtig ist, dass ein Sonn- und Feiertag auch in Zukunft noch ein Sonn- und Feiertag bleiben, deswegen meine Zustimmung zu diesem Antrag.

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kollegin Amhof als Einbringerin! Zur Frage der Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten gibt es persönliche, unterschiedliche Ansichten, wir haben es hier in der Aula gehört, die seien selbstverständlich jedem und jeder unbenommen. Wir als Landesregierung sind aber davon überzeugt, ich sage das jetzt aus einer Wertesicht und aus einer Sicht der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, dass es eine Sonn- und Feiertagsöffnung geben soll, weil wir nicht der Meinung sind, und da schließe ich mich dem Kollegen Knoll an, dass eine vollkommene Liberalisierung sinnvoll ist. Jemand hat gesagt, wenn man nachts öffnen würde, dann würde es auch nachts Kunden geben, selbstverständlich, dann ist halt auch die Nacht abgedeckt, es ist eh alles frei und somit "Wurst". Eine Sichtweise, und das wäre auch an den Kollegen Urzi gerichtet gewesen, ist aber bisher vielleicht etwas zu kurz gekommen. Kollege Lanz hat es angesprochen. Ich war Mittwoch vor einer Woche in der zuständigen Parlamentskammer der Abgeordnetenversammlung zu einer Anhörung der Regionen eingeladen. Ich habe leider feststellen müssen, dass ich der einzige neben dem Koordinator der Regionenkonferenz war, der überhaupt die Position dargelegt hat. Das hat schon einmal gezeigt das, dass wir die einzigen sind, die eine andere Sichtweise in diesem Bereich haben. Aber das was mich noch mehr beeindruckt hat und das ist der Grund für eine Ausnahmeregelung für Südtirol ist, dass mir gesagt worden ist, gut und recht, wir verstehen euch und eure Forderung mit der Begründung "se avessimo ancora", wenn wir noch diese Handelsstruktur hätten, die Südtirol noch hat, dann würden wir das auch anders sehen. Wenn wir noch belebte Zentren hätten mit Familienbetrieben, die haben wir nicht mehr, wenn wir noch so eine Situation hätten, wie sie Südtirol hat, bis in die Peripherie hinaus auch noch kleine Geschäfte zu haben, dann würden wir das ganz anders sehen. Das ist unsere besondere Situation! Wir haben eine besondere Handelsstruktur, Gott sei Dank, mit Nahversorgung mit Familienbetrieben, auf die wir stolz sein können. Ich möchte nicht die kleinen Familienbetriebe, die mit den großen Franchising-Ketten und mit all den anderen Einkaufszentren nicht in diesem Bereich konkurrieren können und sollen, nicht in die Lage versetzen, dass sie sagen müssen, dann müssen auch wir sonntags öffnen. Nein sie sollen, sie wollen und sie müssen sonntags nicht öffnen. Gestern waren einige Kollegen anwesend bei der HDS-Vollversammlung, wo zum Ausdruck gekommen ist, das haben mehrere gesagt, dass andere Regionen, auch in Österreich uns dafür beneiden, dass wir uns diese Handelsstruktur erhalten haben können. Es ist unsere Aufgabe, diese Handelsstruktur gerade auch der kleinen Betriebe, der Familienbetriebe, zu schützen und zu verteidigen. Eine vollkommene Liberalisierung ist immer zum Schaden der kleinen Familienbetriebe, gerade auch durch die Erkenntnis, das hat Kollegin Amhof auch angesprochen, dass im Grunde genommen die vollkommene Liberalisierung auf 7 Tage nur dazu geführt hat, dass die Einkünfte von 6 auf 7 Tage umverteilt worden sind, nicht dass es zu mehr geführt hätte, was man sich erhofft hat. Inzwischen ist der Sonntag, das hat mir auch der Betreiber eines großen Einkaufszentrums in Bozen gesagt,

der zweitstärkste Tag geworden. Samstag ist der stärkste, Sonntag der zweitstärkste, weil Einkaufen ein Erlebnis ist. Das ist auch eine Wertefrage und eine Frage des Konsums. Das Sonntagserlebnis für Familien ist jetzt der Einkauf und alles was damit in Verbindung ist. Noch einmal, ich möchte nicht, dass wir unsere kleine Handelsstruktur durch eine vollkommene Liberalisierung so auf das Spiel setzen und den Druck auf die kleinen Familienbetriebe immer und immer wieder erhöhen. Der Vizepräsident des HDS hat gestern auch gesagt, dass es bei uns in einem Bereich und in einer Region mit Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel schwierig ist, Mitarbeiter zu finden, die samstags arbeiten, ganz zu schweigen von sonntags. Stellen Sie sich vor, eine kleinere Geschäftskette in Südtirol sagt, ich suche Verkäuferinnen und Verkäufer für den Sonntag, mag sein, dass das für einige eine Flexibilisierung ist und es ihnen entgegenkommt, aber in der Mehrzahl ist es absolut nicht so. Deswegen sind wir gegen eine vollkommene Liberalisierung. Der derzeit aufliegende Gesetzentwurf im Parlament, auch Kollege Nicolini hat es angesprochen, geht absolut zu wenig weit. Er hat schon einige Defizite. Er spricht nur davon, dass das Minimum an verpflichtender Schließung zumindest 8 Sonntage im Jahr sein müssen. Dann können die Regionen entscheiden bis zu 26 Sonntage zu schließen, also jeden zweiten Sonntag. Es wird aber zentral vorgeschrieben, auch wenn ich 26 Sonntage schließe, dass in den Zentren, auch in den historischen Stadtzentren, immer alles offenbleibt. Es würde also dazu führen, dass das Einkaufszentrum außerhalb vom Zentrum zu machen muss, aber im Zentrum ist immer alles offen, auch alle Franchising-Betriebe haben geöffnet. Ich glaube nicht, dass das die richtige Lösung ist. Es ist auch nur etwas Partielles, nicht Fisch und nicht Fleisch. Mir ist in der Parlamentskommission gesagt worden, das wäre deswegen so, weil man jetzt die Zentren fördern müsse. Die Zentren dürfen offenlassen, dann werden wohl die, die außerhalb des Zentrums einkaufen würden, jetzt ins Zentrum gehen. Der Gesetzentwurf ist stark geprägt von einer Sicht auf den Großverteiler und die Großeinkaufsorte bzw. -zentren. Das ist ganz deutlich geworden. Er nimmt wenig Bezug auf die kleinen Betriebe, deswegen brauchen wir umso mehr eine autonome Regelung und wir möchten diese auch erreichen. Dieser Antrag ist auf jeden Fall eine große Unterstützung, wir versuchen jetzt bei der Parlamentsdebatte eine Ausnahmeregelung zu erreichen. Die einzigen die mitgegangen sind, das ist die Provinz Trient, die sagt, dass auf Landesebene eine eigenständige Regelung gefunden werden kann, nicht nur in diesem staatlichen Rahmen, sondern eigenständig. Das ist das erste. Ich habe persönlich, das gebe ich zu, wenig Hoffnung, dass das erreicht werden wird. Dann wird das zweite sein, dass sobald die Autonomiekommissionen wieder stehen, dass wir eine Durchführungsbestimmung weiterbringen, die wirklich eine eigenständige Regelung vorsieht. Noch einmal, die Begründung ist gegeben durch unsere Handelsstruktur und dem Schutz der Handelsstruktur, so wie es auch die Begründung war für die Durchführungsbestimmung zum Ausschluss vom Handel in Gewerbegebieten, dass wir eine eigenständige Regelung hier in Südtirol verabschieden können. Ich hoffe, dass wir in diese Richtung gut arbeiten. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, dass die zuständige Gesetzgebungskommission die Interessierten draußen, z.B. die Verbände, zu einer Anhörung einlädt, um auch die Sicht von draußen aufzunehmen. Das wäre von mir aus gesehen nur ein Vorteil. Deswegen große Unterstützung für diesen Antrag. Vielleicht noch zwei letzte Bemerkungen auf die Fragen. Kollegin Mair hat eine Frage gestellt. Ich werde das nochmals nachfrage. Eventuell reiche ich es Ihnen nach. Mir wäre es nicht bekannt, dass es neue Daten dazu gibt. Kollegin Rieder, ich weiß nicht, ob es der richtige Ansatz wäre zu sagen, wir entscheiden mit direkter Demokratie, ob offen ist oder nicht offen ist. Ich glaube, es braucht schon ein zentrales Reglement, wo wir auch als gewählte Vertreter eine Entscheidung treffen, nicht im Sinne der Liberalisierung, sondern das tut der Gesellschaft gut, und wir schließen nicht, entscheidet ihr, ob ihr auch nachts offen haben wollt. Was passiert im Moment in Bozen? Vor einigen Wochen hat eine Tageszeitung geschrieben, es gibt die "sfida all'apertura serale", wer hat jetzt länger am Abend offen? Das geht auch zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich hoffe, dass wir einen Schritt weiterkommen und deshalb Zustimmung für diesen Antrag. Danke.

AMHOF (SVP): Danke, Herr Präsident. Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe wirklich, dass wir hier einen Schritt weiterkommen. Mir ist noch wichtig zu unterstreichen, und das ist in der Diskussion herausgekommen, Kollegin Ulli Mair hat es ganz klar gesagt, dass es hier durchaus auch einen Sprachgruppen- bzw. einen Volksgruppenunterschied gibt im Zugang mit diesem siebten Einkaufstag. Für die italienische Sprachgruppe ist das auch ein Einkaufserlebnis und der offene Sonntag ist auch ein Freizeitangebot in vielerlei Hinsicht. Ich finde das andere Freizeitangebot in Südtirol ganz ehrlich gesagt nicht schlimm und überhaupt nicht langweilig, dem möchte ich ganz dezidiert widersprechen. Ich habe am Wochenende deutlich besseres zu tun als einkaufen zu gehen oder mir im Einkaufszentrum den Lärm um die Ohren zu schlagen. Ich glaube auch, dass es den Kindern viel besser täte in die Natur hinaus zu gehen oder etwas anderes zu tun, als sich

im Einkaufszentrum betören zu lassen. Übrigens fällt es den Lehrpersonen durchaus auf, welche Kinder am Tag zuvor im Einkaufszentrum waren und welche sich anderweitig beschäftigt haben. Nur das nochmal zum Kollegen. Mich wundert es manchmal, dass wir hier in Südtirol so stark an diesem Einkaufssonntag hängen, wenn wir doch andere Realitäten bestens kennen. Wir kennen Innsbruck, wir kennen Wien, wir kennen München, und das sind nicht kleine Orte, das sind Metropolen, die es sich leisten, am Sonntag geschlossen zu halten. Die haben auch viel Tourismus, die haben Menschen mit ganz anderen Lebensumständen, noch viel mehr Turnusarbeit und auch dort funktioniert es, den Sonntag einkaufsfrei zu behalten. Deshalb denke ich schon, dass wir diese Forderung stellen können und an dieser auch weiterhin arbeiten müssen, denn und das hat Brigitte Foppa zurecht gesagt, Südtirol ist eine Region, in der auch das Wochenendarbeiten sehr hoch angesetzt ist. Es gibt sehr viele Menschen, die am Wochenende arbeiten, bedingt durch den Tourismus. Deshalb versuchen wir in jenen Sparten, in denen es möglich ist, deutlich zurückzufahren. Ich denke, dass dieser Sonntag, der Tag des sich Ausruhens, durchaus ein sehr wichtiger ist, auch für das "Runterfahren", einen Tag in der Woche mal runterfahren und rasten. Es gibt durchaus Menschen, das möchte ich auch noch hinzufügen, die sehr wohl am Wochenende gerne arbeiten. Das stimmt. Das wurde hier auch genannt. Dass Leute, das auch tun, weil sie zum einen besser verdienen. Wir dürfen aber im Ansatz nicht denken, diese Menschen zufrieden zu stellen, denn das kommt immer nur aus gewissen Situationen heraus, dass man dieses Verlangen hat, am Wochenende zu arbeiten. Diese Arbeitsplätze sind in den großen Einkaufszentren, in den Franchising-Unternehmen, die sind ganz gewiss nicht in den klein- und mittelständigen Unternehmen, die es unter diesem Druck des ständigen Offenhaltens zum Teil auch nicht mehr schaffen. Vielen Dank.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme ist Beschlussantrag Nr. 74/19 genehmigt.

Ich möchte noch in Erinnerung rufen, dass anschließend – wie vereinbart – eine Fraktionssprechersitzung stattfindet.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.32 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (67)
ALFREIDER (10)
AMHOF (22, 54, 57, 61, 68)
ATZ TAMMERLE (49, 55, 65)
BIZZO (7)
DELLO SBARBA (8, 20, 30, 36, 41, 46, 51, 60)
FAISTNAUER (20, 31, 39)
FOPPA (17, 38, 42, 45, 63)
HOCHGRUBER KUENZER (25, 41)
KNOLL (17, 24, 33, 39, 50, 59, 66)
KÖLLENSPERGER (43, 49, 58)
KOMPATSCHER (48, 51, 60)
LADURNER (48, 52)
LANZ (11, 41, 43, 45, 50, 66)
LEITER REBER (16, 19, 26, 33, 39, 45, 49, 58, 66)
LOCHER (21, 63)
MAIR (65)
NICOLINI (64)
PLONER Franz (31)
PRÄSIDENT (15)
REPETTO (23, 64)
RIEDER (24, 61)
SCHULER (11, 17, 32, 35, 44)
STAFFLER (12, 22)
TAUBER (23, 40, 59, 64)
UNTERHOLZNER (10)
URZÌ (9, 19, 29, 34, 40, 48, 50, 62)
VETTORATO (24, 34, 45)
ZELLER (3, 13)